Bundesrat

Drucksache 54/90

22. 01. 90

Wi – AS – Fz – In

Unterrichtung
durch die Bundesregierung

Jahreswirtschaftsbericht 1990 der Bundesregierung

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
121 (422) — 600 01 — Ja 1/90

Bonn, den 22. Januar 1990

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß § 2 Absatz 1 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juni 1967 (BGBl. I S. 582) den

Jahreswirtschaftsbericht 1990 der Bundesregierung.

Der Bericht wird gleichzeitig dem Präsidenten des Deutschen Bundestages zugeleitet.

Federführend ist der Bundesminister für Wirtschaft.

Kohl

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon 02 28/36 35 51, Telefax 02 28/36 12 75
ISSN 0720-2946

Jahreswirtschaftsbericht 1990 der Bundesregierung

Inhaltsverzeichnis

	Ziffern	Seite
A. Bilanz der wirtschaftlichen Entwicklung seit Ende 1982 — stetiges Wachstum mit kräftigem Beschäftigungsanstieg bei Preisstabilität	1 bis 9	5
B. Soziale Marktwirtschaft — der Weg, die Herausforderungen der 90er Jahre zu lösen	10 bis 85	12
I. Neue Chancen und Aufgaben in Europa	10 bis 11	12
II. Reformprozeß in der DDR unterstützen	12 bis 17	12
Grundlegende Reformen notwendig	14 bis 15	13
Verbesserung der Lebensverhältnisse in der DDR durch enge wirtschaftliche Zusammenarbeit	16	14
Ursachen der Abwanderung in der DDR abbauen	17	14
III. Wachstums- und Beschäftigungsdynamik durch günstige und verläßliche Rahmenbedingungen verstetigen	18 bis 30	15
Bewahrung der Geldwertstabilität	20	15
Dynamisches Wachstum durch weniger Steuern	21 bis 23	16
Mittelfristige Haushaltspolitik zur Rückführung der Staatstätigkeit	24 bis 26	18
Mehr Wettbewerb, Deregulierung, Privatisierung	27 bis 29	18
Weitere Liberalisierung des Finanzplatzes Bundesrepublik Deutschland	30	19
IV. Neue beschäftigungspolitische Herausforderungen meistern	31 bis 40	19
Mit Besonnenheit und Flexibilität in die anstehenden Tarifverhandlungen gehen	32 bis 35	20
Qualifizierungsanstrengungen steigern	36	21
Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen unterstützen	37	21

	Ziffern	Seite
Arbeitsvermittlung verbessern und Leistungsmißbrauch verhindern	38 bis 40	21
V. Dem Mittelstand neue Felder erschließen	41 bis 46	22
Für Europa fit machen	43	22
Existenzgründungen fördern	44	22
Den Zugang zu Innovationspotentialen erleichtern	45 bis 46	23
VI. Für wirksamen Umweltschutz auf marktwirtschaftlicher Grundlage sorgen	47 bis 55	23
Umweltpolitik konsequent fortführen	48 bis 49	23
Umweltpolitische Vorsorge durch neue marktwirtschaftliche Instrumente wirksamer gestalten	50 bis 52	24
Umweltinformationen verbessern	53	25
Im Umweltschutz internationale Zusammenarbeit ausbauen	54 bis 55	25
VII. Den Strukturwandel zügig voranbringen	56 bis 68	26
Den dynamischen Wettbewerb stärken	58 bis 59	26
Forschungs- und Technologiepolitik fortentwickeln	60 bis 61	26
Energiemarktstrukturen behutsam anpassen	62 bis 63	27
Engpässe auf den Wohnungsmärkten beseitigen	64 bis 66	28
Regional wirtschaftliches Gefälle vermindern	67	28
Deutschlandpolitische Stellung von Berlin stärken	68	29
VIII. Europäisches und weltwirtschaftliches Umfeld im Wandel	69 bis 85	29
Europäischen Binnenmarkt vollenden	70 bis 74	29
Soziale Dimension des EG-Binnenmarktes ausfüllen	75 bis 77	30
Voraussetzungen für Wirtschafts- und Währungsunion schaffen	78 bis 79	30
Wirtschaftspolitische Kooperation und internationale Arbeitsteilung vertiefen	80 bis 83	31
Wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Ost und West fördern	84 bis 85	32
C. Günstige gesamtwirtschaftliche Perspektiven	86 bis 92	33
Aufschwung im achten Jahr	86 bis 89	33
Anhaltend kräftiger Beschäftigungsanstieg	90	35
Niedrigerer Verbraucherpreisanstieg	91	35
Außenwirtschaftliche Überschüsse	92	35
Anlage	1 bis 18	37
A. Rückblick auf die Jahresprojektion 1989 sowie die tatsächlich eingetretene Entwicklung	1 bis 7	37
B. Jahresprojektion 1990	8 bis 18	44

Verzeichnis der Schaubilder und Übersichten

Schaubild 1:	Entwicklung des Bruttosozialprodukts	5
Schaubild 2:	Anteil der Unternehmensinvestitionen am Bruttosozialprodukt in %	6
Schaubild 3:	Entwicklung der Erwerbstätigen	7
Schaubild 4:	Ausbildungsmarkt	8
Schaubild 5:	Steuertarif 1981, 1986, 1988, 1990	16
Schaubild 6:	Entwicklung der Staatsquote und der Steuerquote	17

		Seite
Schaubild 7:	Finanzierungssaldo des Staates	18
Schaubild 8:	Bruttoinlandsprodukt, Primärenergieverbrauch und Schwefeldioxid-Emission	24
Schaubild 9:	Verarbeitendes Gewerbe: Geschäftsklima, Produktionspläne, Kapazitätsauslastung	43
Übersicht 1:	Entwicklung des Sozialprodukts im längerfristigen Vergleich	6
Übersicht 2:	Privatisierungen von Beteiligungen des Bundes	19
Übersicht 3:	Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den Jahren 1986 bis 1989 und Eckwerte der Jahresprojektion 1990	34

Jahreswirtschaftsbericht 1990 der Bundesregierung

Die Bundesregierung legt hiermit dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat gemäß § 2 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StWG) den Jahreswirtschaftsbericht 1990 vor. Aufbau und Inhalt beruhen diesmal auf einem veränderten Konzept: Der Bericht konzentriert sich bei der Darstellung der für das laufende Jahr geplanten Wirtschaftspolitik stärker als bisher auf Schwerpunktthemen. Der Abschnitt mit der Jahresprojektion für die wirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1990 wurde hinter die Behandlung der Schwerpunktthemen gestellt.

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Rat) hat am 20. November 1989 sein Jahresgutachten 1989/90 (JG) vorgelegt. Es trägt den Titel „Weichenstellungen für die neunziger Jahre". Die Bundesregierung dankt dem Rat für seine eingehende Analyse der wirtschaftlichen Situation im abgelaufenen Jahr und der Aussichten für 1990 sowie für seine wertvollen Anregungen zum künftigen Kurs der Wirtschaftspolitik. Sie nimmt zum Jahresgutachten wiederum jeweils im Sachzusammenhang Stellung.

Mit dem Jahreswirtschaftsbericht stellt die Bundesregierung gemäß § 3 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft gesamtwirtschaftliche Orientierungsdaten für 1990 zur Verfügung.

Zur Vorbereitung des Jahreswirtschaftsberichts wurde die wachstums- und beschäftigungspolitische Strategie der Bundesregierung im Konjunkturrat für die öffentliche Hand mit den Ländern und Gemeinden erörtert; darüber hinaus wurde sie mit Vertretern der Gewerkschaften und dem Gemeinschaftsausschuß der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft besprochen.

A. Bilanz der wirtschaftlichen Entwicklung seit Ende 1982 – stetiges Wachstum mit kräftigem Beschäftigungsanstieg bei Preisstabilität

1. Zu Beginn des Jahres 1990 befindet sich die Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland in glänzender Verfassung. Seit dem Regierungswechsel im Herbst 1982 haben sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in einem Ausmaß verbessert, wie es damals weithin für unerreichbar gehalten wurde. In den letzten sieben Jahren zeigte die Aufwärtsentwicklung große Stetigkeit, zuletzt hat sich das Wachstum sogar noch beschleunigt. Die Zahl der Erwerbstätigen war 1989 so hoch wie nie zuvor in der Nachkriegszeit.

Die Überwindung der zu Beginn der 80er Jahre eingetretenen tiefen und hartnäckigen Rezession und der Übergang zu einem wirtschaftlichen Aufschwung, dessen Länge und Stabilität in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ihresgleichen suchen, ist — neben einem insgesamt günstigen internationalen Umfeld — entscheidend auf die grundlegende Neuorientierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik zurückzuführen, die die Bundesregierung unmittelbar nach ihrem Amtsantritt eingeleitet hat. Die ordnungspolitische Neubesinnung auf die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft trägt zunehmend Früchte.

2. Am Beginn der 80er Jahre befand sich die deutsche Wirtschaft in einer tiefen Krise. Das Bruttosozialprodukt stagnierte zwei Jahre lang und fiel dann deutlich zurück. Die Arbeitslosigkeit nahm sprunghaft zu. Infolge starker Ausdehnung der Staatstätigkeit und kräftig gewachsener Neuverschuldung hatte der Staat seine finanzpolitische Handlungsfähigkeit weitgehend eingebüßt. Ausufernde Haushaltsdefizite und anhaltende Geldentwertung führten zu wachsender Unsicherheit über die weiteren wirtschaftlichen Aussichten und trugen zu einer ausgeprägten Investitionsschwäche bei. Die Überforderung der Wirtschaft und die damit verbundene Lähmung der Marktkräfte führten dazu, daß sich Pessimismus mehr und mehr ausbreitete (Ziffer 151 JG).

3. Nach dem Regierungswechsel gewannen Bürger und Unternehmen rasch neue Zuversicht. Der seitdem zu verzeichnende Aufschwung tritt nun in sein achtes Jahr. Die lange Dauer der konjunkturellen Aufwärtsbewegung würdigt der Sachverständigenrat als einen außergewöhnlichen Abschnitt in der Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland (Ziffer 151 JG). Die dynamische Wirtschaftsentwicklung hat auch den Arbeitsmarkt in voller Breite erfaßt (Ziffer 99 JG). Solidität der Staatsfinanzen und finanzpolitische Handlungsfähigkeit des Staates sind wiederhergestellt. Umfangreiche Steuersenkungen wurden vorgenommen. Es besteht wieder ein hohes Maß an Geldwertstabilität. Die Freiheitsräume für wirtschaftliche Betätigung wurden ausgeweitet. Die private Investitionstätigkeit zeigt große Dynamik.

Schaubild 1

Hervorzuheben ist, daß sich der wirtschaftliche Aufschwung selbsttragend entwickelt. Die Standfestigkeit der Bundesregierung gegenüber immer wieder vorgebrachten Forderungen nach staatlichen Ankurbelungsprogrammen erwies sich als richtig. Die vielfältigen ungünstigen Wirkungen solcher Maßnahmen, vor denen der Sachverständigenrat wiederholt gewarnt hatte (vgl. z. B. Jahresgutachten 1985, Ziffer 203 ff., Jahresgutachten 1986, Ziffer 199), konnten damit vermieden werden.

4. Ende 1989 lag das Bruttosozialprodukt real um mehr als ein Fünftel höher als Ende 1982 (vgl. Schaubild 1). Es stieg damit in den sieben Jahren seit dem Regierungswechsel real mit einer durchschnittlichen Jahresrate von etwa 3 %; dies war deutlich stärker als in den sieben Jahren zuvor (vgl. Übersicht 1). Das Fundament der Aufwärtsentwicklung ist nicht nur immer breiter geworden, das Tempo der Expansion hat sich auch deutlich beschleunigt. Mit 4 % wurde 1989 das höchste reale Wirtschaftswachstum der 80er Jahre

Übersicht 1

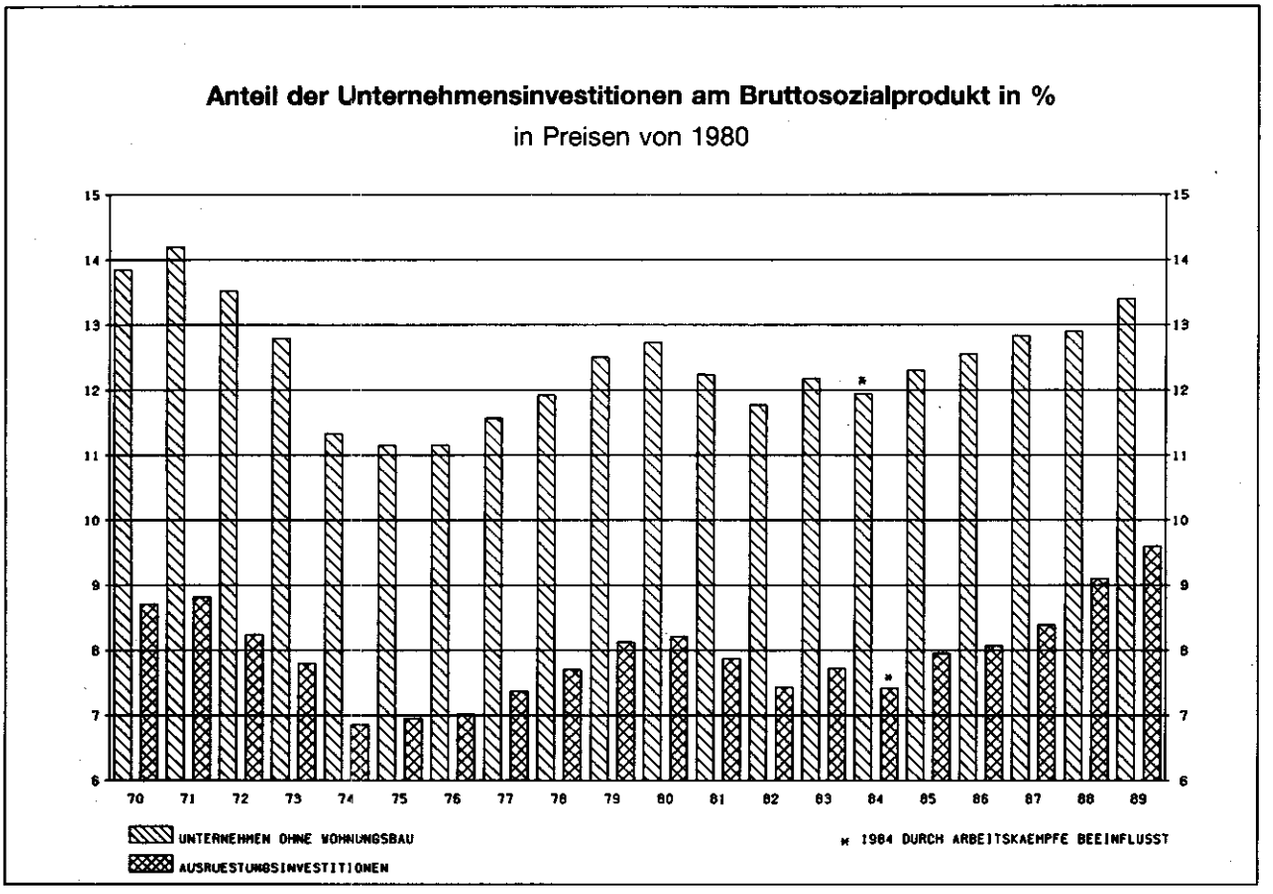
Entwicklung des Sozialprodukts im längerfristigen Vergleich

(Veränderungen in %, preis- und saisonbereinigt)

Indikatoren	seit Wiederbeginn des BSP-Anstiegs (IV/82—IV/89)[1]		gleich langer Vorzeitraum (IV/75—IV/82)	
	Anstieg insgesamt	Jahresrate	Anstieg insgesamt	Jahresrate
BSP	21,6	2,8	14,6	2,0
Inlandsnachfrage	21,7	2,8	11,3	1,5
Privater Verbrauch	17,6	2,3	14,2	1,9
Ausrüstungen	50,9	6,1	17,3	2,3
Ausfuhr	38,9	4,8	40,6	5,0
Einfuhr	42,9	5,2	28,6	3,7

[1]) viertes Quartal 1989 geschätzt

Schaubild 2



erzielt. Am dynamischsten entwickelten sich die Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen. Seit Überwindung der wirtschaftlichen Talsohle vom Herbst 1982 wurden sie real um mehr als die Hälfte ausgeweitet und sind damit fast dreimal so stark gestiegen wie in den sieben Jahren zuvor. 1989 war ihr Anteil am Sozialprodukt der höchste seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland (vgl. Schaubild 2). Die grundlegende Verbesserung der zu Beginn der 80er Jahre massiv verschlechterten Ertragssituation der Unternehmen hat wesentlich dazu beigetragen, die damalige Investitionsschwäche zu überwinden und dem damit verbundenen dramatischen Verlust von Arbeitsplätzen Einhalt zu gebieten.

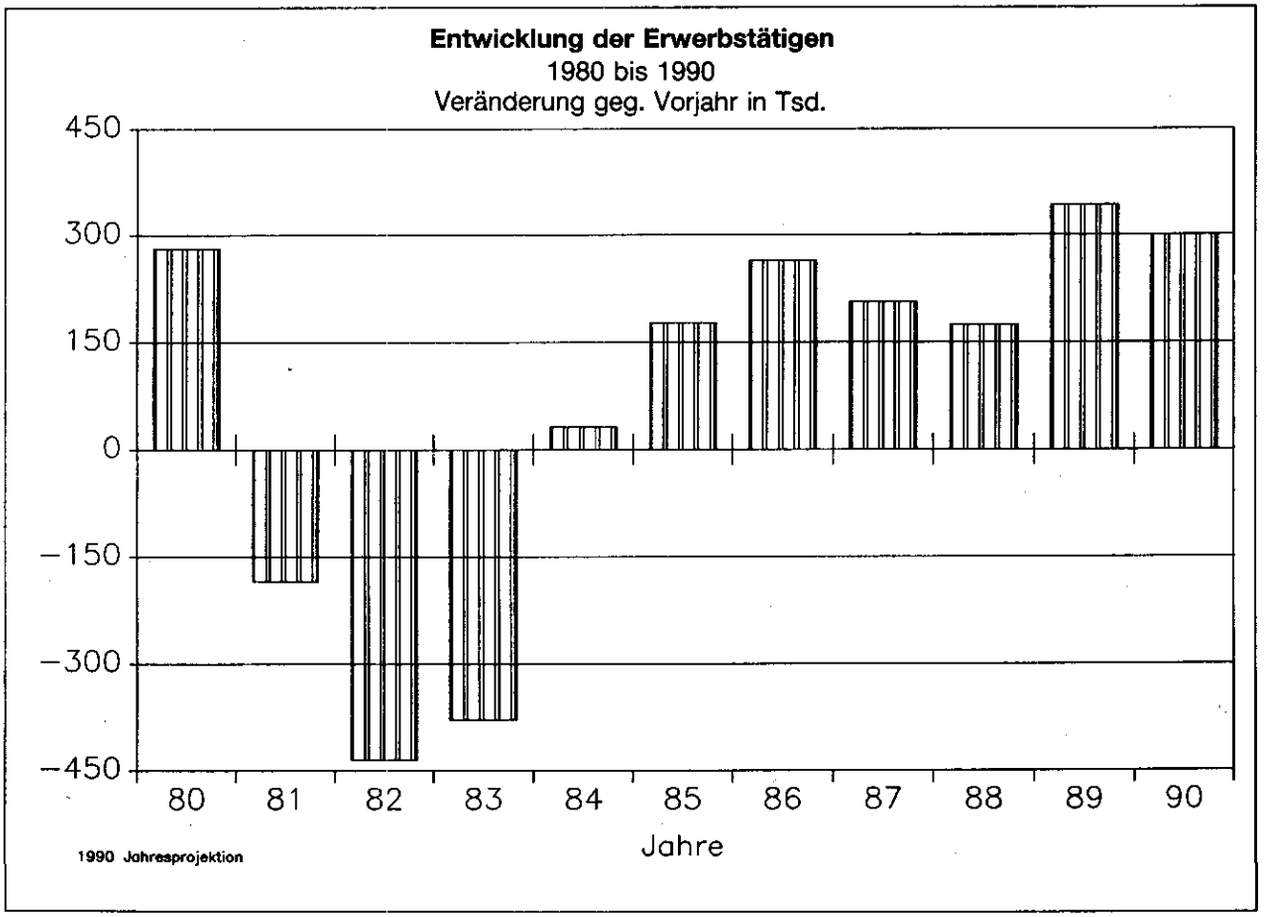
5. In den letzten Jahren sind zahlreiche neue Beschäftigungsmöglichkeiten entstanden (vgl. Schaubild 3). Dadurch konnte nicht nur einer großen Zahl von Schulabgängern und von Frauen, die neu einer Erwerbstätigkeit nachgehen wollen, sondern auch vielen Übersiedlern aus der DDR und Aussiedlern aus Mittel-, Ost- und Südosteuropa eine Beschäftigung angeboten werden. Allein in den letzten beiden Jahren kamen fast 1 Million Neubürger aus der DDR sowie aus Mittel-, Ost- und Südosteuropa in die Bundesrepublik Deutschland, von denen der größte Teil eine Berufstätigkeit ausüben will. Gleichzeitig sind bestehende Arbeitsplätze im internationalen Wettbewerb rentabel geblieben und dauerhaft gesichert worden.

Mit rund 28 Millionen Erwerbstätigen wurde Ende 1989 der höchste Beschäftigungsstand seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland erreicht. Nachdem die Zahl der Erwerbstätigen unter dem Einfluß der krisenhaften Wirtschaftsentwicklung ab Herbst 1980 um reichlich eine Million zurückgegangen war, befindet sie sich seit Ende 1983 in einem kontinuierlichen Aufwärtstrend. Seitdem konnten rund 1½ Millionen Arbeitsplätze zusätzlich besetzt werden. Frauen und Jugendliche haben aus dieser Entwicklung besonders Nutzen gezogen. Die Kurzarbeiterzahl wurde von über einer Million im Winter 1982/83 auf knapp 50000 zum Jahresende 1989 abgebaut.

Der kräftige Zuwachs der Beschäftigung setzte dem steilen Anstieg der Arbeitslosenzahl, die von Anfang 1980 bis zum Sommer 1983 um rd. 1½ Millionen zugenommen hatte, ein Ende. Trotz der in der Folgezeit verzeichneten Abnahme um rd. 300000 bleibt die Zahl der Arbeitslosen ein großes wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Problem. Zu berücksichtigen ist aber, daß zunächst die Kurzarbeit abgebaut werden mußte und daß darüber hinaus wegen der stark gestiegenen Nachfrage nach Arbeitsplätzen heute über eine Million Stellen mehr benötigt werden als 1982.

Eine durchgreifende Besserung der Beschäftigungssituation hat sich vor allem für die Jugendlichen ergeben. Ende 1989 war die Zahl der Arbeitslosen unter 20 Jahren auf ein Drittel des Niveaus zurückgefallen, das auf dem rezessionsbedingten Höhepunkt zu Beginn der 80er Jahre registriert worden war. Auch der

Schaubild 3



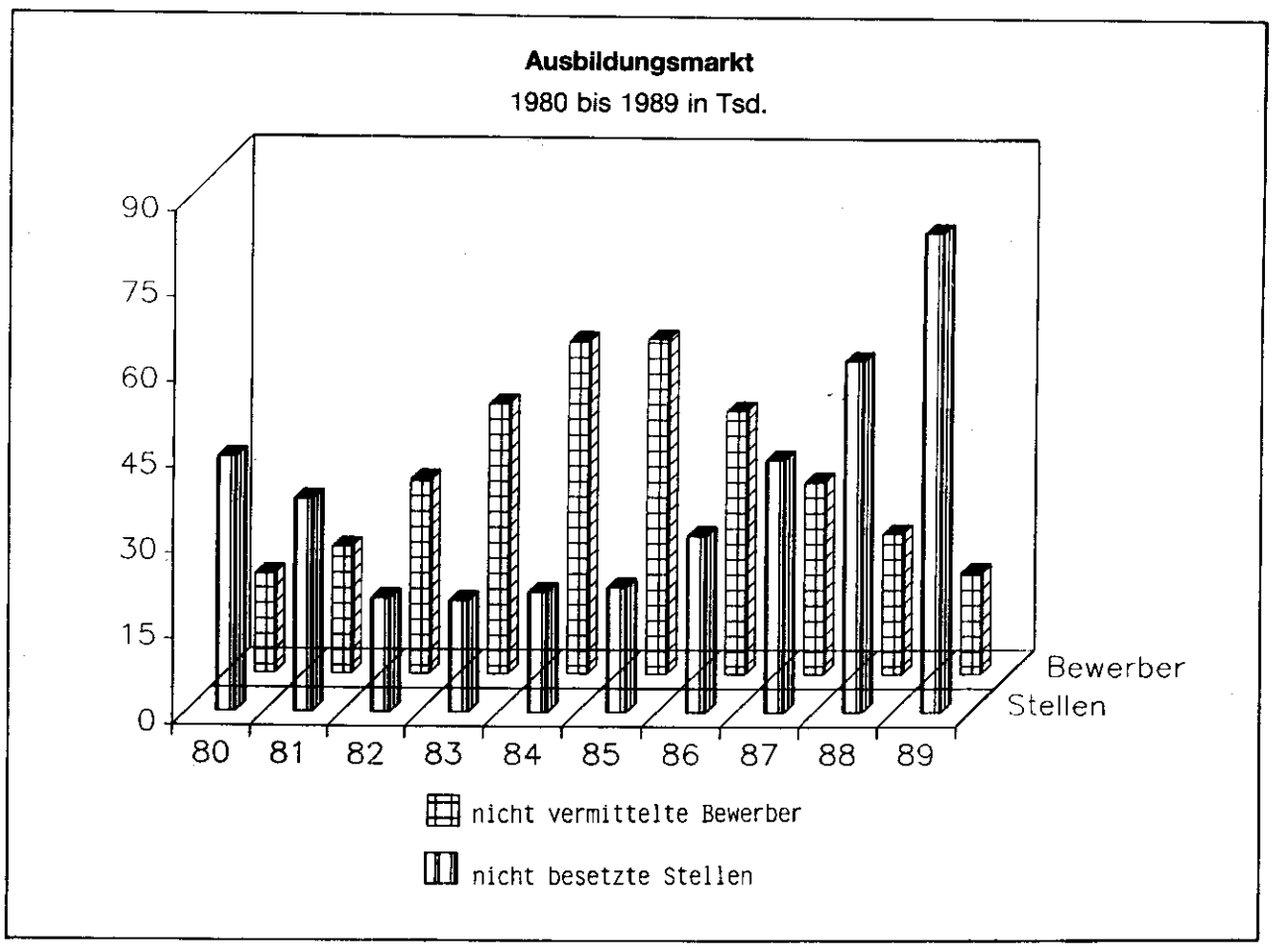
Markt für Ausbildungsstellen hat sich grundlegend gewandelt. Statt der von vielen beschworenen „Lehrstellenkrise" gibt es heute einen spürbaren Mangel an Lehrstellenbewerbern (vgl. Schaubild 4). Standen am Ende des Berufsberatungsjahres 1982/83 jedem unbesetzt gebliebenen Ausbildungsplatz im statistischen Durchschnitt 2,4 noch nicht vermittelte Bewerber gegenüber, so kamen sechs Jahre später auf jeden Bewerber 4,7 noch offene Lehrstellen.

Bei nach wie vor hoher Arbeitslosigkeit wachsen die Schwierigkeiten von Unternehmen, geeignete Arbeitskräfte zu finden. Zunehmend klagen Firmen im Verarbeitenden Gewerbe und in der Bauwirtschaft darüber, daß eine Ausweitung ihrer Produktion durch fehlendes Personal behindert wird, für das es keine geeigneten Bewerber gibt. Dies zeigt, daß es sich bei der Arbeitslosigkeit auch um ein strukturelles Problem handelt. Viele Langzeitarbeitslose haben keinen Berufsabschluß, weisen gesundheitliche Einschränkungen auf oder sind älter, was ihre Integration in den Arbeitsmarkt erschwert. Überdies bestehen starke regionale Disparitäten auf dem Arbeitsmarkt; so divergierten die Arbeitslosenquoten in den einzelnen Arbeitsamtsbezirken Ende 1989 zwischen 3,4 % und 15,0 %. Dies zeigt, daß ein regionaler Arbeitsmarktausgleich nicht in hinreichendem Umfang stattfindet.

6. Die Rückgewinnung der Geldwertstabilität ist nach Ansicht des Sachverständigenrates unter den wirtschaftspolitischen Erfolgen der jüngeren Vergangenheit an vorderster Stelle zu nennen (Ziffer 253 JG). Im Jahresdurchschnitt stiegen die Verbraucherpreise in den letzten sieben Jahren nur um rd. 1½ %. Zu dieser erfreulichen Entwicklung trugen Bundesregierung und Deutsche Bundesbank durch eine stabilitätsgerechte Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik, aber auch die insgesamt moderaten Tarifabschlüsse entscheidend bei. Zwar hat sich im Jahre 1989 das Verbraucherpreisniveau stärker als in den vorangegangenen Jahren erhöht. Dies war aber vor allem auf die vorübergehende Höherbewertung des US-Dollars, wieder anziehende Rohölnotierungen am Weltmarkt und die einmalige Anhebung verschiedener Verbrauchsteuern zurückzuführen. Zu einer allgemeinen Beschleunigung des Preisanstiegs auf breiterer Ebene kam es dagegen nicht (vgl. Ziffer 79 JG).

7. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland ist gut. Dies ist vor allem auf die Qualität und den technischen Stand der deutschen Erzeugnisse, auf die hervorragende Berufsqualifikation und den Leistungswillen der Erwerbstätigen, auf das breite Exportsortiment, pünktliche Lieferung und umfangreiche Serviceleistungen bei ausländischen Kunden zurückzuführen. Zusätzliche Impulse für die deutsche Exporttätigkeit kamen vor allem auch von der stark gestiegenen Nachfrage nach Investitionsgütern aus anderen EG-Ländern.

Schaubild 4



Die starke Steigerung der deutschen Exporte in den letzten Jahren ist darüber hinaus darauf zurückzuführen, daß die Preise in der Bundesrepublik Deutschland stabiler blieben als in den meisten Partnerländern und dies keinen entsprechenden Niederschlag in der Entwicklung des Wechselkurses der D-Mark fand.

Auf der anderen Seite zählt die Bundesrepublik Deutschland zu den bedeutensten Importländern. Hinter den USA nimmt sie weltweit den zweiten Platz ein. Obwohl Japan über eine doppelt so hohe Einwohnerzahl und über ein höheres Sozialprodukt verfügt, übertreffen die deutschen Einfuhren die japanischen um fast ein Drittel. Damit sind sie pro Kopf der Bevölkerung mehr als doppelt so hoch wie in den USA und Japan. Mehr als zwei Drittel aller Einfuhren in die Bundesrepublik Deutschland entfallen auf Fertigwaren, also auf Produkte, deren Erzeugung im Herstellungsland eine besonders hohe Wertschöpfung erfordert und damit dort entsprechende Einkommen und Arbeitsplätze sichert. Die deutsche Wirtschaft leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Beschäftigung und zum Wirtschaftswachstum in ihren Partnerländern.

Den Problemen der Entwicklungsländer, insbesondere den ärmsten und den hochverschuldeten unter ihnen, hat die Bundesregierung in vielfältiger Weise Rechnung getragen. Neben einer Steigerung der Entwicklungshilfe hat sie gegenüber einer Reihe von Ländern Schulden erlassen und in erheblichem Ausmaß Umschuldungen zugestimmt. Allein 1989 hat die Bundesregierung gegenüber den ärmsten Entwicklungsländern auf die Rückzahlung von Krediten aus der Finanziellen Zusammenarbeit in Höhe von ca. 3,1 Mrd. DM verzichtet. Im Rahmen des Pariser Clubs hat sie öffentlich garantierte Exportkredite in einem Volumen von rd. 2,6 Mrd. DM umgeschuldet.

8. Daß sich die deutsche Wirtschaft seit einiger Zeit wieder auf einem steileren Wachstumspfad mit mehr Dynamik befindet, wertet der Sachverständigenrat als eine neue Qualität der Aufwärtsentwicklung, die zu einem großen Teil der Verbesserung der Angebotsbedingungen gutzuschreiben sei (Ziffern 151, 245 f. JG). Er bestätigt damit, daß die Politik der Bundesregierung, die von Anfang an auf eine grundlegende Verbesserung der Wachstumsbedingungen ausgerichtet war, erfolgreich ist. Im Rahmen dieser Politik hat die Bundesregierung seit Ende 1982 eine Vielzahl von Maßnahmen eingeleitet, die darauf abzielen, Investitionskraft und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu stärken und hierdurch vorhandene Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen:

- Dazu gehört insbesondere ein durchgreifender Wandel in der Finanzpolitik. Mit der schrittweisen Rückführung der Staatstätigkeit auf ihren Kern und der konsequenten Konsolidierungspolitik wurde bei Bürgern und Wirtschaft das Vertrauen in die Solidität der Staatsfinanzen zurückgewonnen. Dies geschah vor allem durch eine strikte Begrenzung des Anstiegs der öffentlichen Ausgaben. Waren die Ausgaben des Bundes von 1975 bis 1982 pro Jahr um 6½ % ausgeweitet worden, so nahmen sie in den letzten sieben Jahren im Durchschnitt nur noch um rd. 2½ % zu. Der jahresdurchschnittliche Anstieg der Ausgaben aller Gebietskörperschaften (Bund, Länder und Gemeinden) belief sich auf gut 3 %. Die vielfältige Kritik an der Konsolidierungspolitik, die sogar im Vorwurf des „Kaputtsparens" gipfelte, wurde durch die günstige Wirtschaftsentwicklung eindeutig widerlegt.

  Die Bundesregierung hat mit ihrer Finanzpolitik Freiräume für private Initiative und damit für zusätzliche Wachstumschancen eröffnet. Die Staatsquote — der Anteil des Staates am Bruttosozialprodukt —, die 1982 mit knapp 50 % um fast 11 %-Punkte höher lag als 1970, ist durch die konsequente Begrenzung des Ausgabenanstiegs um rd. 5 %-Punkte zurückgeführt worden. Das sind heute mehr als 100 Mrd. DM, über die jetzt Jahr für Jahr nicht mehr der Staat, sondern Bürger und Unternehmen verfügen können. Der Anteil des staatlichen Defizits der Gebietskörperschaften insgesamt am Bruttosozialprodukt hat sich von über 4 % Anfang der 80er Jahre auf 0,5 % im Jahre 1989 ermäßigt. Bei der Sozialversicherung gibt es insgesamt wieder eine verstärkte Rücklagenbildung.

  Durch die strikte Begrenzung der Staatsausgaben wurde die Grundlage für eine leistungsfreundlichere Besteuerung geschaffen. Mit der großen dreistufigen Steuerreform von 1986, 1988 und 1990 wurden Bürger und Unternehmen um über 50 Mrd. DM entlastet. Damit wurde die umfangreichste Steuersenkung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland verwirklicht.

- Das arbeitsmarktpolitische Instrumentarium ist beträchtlich erweitert worden. Gegenüber 1982 haben sich die Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit für die aktive Arbeitsmarktpolitik, vor allem für berufliche Qualifizierung und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, von 7 Mrd. DM auf 15 Mrd. DM mehr als verdoppelt.

- Die akute Gefährdung des sozialen Netzes zu Beginn der 80er Jahre infolge wachsender Defizite bei den Versicherungsträgern wurde bereinigt. Dazu mußten nach dem Regierungswechsel schmerzliche Eingriffe nachgeholt werden, die bis dahin immer wieder hinausgeschoben worden waren.

  Durch eine Strukturreform des Gesundheitswesens wird dem lange Zeit unaufhaltsam erscheinenden Anstieg der Krankenversicherungsbeiträge Einhalt geboten. Bereits zum Jahresanfang 1990 wurde für die Hälfte der Beitragszahler eine Senkung der Beitragssätze vorgenommen oder angekündigt. Dies führt zugleich zu einer Begrenzung der Lohnzusatzkosten.

  Die Anreize zu wirtschaftlichem Verhalten sowie die Eigenverantwortung des Bürgers für seine Gesundheit und Vorsorge werden gestärkt. Außerdem werden ab 1. Januar 1991 die Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung um einen Beitrag zur Unterstützung der häuslichen Pflege Schwerpflegebedürftiger erweitert.

  Durch eine Strukturreform der gesetzlichen Rentenversicherung wird den demographischen Veränderungen Rechnung getragen und die Altersicherung langfristig wieder auf ein tragfähiges

finanzielles Fundament gestellt, das es erlaubt, die künftigen Generationen nicht zu schwer mit den Renten für die derzeit Tätigen zu belasten.

- Entsprechend dem Grundsatz, daß in der Sozialen Marktwirtschaft privater Initiative und privatem Eigentum Vorrang vor staatlicher Einflußnahme gebührt, wurde die Zahl der mittelbaren und unmittelbaren Bundesbeteiligungen seit 1982 von über 800 auf nur noch rund 240 zurückgeführt.

- Der Freiraum für eigenverantwortliches Handeln wurde durch die Vereinfachung von Rechts- und Verwaltungsvorschriften und durch die Öffnung der Märkte für mehr Wettbewerb erweitert:

  - Durch das Beschäftigungsförderungs-Gesetz wurden mehr Flexibilität am Arbeitsmarkt und zusätzliche Beschäftigung erreicht. Dabei wurde insbesondere der Abschluß befristeter Arbeitsverträge erleichtert und die Höchstdauer bei der Überlassung von Leiharbeitnehmern auf sechs Monate erweitert. Die Attraktivität der Teilzeitarbeit wurde mit ihrer arbeitsrechtlichen Gleichstellung gegenüber der Vollzeitarbeit erhöht.

  - Durch die Novellierung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen wurden das Instrumentarium der Fusions- und Verhaltenskontrolle verbessert und nicht mehr gerechtfertigte Ausnahmetatbestände in den Bereichen Energie, Verkehr, Banken und Versicherungen beseitigt.

  - Durch die Neustrukturierung des Post- und Fernmeldewesens wurden Marktzugangsbeschränkungen abgebaut und der Weg für mehr Wettbewerb besonders im Fernmeldewesen freigemacht. Mit Ausnahme des Telefondienstes können nunmehr private Unternehmer auf allen Märkten für Telekommunikationsdienste und bei sämtlichen Endgeräten als Anbieter auftreten. Hinzu kommt die Öffnung der Netze für private Betreiber in der Satellitenkommunikation und beim Mobilfunk.

  - Durch ein neues Baugesetzbuch wurden im Bereich des Baurechts Verwaltungsvereinfachungen vorgenommen sowie der Grundstücksverkehr und das Bauen erleichtert.

  - Durch mehrere Rechtsbereinigungsgesetze sowie durch zahlreiche andere Gesetze und Verordnungen wurden vielfältige staatliche Vorschriften ersatzlos gestrichen. Außerdem wurden Genehmigungserfordernisse gemildert sowie Anzeige- und Meldevorschriften der Wirtschaft eingeschränkt.

  - Durch die Einführung eines Dienstleistungsabends wurden Möglichkeiten für einen verlängerten Einkauf und die Inanspruchnahme von Dienstleistungen geschaffen und dem Handel zusätzliche Chancen eröffnet.

  - Die Flexibilität und Funktionsfähigkeit der Finanzmärkte wurden u.a. dadurch erweitert, daß der Zugang zur Börse erleichtert und die Anlagemöglichkeiten für institutionelle Anleger vergrößert wurden, um auch auf diese Weise die Eigenkapitalausstattung insbesondere der kleineren und mittleren Unternehmen zu verbessern.

  - Die gesetzlichen Voraussetzungen für die Einführung der Deutschen Terminbörse, an der auch internationale Anleger teilnehmen können, wurden geschaffen, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes Bundesrepublik Deutschland zu stärken.

- Die Voraussetzungen für mehr wirtschaftliche Selbständigkeit und Unternehmensneugründungen sind durch die guten gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen wesentlich verbessert worden. Insbesondere durch die leistungsfreundliche Besteuerung des Mittelstandes sowie durch günstige Konditionen für Eigenkapitalhilfeprogramme und eine Neuorientierung der Beratungsförderung wurden zusätzliche Anreize geschaffen. Infolgedessen ist es in den letzten sieben Jahren zu einer bemerkenswerten Zunahme der Unternehmensgründungen gekommen.

- Nach 13 Jahren Stillstand wurde die Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer in mehreren Schritten ausgebaut und gezielt auf Arbeitnehmerbeteiligungen am Kapital der Wirtschaft ausgerichtet. So wurden im Vermögensbildungsgesetz unter anderem der zulagebegünstigte Jahresbetrag vermögenswirksamer Leistungen von 624 DM auf 936 DM erhöht, die Möglichkeiten der Anlage in Vermögensbeteiligungen erweitert und — ab 1990 — die Förderung auf Kapitalbeteiligungen und den Erwerb von Wohnungseigentum konzentriert. Für Vermögensbeteiligungen von Arbeitnehmern wurde zusätzlich eine steuerliche Begünstigung eingeführt.

- In der Umweltpolitik wurde Wegweisendes erreicht. Die Novellierung aller wichtigen Umweltschutzgesetze ist abgeschlossen oder im Gange. In der Luftreinhaltepolitik hat die Bundesregierung in Europa eine Vorreiterrolle übernommen. Die Einführung schadstoffarmer Kraftfahrzeuge wurde zügig in Angriff genommen und aufgrund deutscher Initiative auch auf der Ebene der Europäischen Gemeinschaft in die Tat umgesetzt. Der Verbrauch bleihaltiger Kraftstoffe wurde unter anderem durch die steuerliche Förderung von bleifreiem Benzin stark zurückgedrängt. Bei Großfeuerungsanlagen wurde eine drastische Verminderung der Emissionen von Schwefeldioxid, Stickoxiden und Staub erreicht. Die Sanierung von Altanlagen wurde beschleunigt, die Emissionsbegrenzung für gewerbliche Anlagen verschärft. In keinem anderen Land der Europäischen Gemeinschaft gibt es heute mehr Personenkraftwagen mit geregeltem Dreiwege-Katalysator, einen prozentual höheren Verbrauchsanteil an bleifreiem Benzin oder mehr Rauchgasentschwefelungs- und Entstickungsanlagen als in der Bundesrepublik Deutschland. Auch in der Gewässerschutzpolitik nimmt die Bundesrepublik Deutschland eine Spitzenstellung ein.

9. Die beim Amtsantritt der Bundesregierung angekündigte Neubesinnung auf die Grundsätze der So-

zialen Marktwirtschaft wurde damit folgerichtig umgesetzt. Verläßliche und widerspruchsfreie Rahmenbedingungen als eine entscheidende Voraussetzung für längerfristige Dispositionen in der Wirtschaft sind wieder gegeben. Wachstumsdynamik und Beschäftigungschancen haben sich grundlegend verbessert. Leistungs- und Risikobereitschaft zahlen sich wieder aus. Die deutsche Wirtschaft geht mit viel Schwung in die 90er Jahre (Ziffer 186 JG).

Im Wettbewerb der Systeme wurden die Vorteile der Sozialen Marktwirtschaft erneut eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Es ist daher nur verständlich, daß diese Wirtschafts- und Sozialordnung, die ein hohes Maß an individueller Freiheit, sozialer Ausgewogenheit und Effizienz gewährleistet, bei den Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas auf der Suche nach einer menschenwürdigeren Ordnung zunehmend Beachtung findet.

B. Soziale Marktwirtschaft — der Weg, die Herausforderungen der 90er Jahre zu lösen

I. Neue Chancen und Aufgaben in Europa

10. Zu Beginn der 90er Jahre befindet sich Europa im Umbruch, der neue Chancen und Aufgaben bringt. Bei den Nachbarn in Mittel-, Ost- und Südosteuropa zeichnen sich politische und ökonomische Umwälzungen ab, deren volle Konsequenzen heute noch nicht überschaubar sind. Die hohe Leistungsfähigkeit der auf Wettbewerb und Markt gegründeten Wirtschaftssysteme hat das volle Ausmaß der schweren Krise der zentralen Plan- und Verwaltungswirtschaften sichtbar werden lassen.

Ein Prozeß des Umdenkens hat eingesetzt, der — so ist zu hoffen — zu moderneren und leistungsfähigeren Volkswirtschaften in Mittel-, Ost- und Südosteuropa führt. Dadurch eröffnen sich für die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Ost und West neue Möglichkeiten. Entscheidend für die Eingliederung in die internationale Arbeitsteilung und damit für die wirtschaftliche Entwicklung in diesen Ländern wird sein, daß überzeugende marktwirtschaftliche Lösungen an Stelle der bisherigen zentralen Plan- und Verwaltungswirtschaften treten, die politisch, sozial und ökonomisch in die Sackgasse geführt haben. Der Reformwille der Bürger im Osten Europas macht die große Attraktivität der Marktwirtschaft für die Menschen dort mehr als deutlich.

Der langanhaltende wirtschaftliche Aufschwung, der mit der Neubesinnung auf die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland erreicht wurde, unterstreicht einmal mehr die dieser Ordnung innewohnende Dynamik. Damit sind günstige Voraussetzungen gegeben, um die notwendigen strukturellen Reformen in den bisher zentral gelenkten Volkswirtschaften wirkungsvoll zu begleiten.

11. Soziale Marktwirtschaft ist gerade in dieser Situation des Umbruchs das richtige Konzept der „Weichenstellungen für die neunziger Jahre", so der Titel des Jahresgutachtens des Sachverständigenrates. Die Wirtschaftspolitik steht dabei im einzelnen vor folgenden Aufgaben:

- Die Menschen in der DDR haben sich mit großem Einsatz und gewaltlos für Freiheit und Rechtsstaatlichkeit, Frieden und Selbstbestimmung entschieden. Der Sozialismus ist am Ende und hat keine Zukunft. Die Menschen wollen neue Perspektiven für ihre politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Zukunft. Die Bundesrepublik Deutschland ist bereit, sie auf diesem Wege tatkräftig zu unterstützen (B II).
- Der Wettbewerb der Produktionsstandorte ist als Folge der wachsenden Globalisierung der Märkte für Güter, Dienstleistungen und Kapital schärfer geworden. Die Bedingungen, unter denen sich Wachstum und Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland entfalten können, müssen durch eine marktwirtschaftlichen Grundsätzen verpflichtete Rahmensetzung weiter verbessert werden (B III).
- Trotz nicht zu übersehender Erfolge bleiben auf dem Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland erhebliche Strukturprobleme zu lösen. Die wachsende Lücke zwischen meist weniger qualifizierten Arbeitslosen und einer steigenden Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften sowie die Integration der vielen Über- und Aussiedler erfordern große Anstrengungen (B IV).
- Für kleine und mittlere Unternehmen machen die Vollendung des EG-Binnenmarktes und die wirtschaftliche Neuorientierung im Osten Anpassungsprozesse notwendig und eröffnen zugleich viele Chancen. Die Bundesregierung wird durch günstige Rahmenbedingungen dazu beitragen, daß kleine und mittlere Unternehmen sowie Selbständige ihre Stärken ausspielen können (B V).
- Der Schutz der natürlichen Umwelt ist zu einer weltweiten Aufgabe geworden. Mit ökologisch konsequenten und ökonomisch sinnvollen Rahmenbedingungen muß ein hohes Maß umweltpolitischer Vorsorge erreicht werden (B VI).
- Die Erhaltung der Wohlfahrt und die Sicherung der Beschäftigung stellen zunehmende Anforderungen an Wirtschaft und Politik. Die gute wirtschaftliche Gesamtsituaiton muß genutzt werden, um den Strukturwandel zu fördern (B VII).
- Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung muß in die internationale Zusammenarbeit und vor allem in den Integrationsprozeß der Europäischen Gemeinschaft eingebettet bleiben, der in den letzten Jahren beträchtlich an Dynamik gewonnen hat. Die Bundesregierung ist entschlossen, die Integration der Europäischen Gemeinschaft nachhaltig voranzubringen (B VIII).

II. Reformprozeß in der DDR unterstützen

12. Die Deutschlandpolitik der Bundesregierung steht im Zeichen tiefgreifender Veränderungen in Europa. Die Deutschen in der DDR haben dort ohne Gewalt einen politischen Wandel erstritten. Die weitreichenden Umwälzungen in der DDR haben erstmals seit langer Zeit wieder Chancen für die Überwindung der Teilung Deutschlands eröffnet. Die Deutschen dies- und jenseits der Grenze verbinden Geschichte, Sprache, Kultur, vielfältige menschliche Beziehungen und das Bewußtsein, einer Nation anzugehören. Aus dieser gemeinsamen Grundlage erwächst der Bundesrepublik Deutschland die Aufgabe, den notwendigen Reformprozeß in der DDR wirkungsvoll zu unterstützen. Der Wirtschaftspolitik kommt dabei herausgehobene Bedeutung zu. Sie ist ein zentraler Bestandteil der Deutschlandpolitik der Bundesregierung im Rahmen des Zehn-Punkte-Programms zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas, das der Bundeskanzler am 28. November 1989 vorgelegt hat.

13. Die Menschen in der DDR haben Anspruch auf eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die ihnen Perspektiven für Freiheit, Wohlstand und eine lebenswerte Umwelt bietet. Welchen Weg sie im einzelnen gehen wollen, müssen sie in freier Selbstbestimmung entscheiden. Die bisherige wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in der DDR — wie auch in den anderen Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas — hat jedoch klar gezeigt, daß die zentrale Plan- und Verwaltungswirtschaft den Bürgern Lebenschancen verstellt, die Entfaltung produktiver Kräfte lähmt und in eine Dauerkrise führt. Nur bei einer grundlegenden Änderung der Wirtschaftsordnung ist eine leistungsfähige Wirtschaft zu erwarten, die den Wünschen der Menschen nach Freiheitssicherung und höherer materieller Wohlfahrt entspricht. Die Entwicklungen in den mittel-, ost- und südosteuropäischen Ländern haben außerdem bewiesen, daß eine freiheitlich verfaßte Staats- und Wirtschaftsordnung einander bedingen.

Die Bundesregierung begrüßt, daß der Sachverständigenrat die Voraussetzungen für notwendige Wirtschaftsreformen in der DDR untersucht und dazu Ende Januar 1990 ein Sondergutachten vorgelegt hat. Er unterstreicht, daß ein Erfolg des wirtschaftlichen Reformprozesses nur zu erwarten ist, wenn das Wirtschaftssystem grundlegend zu einer offenen marktwirtschaftlichen Ordnung mit sozialer Absicherung umgestaltet wird und die dafür erforderlichen Reformschritte rasch und möglichst gleichzeitig durchgeführt werden. Das Gutachten enthält auch wichtige Hinweise dafür, wie der wirtschaftliche Umwandlungsprozeß in der DDR von seiten der Bundesrepublik Deutschland wirkungsvoll unterstützt werden kann.

Grundlegende Reformen notwendig

14. Für die Bürger in der DDR müssen sehr bald überzeugende Perspektiven geschaffen werden, nicht zuletzt um weitere Abwanderungen von Arbeitskräften mit entsprechenden Belastungen für die DDR-Wirtschaft zu vermeiden.

Wichtig ist, daß möglichst zügig und konsequent der qualitative Übergang zu einer Sozialen Marktwirtschaft erfolgt, in der die Menschen am besten gegen Ausbeutung geschützt sind und in der die natürlichen Lebensgrundlagen wirkungsvoll gesichert werden. Sie gibt dem Bürger die notwendigen individuellen und gesellschaftlichen Freiheitsräume: Er kann über seine Lebensgestaltung selbst entscheiden, seinen Beruf frei wählen, Eigentum bilden und sich in unabhängigen Gewerkschaften und Verbänden organisieren. Der Einsatzwille der Arbeitnehmer und Selbständigen wird durch leistungsgerechte Einkommen gefördert. Dies kommt der Gesellschaft insgesamt zugute.

Sofern man staatliche Produktionsplanung und Marktsteuerung vermischen oder gar in Kernbereichen der Wirtschaft weiter an der Zentralverwaltungswirtschaft festhalten und nur am Rande marktwirtschaftliche Elemente erlauben würde, so wäre dem ein Erfolg versagt. Versuche in anderen Ländern mit solchen Mischsystemen sind gescheitert. Wenn gleichzeitig sowohl der Staat als auch der Markt die Produktion und Verteilung von Waren und Dienstleistungen zu lenken suchen, dann sind — insbesondere bei offenen Grenzen — hohe Reibungsverluste unvermeidlich. Deshalb ist es mit Retuschen am bestehenden System nicht getan. Erforderlich sind vielmehr grundlegende Reformen, damit marktwirtschaftliche Steuerung und entsprechende staatliche Rahmensetzung eindeutig dominieren. Nur dann wird es zu dem notwendigen Zustrom von privatem Kapital kommen, und nur dann sind öffentliche Hilfen von außen erfolgversprechend.

Unternehmenskooperationen mit Beteiligungen zu ermöglichen, ist nützlich, stellt aber keine umfassende Lösung der Ordnungsprobleme dar. Vordringlich sind deshalb insbesondere Gewerbefreiheit, stabiles Geld, Eigentumsschutz, leistungsgerechte Entlohnung, Beseitigung des Außenhandelmonopols sowie Wettbewerb und freie Preisbildung auf möglichst vielen Märkten. Zu den notwendigen staatlichen Rahmensetzungen gehören auch ein umweltrechtlicher Ordnungsrahmen und wirksame ökonomische Anreizmechanismen für eine Verbesserung des Umweltschutzes. Dies sind unverzichtbare Voraussetzungen für eine dynamische Wirtschaftsentwicklung in der DDR.

Die Bundesregierung unterstreicht die Aussage des Sachverständigenrates in seinem Sondergutachten: „Es gibt keine überzeugende Alternative zur marktwirtschaftlichen Ordnung". „Die sozialistische Planwirtschaft ist es nicht." Nach Auffassung der Bundesregierung sind alle Versuche, den Sozialismus zu reformieren, zum Scheitern verurteilt. Die Soziale Marktwirtschaft *ist* der ‚dritte Weg' zwischen Kapitalismus und Sozialismus.

15. Eine durchgreifende Modernisierung der DDR-Wirtschaft erfordert einen Schub von privaten Existenzgründungen in der DDR sowie privates Kapital von außen und den damit verbundenen Transfer von technischem und wirtschaftlichem Know-how. Die Bundesregierung begrüßt, daß sich vor allem viele mittelständische Unternehmen und Selbständige sowie deren Verbände aus der Bundesrepublik Deutschland in der DDR engagieren wollen. Ein solches privatwirtschaftliches Engagement ist unverzichtbar. Staatliche Hilfen, wie sie die Bundesregierung zu gewähren bereit ist, können nur subsidiären Charakter haben.

Wirtschaftliche Dynamik mit ihren positiven Wirkungen auf Arbeitsplätze, Einkommen und Güterangebot wird sich in der DDR mit ihren qualifizierten Arbeitskräften sehr schnell entwickeln können, wenn die Kräfte dezentraler Entscheidungen genutzt und im Wettbewerb eingesetzt werden. Dadurch kann dort die zur Zeit zu geringe Produktivität in der Wirtschaft beträchtlich gesteigert werden. Dies setzt Freiheit für unternehmerische Initiative voraus. Gerade der mittelständischen Wirtschaft kommt dabei zentrale Bedeutung zu. Hier können sich schnell eigenverantwortliches Handeln entwickeln und wirkungsvoll marktwirtschaftliche Erfahrungen gesammelt werden. So kann sich Marktwirtschaft auf breiter Basis auch von unten entfalten.

Verbesserung der Lebensverhältnisse in der DDR durch enge wirtschaftliche Zusammenarbeit

16. Die Bundesregierung strebt eine enge Zusammenarbeit mit der DDR auf allen Gebieten an. Ziel ist es, die Lebensverhältnisse in der DDR so schnell wie

möglich zu verbessern. Die Bundesregierung ist — unter der Voraussetzung, daß die DDR ihrerseits die notwendigen Reformen einleitet — bereit, den schwierigen Übergang von der zentral geplanten Wirtschaft zur Sozialen Marktwirtschaft zu flankieren:

- Durch gemeinsame Infrastrukturprojekte, namentlich in den Bereichen Verkehr, Telekommunikation und Umweltschutz sollen die ökonomischen und ökologischen Voraussetzungen für eine erfolgreiche wirtschaftliche Kooperation nachhaltig verbessert werden. Für die genannten Gebiete sind bereits gemeinsame Kommissionen gebildet worden.

- Durch die Förderung gemeinsamer Pilotprojekte, die unmittelbar zur Verminderung von Umweltbelastungen in beiden Teilen Deutschlands führen und darüber hinaus den Anstoß für die breite Anwendung moderner Umweltschutztechnologien auf der Basis kommerzieller Kooperationen geben können, leistet die Bundesregierung Beiträge zu einer Verbesserung der Umwelt.

- Die Bundesregierung drängt darauf, daß Vorschriften und Maßnahmen der DDR, die Selbständigkeit und freie Wirtschaftstätigkeit in der DDR diskriminieren und den deutsch/deutschen Handel zwischen den Betrieben behindern, beseitigt werden.

- Mit der DDR-Regierung ist eine Gemeinsame Kommission zur Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen vereinbart worden. Sie wird sich mit Stand und Perspektiven der Wirtschaftsreformen in der DDR und den Möglichkeiten für eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit in allen Bereichen der Wirtschaft, namentlich auch mit den Themen Energie und Tourismus, befassen.

- Mit der DDR wird ein Investitionsschutzabkommen angestrebt. Damit soll für private Direktinvestitionen in der DDR und Gemeinschaftsunternehmen ein verläßlicher rechtlicher Rahmen geschaffen werden. Bei einer befriedigenden Regelung ist die Bundesregierung bereit, ein Instrumentarium zur Absicherung von Kapitalanlagen in der DDR zu schaffen.

- Die Bundesregierung wird aus Haushaltsmitteln spezielle Programme für die DDR im Rahmen des ERP-Vermögens ermöglichen. Es ist weiterhin zu prüfen, inwieweit bestehende mittelstandsorientierte Förderprogramme der Kreditanstalt für Wiederaufbau, der Deutschen Ausgleichsbank und der Berliner Industriebank zugunsten der DDR geöffnet werden können, damit sich kräftige Impulse für mehr private Investitionen und mehr Existenzgründungen in der DDR ergeben. Daneben sollen Hilfen zur Aus- und Fortbildung, zur betrieblichen Beratung und zur Förderung des Technologietransfers gegeben sowie die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit verstärkt werden.

- Die Bundesregierung hat beschlossen, den bestehenden Garantierahmen für Lieferungen und Leistungen in die DDR um 1,5 Mrd. DM auf 6 Mrd. DM aufzustocken.

- Die Bundesregierung hat die Möglichkeit eröffnet, DDR-Zulieferungen für Exporte westdeutscher Firmen in einer Größenordnung von bis zu 30 % in die Hermes-Deckung einzubeziehen.

- Die Bundesregierung beabsichtigt eine weitgehende Liberalisierung aller mengen- bzw. wertmäßigen Beschränkungen von Bezügen wie Lieferungen des gewerblichen Sektors im innerdeutschen Handel.

- Die Bundesregierung hat bereits verschiedene verfahrensmäßige Erleichterungen im innerdeutschen Handel (Lockerung des Kompensationsverbotes, erleichterter Zugang für private Handwerksbetriebe der DDR, Zulassung von Schenkungen von gebrauchten Maschinen und Geräten an private DDR-Betriebe) beschlossen und wird weitere prüfen.

- Die Bundesregierung wird Gespräche mit den Bundesländern mit dem Ziel aufnehmen, für das grenznahe Gebiet eine beide Staaten in Deutschland verbindende Regionalpolitik zu entwickeln.

- Zum 1. Januar 1990 wurde für eine Übergangszeit von 2 Jahren ein gemeinsamer Fonds zur Finanzierung von Reisezahlungsmitteln eingerichtet, aus dem jeder Bürger der DDR zu einem festen Umtauschverhältnis bis zu 200,— DM pro Jahr gegen Mark der DDR erwerben kann. Die für den Umtausch erforderlichen D-Mark-Beträge werden von der Bundesrepublik Deutschland und der DDR im Verhältnis von etwa 3 : 1 getragen. Dafür entfällt das bisherige Begrüßungsgeld für Besucher aus der DDR. Die Sichtvermerkspflicht und der Mindestumtausch für Bundesbürger bei Reisen in die DDR sind weggefallen.

- Die Bundesregierung hat das Mandat der von ihr eingesetzten Unabhängigen Expertenkommission zum Abbau marktwidriger Regulierungen (Deregulierungskommission) im Einvernehmen mit der Kommission um ein Jahr verlängert, damit die Auswirkungen der neuen Entwicklungen in der DDR und in Mittel-, Ost- und Südeuropa auf mögliche Deregulierungsbereiche berücksichtigt werden können.

Ursachen der Abwanderung in der DDR abbauen

17. Mit dem starken Zustrom von Übersiedlern aus der DDR sowie durch die politischen Umwälzungen in der DDR haben sich auch die Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland stark verändert. Insgesamt sind im vergangenen Jahr 344 000 Übersiedler aus der DDR und 377 000 Aussiedler aus Mittel-, Ost- und Südosteuropa zugewandert; das entspricht insgesamt einem Bevölkerungszuwachs von reichlich 1 %. Die starke wirtschaftliche Dynamik in der Bundesrepublik Deutschland erleichtert ganz wesentlich die Integration der Zuwanderer. Diese tragen ihrerseits zum Wirtschaftswachstum bei. Andererseits dürfen die Probleme nicht übersehen werden, die vor allem auf kürzere Sicht mit der sozialen und beruflichen Eingliederung dieser Menschen verbunden sind. Die Bundesregierung wird eventuelle Mißbräuche des sozialen Sicherungssystems der Bundesrepublik Deutschland in beiderseitigem Interesse zu verhin-

dern suchen und hat darüber unter anderem mit der DDR Gespräche aufgenommen.

Die Bundesregierung tritt für offene Grenzen und Freizügigkeit in Deutschland ein. Eine weitere Abwanderung aus der DDR liegt aber weder im Interesse der DDR noch der Bundesrepublik Deutschland. Ein wichtiges Ziel der Deutschlandpolitik ist es, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die Menschen in ihrer Heimat eine Zukunftsperspektive finden. Dies gilt um so mehr, als in der DDR gerade jetzt Arbeitskräfte mit Initiative und Leistungsbereitschaft dringend gebraucht werden, damit dort eine ausgewogene wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Gang gesetzt werden kann.

Es kommt deshalb darauf an, durch rasche und grundlegende Reformen der Bevölkerung in der DDR politisch und wirtschaftlich eine begründete Aussicht auf eine baldige Besserung ihrer Lebensbedingungen zu geben. Nur durch die Erwartung einer Wende zum Besseren können die Menschen dort bewogen werden, in ihrer Heimat zu bleiben und beim Aufbau einer freiheitlichen politischen und wirtschaftlichen Ordnung mitzuhelfen.

III. Wachstums- und Beschäftigungsdynamik durch günstige und verläßliche Rahmenbedingungen verstetigen

18. Die Bundesregierung erwartet, daß sich 1990 und darüber hinaus die Wachstums- und Beschäftigungsdynamik fortsetzt (Jahresprojektion Ziffern 86ff.). Sie ist sich mit dem Sachverständigenrat (Ziffer 277 JG) einig, daß Wachstumspolitik in erster Linie Wirtschaftsordnungspolitik ist. Das erfordert, wie auch der Sachverständigenrat mit Nachdruck betont (Ziffer 261 JG), einen klaren, verläßlichen und widerspruchsfreien Kurs der Wirtschaftspolitik. Dies gibt den am Wirtschaftsleben Beteiligten Sicherheit und Vertrauen in die Zukunft und festigt damit die Grundlage für wirtschaftliche Dynamik.

Dynamische Unternehmer sind wichtig, um Innovationspotentiale aufzuspüren, Produkte und Verfahren zu verbessern und die dafür notwendigen zukunftsgerichteten Investitionen zu tätigen. Länder, die wie die Bundesrepublik Deutschland sehr hohe Löhne und Lohnzusatzkosten sowie besonders kurze Arbeitszeiten aufweisen, müssen — hierauf weist der Sachverständigenrat ausdrücklich hin (Ziffer 275 JG) — vor allem viel Wissen, Können und Kapital investieren, um in der internationalen Arbeitsteilung erfolgreich zu bestehen.

19. Die Unternehmensinvestitionen sind somit nach wie vor eine entscheidende Schlüsselgröße für die Erhöhung des Wachstumspotentials insgesamt sowie für die Anpassung der Wirtschaft an sich wandelnde Angebots-, Nachfrage- und Wettbewerbsverhältnisse. Der Investitionsbedarf der Wirtschaft bleibt hoch. Er ist weder infolge des wachsenden Anteils der Dienstleistungen noch als Ergebnis des technischen Fortschritts insgesamt geringer geworden. Investitionen, namentlich zur Modernisierung des Produktionsapparats, bilden den strategischen Ansatzpunkt für die weitere Verbesserung der Angebotsbedingungen. Notwendige Voraussetzung für ein angemessenes Investitionswachstum und damit für mehr Beschäftigung sind dauerhaft erwartete, ausreichende Erträge der Unternehmen, worauf der Sachverständigenrat zu Recht hinweist (Ziffer 93 JG). Die gute Investitionsentwicklung der letzten Jahre bestätigt diesen Zusammenhang.

Die Bundesregierung wird mit konsequent marktwirtschaftlich orientierter Wirtschafts- und Finanzpolitik ihren Teil dazu beitragen, daß sich auch in Zukunft und unter veränderten weltwirtschaftlichen Bedingungen Investitionen in der Bundesrepublik Deutschland lohnen und die Wachstumsgrundlagen weiter verbessern:

- Für die Bundesregierung wird die Wahrung der Preisstabilität — auch im Rahmen einer engeren europäischen Zusammenarbeit — hohe Bedeutung behalten (Ziffer 20).
- In der nächsten Legislaturperiode wird die Bundesregierung die angekündigte Reform der Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen für Investitionen und Arbeitsplätze verwirklichen (Ziffern 21—23).
- Die Bundesregierung wird auch künftig durch eine konsequente Ausgabenbegrenzung den Staatsanteil weiter verringern und gesunde Staatsfinanzen gewährleisten (Ziffern 24—26).
- Die Wirtschaftspolitik wird auf mehr Wettbewerb, Deregulierung und Privatisierung gerichtet bleiben (Ziffern 27—29).
- Die Bundesregierung wird durch weitere Liberalisierungsschritte den Finanzplatz Bundesrepublik Deutschland stärken (Ziffer 30).

Bewahrung der Geldwertstabilität

20. Angesichts der herausragenden Bedeutung der Geldwertstabilität für die Funktionsfähigkeit einer marktwirtschaftlichen Ordnung ist es unerläßlich, daß alle am Wirtschaftsleben Beteiligten, insbesondere die für die Geldpolitik, die öffentliche Finanzpolitik und die Tarifpolitik Verantwortlichen, ihren Beitrag zur Preisniveaustabilisierung leisten.

Die Deutsche Bundesbank hat für 1990 wieder ein Geldmengenziel beschlossen. Sie strebt eine Ausweitung der Geldmenge (M3) innerhalb einer Bandbreite von 4—6% an. Damit hat die Bundesbank das vom Sachverständigenrat (Ziffer 299 JG) nachdrücklich geforderte stabilitätspolitische Signal gegeben und die monetären Grundlagen dafür geschaffen, daß auch zu Beginn des neuen Jahrzehnts die Fortsetzung des Aufschwungs bei Preisniveaustabilität möglich bleibt. Voraussetzung dafür ist, daß alle Teilnehmer am Wirtschaftsprozeß, namentlich die Unternehmen, Selbständigen und die Tarifpartner ebenso wie die Öffentliche Hand, sich auf dieses Signal einstellen (vgl. Ziffer 91).

Die Bundesregierung wird bei den Bemühungen, die wirtschafts- und währungspolitische Zusammenarbeit

in Europa zu intensivieren, darauf hinwirken, das Währungssystem zu einem Instrument der Stabilität in Europa auszubauen.

Dynamisches Wachstum durch weniger Steuern

21. Die Einführung eines neuen Einkommensteuertarifs mit durchgängig niedrigeren Steuersätzen (vgl. Schaubild 5) und der Abbau von Steuervergünstigungen und Sonderregelungen sind entscheidende Schritte auf dem Weg zu einem zukunftsorientierten Steuersystem. Der Sachverständigenrat bestätigt, daß die bisherigen Steuerreformschritte in die richtige Richtung weisen (Ziffer 330 JG). Sie führen 1990 zu einer weiteren Nettoentlastung der Arbeitnehmer und Betriebe in Höhe von 24 Mrd. DM. Die Steuerquote wird mit 22,5 % den niedrigsten Stand seit 1960 erreichen (vgl. Schaubild 6).

22. In einer Welt, in der die internationale Arbeitsteilung immer intensiver wird, in der der Kapitalverkehr immer flexibler rund um die Uhr und rund um den Globus stattfindet, sind Innovations-, Investitions- und Produktionsentscheidungen weniger denn je an einmal geplante Standorte gebunden. Dem hat auch die Steuerpolitik Rechnung zu tragen. Niedrigere Steuern sollen Unternehmern keine ungerechtfertigten Vorteile verschaffen, sondern sie sind eine wichtige Voraussetzung dafür, daß Sachkapital in rentable Arbeitsplätze investiert wird und Produktionsstätten nicht aus Steuergründen ins Ausland verlagert werden.

Die Steuerpolitik der nächsten Jahre steht daher vor der Aufgabe, die Grundlagen für Wachstum und Beschäftigung weiter zu verbreitern. Um die Qualität des Produktionsstandortes Bundesrepublik Deutschland zu sichern und den Strukturwandel besser zu bewältigen, ist es notwendig, die Investitions- und Innovationskraft sowie die Leistungsbereitschaft weiter zu stärken. Bei sich öffnenden Grenzen, insbesondere im Rahmen der Vollendung des EG-Binnenmarktes, und angesichts der in vielen Ländern verwirklichten oder geplanten Steuersatzsenkungen geht es um eine Verminderung der hohen Grenzsteuerbelastung der Erträge und eine Verringerung der ertragsunabhängigen Unternehmensteuern. Zur beabsichtigten breiten Entlastungswirkung gehören weitere Entlastungen für Familien und Bezieher niedrigerer Einkommen.

Die Bundesregierung wird dafür ihr Konzept nach Vorlage des Berichtes einer unabhängigen Sachverständigenkommission zu Beginn der nächsten Legislaturperiode unterbreiten. Die Unternehmen sollen rechtzeitig vor Vollendung des Europäischen Binnenmarktes Klarheit über die steuerpolitischen Rahmenbedingungen haben.

23. Mit der von Bundesregierung und Koalitionsfraktionen beschlossenen Aufhebung der Börsenumsatzsteuer zum 1. Januar 1991 und — ein Jahr später — der Gesellschafts- und Wechselsteuer wird die Wettbewerbssituation des Finanzplatzes Bundesrepublik Deutschland gestärkt und die Eigenkapitalfinanzierung der Kapitalgesellschaften erleichtert. Dies kommt insbesondere auch kleinen und mittleren Gesellschaften zugute. Mit der Aufhebung der Kapital-

Schaubild 5

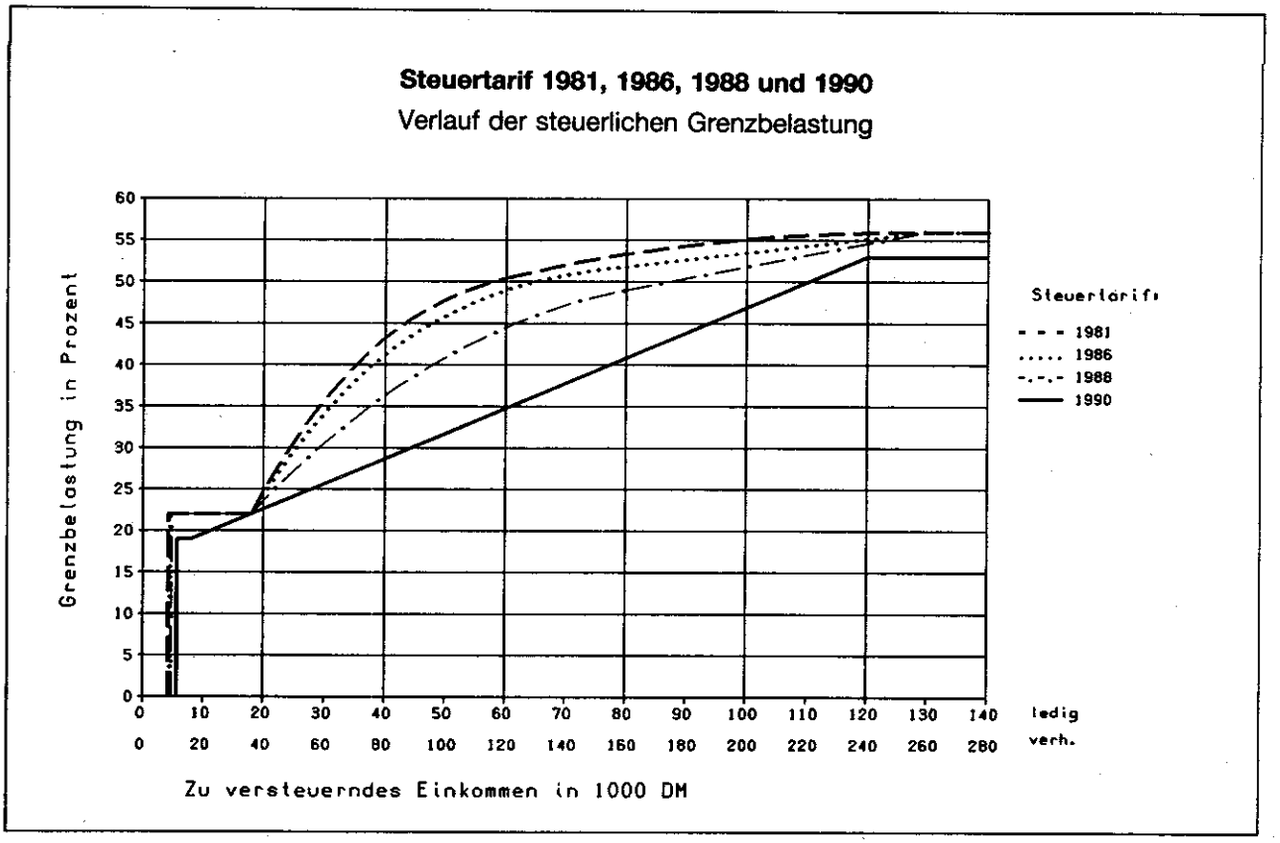
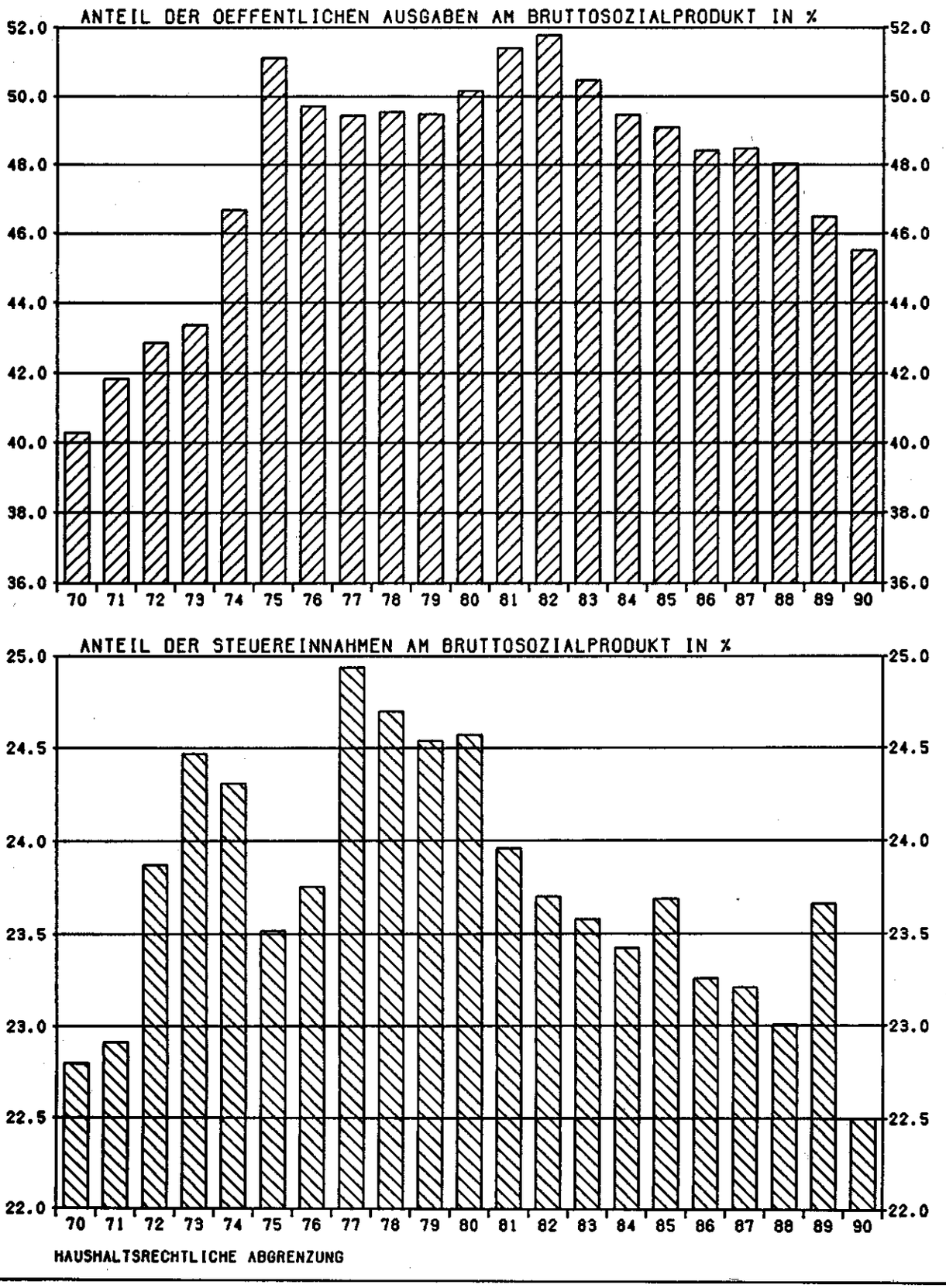


Schaubild 6

Entwicklung der Staatsquote und der Steuerquote



verkehrssteuern entspricht die Bundesregierung auch einer Anregung des Sachverständigenrates (Ziffer 345 JG).

Mittelfristige Haushaltspolitik zur Rückführung der Staatstätigkeit

24. Die mittelfristig angelegte Haushaltspolitik hat sich als überaus erfolgreich erwiesen (vgl. Ziffer 8). Dies bestärkt die Bundesregierung darin, die staatlichen Ausgaben nur moderat wachsen zu lassen, die Steuerbelastung zurückzuführen und die Neuverschuldung in engen Grenzen zu halten (vgl. Schaubilder 6 und 7), wie es auch der Sachverständigenrat (Ziffer 320 JG) für notwendig erachtet. Der Bundeshaushalt 1990 liegt auf dieser Linie. Der Ausgabenanstieg wurde auf 3 % — das ist deutlich weniger als das Wachstum des Bruttosozialproduktes — begrenzt, obwohl Mehrbelastungen z. B. durch die neuen wohnungspolitischen Maßnahmen und für die Integration der Über- und Aussiedler zu berücksichtigen waren. Den besonderen Belastungen im Zusammenhang mit der Unterstützung des Reformprozesses vor allem in der DDR wird die Bundesregierung in Kürze mit einem Nachtragshaushalt Rechnung tragen.

25. Angesichts der hohen Auslastung der Baukapazitäten und der damit verbundenen Preisrisiken wurde im Finanzplanungsrat im November 1989 Einvernehmen mit den Ländern und Gemeinden erzielt, zugunsten des Wohnungsbaus den Beginn von Hochbaumaßnahmen zurückzustellen und Hochbaukapazitäten nur dort in Anspruch zu nehmen, wo dies ohne Beeinträchtigung des Wohnungsbaus möglich oder aus übergeordneten öffentlichen Interessen zwingend erforderlich ist. Nach § 4 Abs. 10 des Bundeshaushaltsgesetzes 1990 wird der Bund Hochbaumaßnahmen für Verwaltungszwecke im Umfang von mindestens bis zu einem Viertel seines gesamten Neubauvolumens nicht beginnen.

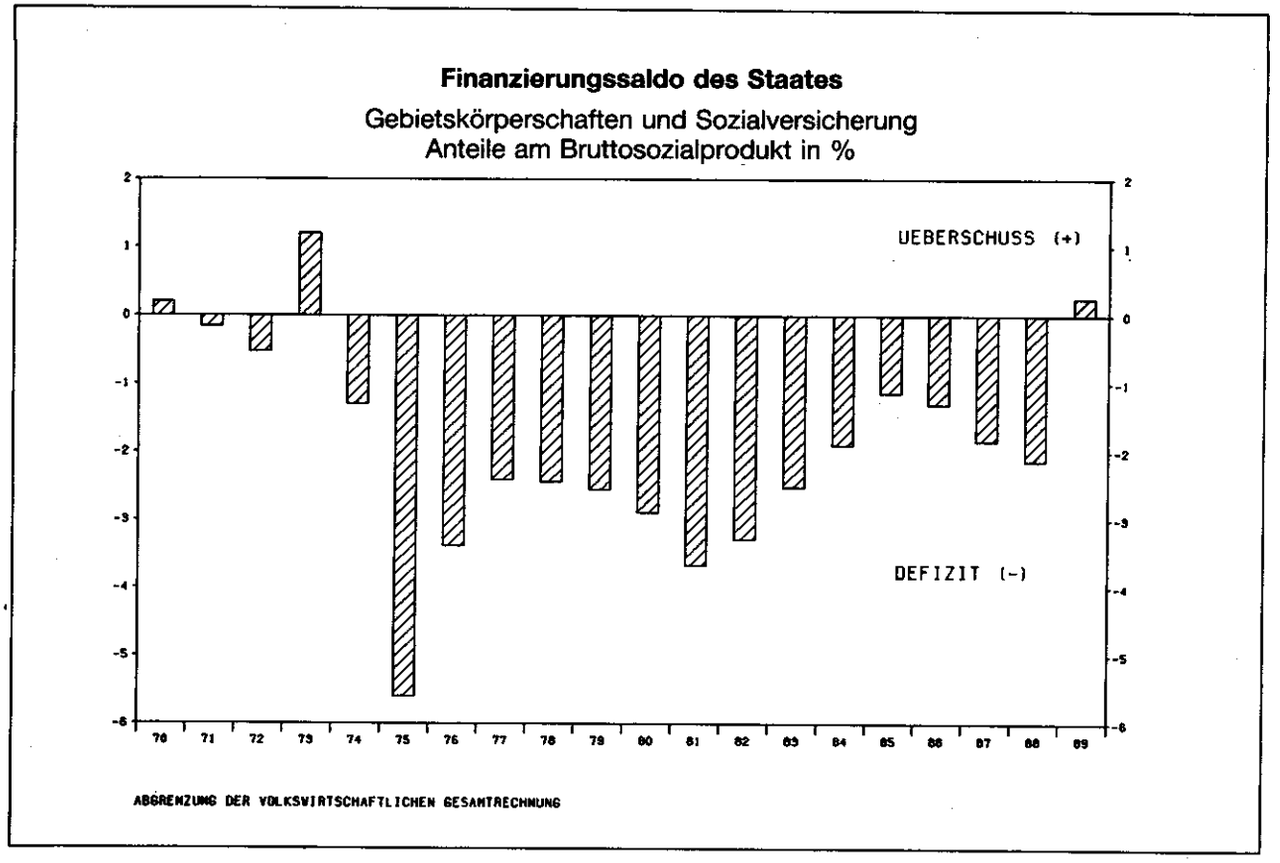
26. Der Sachverständigenrat (Ziffern 173f. JG) betont die Bedeutung der „qualitativen Konsolidierung" und die Notwendigkeit, die Ausgabenstruktur wachstumsfreundlicher zu gestalten; insbesondere fordert er einen Abbau der Finanzhilfen. Die Bundesregierung teilt grundsätzlich diese Einschätzungen. Die Kürzung von Finanzhilfen wirft jedoch infolge beträchtlicher rechtlicher und sachlicher Schwierigkeiten oft größere Probleme auf, als vielfach anerkannt wird, weil sie zu erheblichen sozialen und politischen Friktionen führen würde.

Die Bundesregierung hat in Verbindung mit der Steuerreform 1990 in erheblichem Maße Steuersubventionen abgebaut. Notwendigkeit und Umfang der Finanzhilfen werden bei der jährlichen Haushaltsaufstellung im Einzelfall immer wieder neu überprüft.

Mehr Wettbewerb, Deregulierung, Privatisierung

27. Um den Wettbewerb zu stärken, den Strukturwandel voranzubringen und Wachstumsreserven freizusetzen, hält es die Bundesregierung für notwendig,

Schaubild 7



die Märkte noch stärker zu öffnen, Marktzugangsbeschränkungen zu beseitigen und die heute in vielen Bereichen bestehenden Regulierungen soweit wie möglich zu begrenzen. Besondere Bedeutung haben hierbei die Arbeiten der Kommission zur Rechts- und Verwaltungsvereinfachung („Waffenschmidt-Kommission"). Die Bundesregierung sieht sich nicht zuletzt durch die gute Resonanz der Verbraucher auf die Einführung des Dienstleistungsabends zu einer Fortführung ihrer auf Deregulierung durch weniger einengende Vorschriften zielenden Politik ermutigt. Sie erwartet hierfür wichtige Anregungen von den Arbeiten der Deregulierungskommission, die ihren Bericht im nächsten Jahr vorlegen wird.

Bei der weiteren Umsetzung der Reform des Post- und Fernmeldewesens wird es darum gehen, die Rahmenbedingungen auf den einzelnen Märkten für die Deutsche Bundespost und andere Anbieter wettbewerbsneutral zu gestalten. Im Vordergrund werden zunächst die Erteilung von Lizenzen zum Errichten und Betreiben von Einrichtungen zur Satellitenkommunikation sowie die Öffnung der weiteren Mobilfunkmärkte stehen. Nach erfolgter Erteilung der Genehmigung für das D 2-Mobilfunknetz ist im Laufe dieses Jahres vorgesehen, auch in den Bereichen Bündelfunk, Funkruf und Telepoint privaten Anbietern neue Tätigkeitsfelder zu eröffnen.

28. Die erfolgreiche Politik der Privatisierung (siehe Übersicht 2) wird fortgeführt. Mit der Umwandlung der Deutschen Pfandbriefanstalt (Depfa) in eine Aktiengesellschaft am 1. Januar 1990 und der Veräußerung des Anteilsbesitzes des Bundes wird die Privatisierung von Beteiligungen des Bundes einen weiteren Schritt vorankommen.

Gefordert sind aber auch die Länder und Gemeinden, ihre Beteiligungspolitik zu überdenken. Hier bestehen beachtliche Privatisierungspotentiale für die Veräußerung von Kapitalanteilen z. B. an Versorgungsunternehmen oder bei Landesbanken und Sparkassen für die Hereinnahme privaten Kapitals. Darüber hinaus sind vor allem die Kommunen aufgerufen, Dienstleistungen auf Private zu übertragen.

29. Die Kumulation von Einflußmöglichkeiten der Finanzinstitute durch Beteiligungsbesitz, Stimmrechtsregelungen, Ausübung von Aufsichtsratsmandaten und durch ihre Funktion als Kreditgeber wirft Fragen auf, die der besonderen ordnungs- und wettbewerbspolitischen Aufmerksamkeit bedürfen. Noch in dieser Legislaturperiode soll die Transparenz über Aufsichtsratsmandate und andere personelle Verflechtungen durch erweiterte Offenlegungspflichten verbessert werden. Außerdem werden die Fragen eines Verbots von Stimmrechtsbeschränkungen, der Einrichtung von Stimmrechtsbeiräten bei Kapitalanlagegesellschaften und der Schaffung einer kartellrechtlichen Untersagungsmöglichkeit bei Aufsichtsratsmandaten in konkurrierenden Unternehmen geprüft.

Weitere Liberalisierung des Finanzplatzes Bundesrepublik Deutschland

30. Die weitere Verbesserung der Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes Bundesrepublik Deutschland auf der Grundlage von bewährten Ordnungsprinzipien wie Freizügigkeit, Internationalität und Wettbewerb steht im Mittelpunkt der Finanzmarktpolitik der Bundesregierung. Diesem Ziel dient insbesondere die Aufhebung der Börsenumsatz-, Gesellschafts- und Wechselsteuer (vgl. Ziffer 23). Zudem hat die Bundesregierung zur Vereinfachung der Ausgabe von Schuldverschreibungen dem Parlament die Aufhebung des staatlichen Genehmigungserfordernisses vorgeschlagen. Durch den Entwurf eines Gesetzes über Wertpapier-Verkaufsprospekte, mit dem die EG-Prospektrichtlinie umgesetzt wird, wird Belangen des Anlegerschutzes Rechnung getragen. Weitere Liberalisierungsschritte sind mit der von der Bundesregierung vorgeschlagenen Novellierung des Versicherungsaufsichtsrechts verbunden. Sie ergeben sich aus der Umsetzung von EG-Richtlinien, gehen aber, insbesondere mit der Änderung der Vermögensanlagevorschriften, über diese hinaus. Eine umfassendere Reform des Versicherungsaufsichtsrechts ist beabsichtigt.

Übersicht 2

Privatisierung von Beteiligungen des Bundes

1984	– Verringerung der Bundesbeteiligung an der VEBA AG von 43,75 % auf 29,98 %
1985/86	– Weitere Rückführung des Bundesanteils an der VEBA AG auf 25,49
1986	– Verringerung der Bundesbeteiligung an der VIAG AG von 87,44 % auf 47,44 %
	– Absenkung des Bundesanteils an der Volkswagen AG von 20 % auf 16 % im Zuge der Nicht-Beteiligung an einer Kapitalerhöhung
	– Verringerung des Bundesanteils an der Industrieverwaltungsgesellschaft AG (IVG) von 100 % auf 55 %
1987	– Vollprivatisierung der VEBA AG
	– Reduzierung der Bundesbeteiligung an der TREUARBEIT AG von 45 % auf 30,5 %
1988	– Vollständige Privatisierung der Bundesbeteiligung an der Volkswagen AG
	– Vollprivatisierung der VIAG AG
	– Verringerung des Anteils der Deutschen Bundesbahn an der Deutschen Verkehrskreditbank AG von 100 % auf 75,1 %
1989	– Weitere Rückführung des Bundesanteils an der TREUARBEIT AG auf 25,5 %
	– Absenkung des Anteils der Deutschen Bundesbahn an der Schenker & Co. GmbH von 100 % auf 77,5 %
	– Rückführung des Bundesanteils an der Deutschen Lufthansa von 65,03 % auf 51,62 % im Zuge einer Kapitalerhöhung
	– Verringerung des Bundesanteils an der Deutschen Siedlungs- und Landesrentenbank von 99 % auf 51 %
	– Vollprivatisierung der Salzgitter AG
	– Vollprivatisierung der Deutschen Industrieanlagen GmbH (DIAG)

IV. Neue beschäftigungspolitische Herausforderungen meistern

31. Trotz des kräftigen Anstiegs der Zahl der Erwerbstätigen und der dynamischen Investitionstätigkeit der Unternehmen sind die Beschäftigungspro-

bleme in der Bundesrepublik Deutschland insbesondere wegen des stark gestiegenen Arbeitskräftepotentials noch keineswegs gelöst. Dabei zeigen sich am Arbeitsmarkt immer deutlicher auch Strukturprobleme: Verspannungen wegen Fachkräftemangels, durch den auch die Einstellung weniger qualifizierter Arbeitskräfte erschwert wird, auf der einen, strukturbedingte Langzeitarbeitslosigkeit auf der anderen Seite. Zudem macht der unerwartet große Zustrom von Über- und Aussiedlern eine umfassende Kraftanstrengung erforderlich, um die neuen Arbeitskräfte möglichst rasch in das Erwerbsleben zu integrieren.

Mit Besonnenheit und Flexibilität in die anstehenden Tarifverhandlungen gehen

32. Ob und inwieweit es in diesem und den nächsten Jahren gelingt, Arbeitslose sowie Über- und Aussiedler in Beschäftigung zu bringen, hängt wesentlich davon ab, daß jetzt nicht Weichenstellungen erfolgen, die das Stabilitätsziel gefährden. Der Rat hat keine Unklarheiten darüber aufkommen lassen, daß überhöhte Tarifabschlüsse den Kosten- und Preisauftrieb verstärken und damit der Weg in eine Stabilisierungskrise vorgezeichnet würde (Ziffern 237 ff. JG). Zu Recht hebt er hervor, daß 1990 in der Tarifpolitik in besonderem Maße Besonnenheit gewahrt werden sollte (Ziffer 347 JG). Die Bundesregierung regt an, daß die Tarifpartner bei den anstehenden Tarifverhandlungen über neue Formen der Teilhabe der Arbeitnehmer am Einkommenszuwachs nachdenken, die Wachstums- und Beschäftigungschancen nicht verstellen. Das vom Rat zur Diskussion gestellte tarifpolitische Paket (Ziffern 352 ff. JG) enthält wesentliche Elemente dafür, wie sich die berechtigten Interessen der Arbeitnehmer mit den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen in Einklang bringen lassen. Die Bundesregierung weist zusätzlich auf die Möglichkeit vermögensbildender Leistungen hin, die auch verstärkt mit der wirtschaftlichen Lage der jeweiligen Unternehmen verknüpft werden könnten. Zur rascheren Überwindung der Strukturprobleme am Arbeitsmarkt teilt die Bundesregierung die Empfehlung des Rates an die Unternehmen, ihre betrieblichen Lohnsysteme so zu gestalten, daß die Anreize für die Arbeitnehmer, sich für höherwertige Tätigkeiten zu qualifizieren, größer werden (Ziffer 363 JG). Sie hält, wie der Rat, dagegen weitere pauschale Arbeitszeitverkürzungen für problematisch (Ziffer 359 JG), nicht nur weil dadurch die Kosten zusätzlich gesteigert, sondern gerade auch die Beschäftigungschancen für weniger qualifizierte Arbeitnehmer verschlechtert werden.

33. Angesichts der im internationalen Maßstab bereits fortgeschrittenen Arbeitszeitverkürzung sollte in der Bundesrepublik Deutschland verstärkt nach Möglichkeiten gesucht werden, durch flexible Arbeitszeitmodelle Maschinenlaufzeiten nicht mehr eng mit individuellen Arbeitszeiten zu verknüpfen. Ein flexiblerer Arbeitseinsatz gibt weniger Anlaß zur Substitution von Arbeit durch Kapital und macht damit das Wachstum beschäftigungsintensiver (Ziffer 104 JG). Die Entkoppelung von Maschinenlaufzeit und individueller Arbeitszeit kann in Formen geschehen, die dem Familienleben gerecht werden und Sonntagsarbeit grundsätzlich vermeiden. Zugleich birgt sie eine Chance für die Arbeitnehmer, mehr „Zeitsouveränität" zu erlangen. Daneben sollte auch gesehen werden, daß flexiblere Arbeitszeitregelungen helfen können, die Verkehrsinfrastruktur gleichmäßiger auszulasten und Umweltbelastungen zu verringern.

Insbesondere für Frauen bieten flexible Arbeitszeitformen Möglichkeiten, den Wiedereinstieg in das Arbeitsleben nach Zeiten familiär bedingter Berufsunterbrechung zu erleichtern oder eine solche sogar ganz zu vermeiden. Sie sind zugleich Voraussetzung, daß in den Familien Frauen und Männer ihre beruflichen und familiären Aufgaben besser aufeinander abstimmen können.

Die Bundesregierung weist in diesem Zusammenhang erneut auf die Notwendigkeit hin, das Angebot an sozialversicherungspflichtiger Teilzeitarbeit in Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung auszuweiten, das bei weitem noch nicht der Nachfrage entspricht. Mehr Teilzeitarbeit ist nicht nur beschäftigungspolitisch geboten, sondern auch gesellschaftspolitisch erstrebenswert — namentlich als Verbindung zwischen Beruf und Familie ebenso wie als gleitender Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand. Die Möglichkeiten des Gesetzes zur Förderung eines gleitenden Übergangs älterer Arbeitnehmer in den Ruhestand sollten deshalb genutzt werden. Im übrigen wurden im öffentlichen Dienst die Möglichkeiten der Teilzeitbeschäftigung und Beurlaubung für Beamte, Richter und Soldaten seit Mitte 1989 erneut ausgeweitet.

34. Befristete Beschäftigungsverhältnisse haben sich als wirksame Brücke zu dauerhaften Arbeitsverträgen erwiesen. Zwischen Mai 1985 und April 1987 sind 150 000 bis 170 000 Neueinstellungen aufgrund der erleichterten Zulassung befristeter Beschäftigungsverhältnisse durch das Beschäftigungsförderungsgesetz erfolgt; hierdurch sind etwa 90 000 zusätzliche Dauerarbeitsverhältnisse entstanden. Angesichts dieser guten Erfahrungen mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz wurden seine bis zum Jahresende 1989 befristeten arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen bis 1995 verlängert. Gleiches gilt für andere, beschäftigungsfördernde Regelungen im Arbeitsförderungsgesetz, im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz und im Schwerbehindertengesetz.

35. Die Bundesregierung hat auf die starke Zunahme des Zuzugs von Über- und Aussiedlern mit gezielten Maßnahmen reagiert, die die Eingliederung in den Arbeitsmarkt beschleunigen und eine angemessene finanzielle Grundlage für die Zeit der Arbeitsuche, der Sprachausbildung und der Teilnahme an Maßnahmen der beruflichen Fortbildung und Umschulung oder der beruflichen Rehabilitation sicherstellen. Für 1990 sind im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit fast 2,8 Mrd. DM allein für die Sprachförderung der Aussiedler vorgesehen.

Der Zuzug neuer Arbeitskräfte vergrößert die Arbeitsplatznachfrage; andererseits ermöglicht die hohe Mobilität und Leistungsbereitschaft der Über- und Aussiedler in Bereichen, in denen Arbeitskräftemangel herrscht, die Besetzung offener Stellen. Mit der Ver-

minderung von Engpässen bei qualifizierten Arbeitskräften geht oftmals die Besetzung von komplementären Arbeitsplätzen mit geringeren Qualifikationserfordernissen einher. Die günstige Altersstruktur und Leistungsmotivation der Über- und Aussiedler sowie ihre zum Teil relativ hohe — wenngleich nicht immer bedarfsgerechte — berufliche Qualifikation erleichtern ihre Eingliederung in das Erwerbsleben. Negative Folgen aus der sonst zu erwartenden demografischen Entwicklung für die Besetzung von Ausbildungsstellen und damit für die Abdeckung des zukünftigen Fachkräftebedarfs lassen sich durch die Qualifizierung junger Über- und Aussiedler verringern.

Qualifizierungsanstrengungen steigern

36. Ein hohes Qualifikationsniveau der Arbeitnehmer ist ein wichtiger Wettbewerbsvorteil für die deutsche Wirtschaft im europäischen Binnenmarkt und darüber hinaus. Praxisnahe berufliche Ausbildung, betriebliche Fort- und Weiterbildung liegen im Interesse der Arbeitnehmer ebenso wie der Unternehmen. Sie sind Vorsorge vor Arbeitslosigkeit und Mittel zur Verringerung eines sich ausbreitenden Facharbeitermangels.

Alle Jugendlichen müssen möglichst eine adäquate berufliche Ausbildung erhalten, mit der sie den gewachsenen Qualifikationsanforderungen gerecht werden können. Mädchen und junge Frauen sollten das ganze Spektrum der Berufe — einschließlich der technischen und naturwissenschaftlichen — in ihre Berufswahlüberlegungen einbeziehen und auch tatsächlich nutzen können. Ausbildungsbetriebe, zumal in den Branchen und Regionen, die über Bewerbermangel klagen, sollten ihre Ausbildungsplatzangebote dadurch attraktiv gestalten, daß sie unterschiedlichen Begabungen und Neigungen potentieller Bewerberinnen und Bewerber verstärkt gerecht werden.

Niemand kennt die fachlichen Anforderungen besser als die Beteiligten in den Unternehmen vor Ort. Die Unternehmen tragen die primäre Verantwortung dafür, daß ihre Beschäftigten sich den wandelnden Arbeitsbedingungen anpassen können. Dabei müssen nicht nur jüngere, sondern auch ältere Arbeitnehmer Chancen zur Anpassung und Verbesserung ihrer Qualifikation erhalten und wahrnehmen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollten im Rahmen neuer Arbeitszeitregelungen die Möglichkeit für Qualifizierungsmaßnahmen nutzen. Es ist zu begrüßen, daß Tarifparteien die Bedeutung der Weiterbildung zunehmend herausstellen. Zu Recht empfiehlt ihnen der Rat mehr Beweglichkeit, berufliche Qualifizierung und flexiblere Gestaltung der Arbeitszeiten miteinander zu verbinden (Ziffer 243 JG). Die Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit sind demgegenüber subsidiäre Hilfen, damit vor allem Arbeitslose und Ungelernte den Anschluß an die Erfordernisse des Arbeitsmarktes nicht verlieren. Sie werden daher — ebenso wie die übrigen Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik — auf hohem Niveau fortgeführt.

Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen unterstützen

37. Mit ihren Hilfen zur Wiederbeschäftigung von Langzeitarbeitslosen hat sich die Bundesregierung einer Gruppe von Arbeitslosen angenommen, die häufig aufgrund von gravierenden Vermittlungshemmnissen besonders schwer wieder in den Arbeitsmarkt einzugliedern ist. Durch Zuschüsse zu den Lohnkosten, die eine anfängliche Minderleistung kompensieren sollen, wird angestrebt, die Einstiegsbarrieren für Langzeitarbeitslose abzubauen. Hierfür hat die Bundesregierung von Mitte 1989 bis einschließlich 1991 1,5 Mrd. DM zusätzlich aus dem Bundeshaushalt zur Verfügung gestellt. Mit weiteren 250 Mio. DM werden im selben Zeitraum Träger von Maßnahmen für besonders beeinträchtigte Langzeitarbeitslose und schwerstvermittelbare Arbeitslose mit dem Ziel ihrer Beschäftigung, beruflichen Qualifizierung und sozialen Betreuung gefördert. Freilich läßt sich mit solchen Hilfen allein das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit nicht lösen. Alle gesellschaftlichen Kräfte, insbesondere die Unternehmen und Tarifvertragsparteien, sind aufgefordert, zum Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit beizutragen.

Arbeitsvermittlung verbessern und Leistungsmißbrauch verhindern

38. Trotz starker Bewegungen am Arbeitsmarkt und steigender Vermittlungszahlen gibt es vielfach Klagen von Unternehmen, über die Arbeitsämter keine geeigneten Arbeitskräfte zu finden. Der häufig aufgeworfenen Frage, ob die Arbeitsvermittlung genügend beweglich und an den Bedürfnissen der Arbeitslosen und Betriebe orientiert handelt, geht die Bundesregierung sorgfältig nach. Allerdings sind die Arbeitsämter auf ein breites Stellenangebot angewiesen, um ihre Vermittlungsmöglichkeiten zu erweitern und die Arbeitsbereitschaft von Arbeitslosen zu überprüfen. Eine Steigerung des Erfolgs der Arbeitsvermittlung bedarf deshalb einer intensiveren Zusammenarbeit der Arbeitsämter mit den Unternehmen, etwa durch mehr gemeinsame Vorstellungs- und Auswahlaktionen für Arbeitsuchende und durch verstärkte Außendienste der Arbeitsämter bei den Betrieben. Zudem soll die überregionale Vermittlung durch die Arbeitsämter verbessert werden. Zur Verbesserung der Arbeitsvermittlung werden auch Fragen der Alleinvermittlung der Bundesanstalt für Arbeit geprüft.

39. Bundesregierung und Bundesanstalt für Arbeit sind bemüht, Mißbrauch von Leistungen der Solidargemeinschaft in der Arbeitslosenversicherung zu verhindern. Die Zumutbarkeitsanordnung der Bundesanstalt für Arbeit verlangt von den Arbeitslosen ein hohes Maß an Anpassungsbereitschaft. Sie muß in der Praxis konsequent und einheitlich praktiziert werden. Dabei sind auch Folgerungen aus einer soeben durchgeführten Untersuchung zur Anwendung der Zumutbarkeitsanordnung zu ziehen. Leistungsrechtliche Folgerungen bei mangelnder Arbeitsbereitschaft können die Arbeitsämter freilich nur einleiten, wenn die Unternehmen ihnen die Gründe für das Nichtzustandekommen von Arbeitsverhältnissen mitteilen. Die

Bundesregierung fordert die Unternehmen auf, entsprechend zu verfahren.

Die Bekämpfung des Leistungsmißbrauchs in der Arbeitslosenversicherung wird intensiviert. Deshalb wird der vierteljährliche Vergleich zwischen Leistungsempfängerdaten der Bundesanstalt für Arbeit und Arbeitgebermeldungen über Beschäftigungsverhältnisse bei den Krankenkassen ausgebaut. Durch das Gesetz zur Einführung eines Sozialversicherungsausweises können seit dem 1. Januar 1990 auch Nebenbeschäftigungen in den Vergleich einbezogen werden. Die Außenprüfungstätigkeit der Bundesanstalt für Arbeit bei den Betrieben wird erweitert. Gezielte zusätzliche Meldekontrollen für Arbeitslose zur Überprüfung der Arbeitsbereitschaft werden verstärkt. Die Bundesregierung wird außerdem prüfen, welche anderen Wege gegangen werden können, um die Zahl derer, die sich ohne Interesse an einer Arbeitsaufnahme arbeitslos melden, zu verringern.

40. Die wirtschaftliche und soziale Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen bleibt eine wichtige Aufgabe. Mit der Novellierung des Ausländergesetzes soll eine verläßliche rechtliche Grundlage für die Lebensplanung der hier lebenden Ausländer geschaffen werden. Die Bundesrepublik Deutschland kann als dicht besiedeltes Land mit bereits mehr als 4,5 Mio. Ausländern auch angesichts des starken Zuzugs von Deutschen aus der DDR und aus den Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas kein Einwanderungsland sein. Deshalb muß für Ausländer aus Nicht-EG-Staaten der weitere Zuzug begrenzt und der bestehende Anwerbestop gesetzlich verankert werden. Diese Politik liegt insbesondere auch im Interesse der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen, die in der Bundesrepublik Deutschland dauerhaft Fuß gefaßt haben.

V. Dem Mittelstand neue Felder erschließen

41. Die günstige Gestaltung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen durch die Bundesregierung stärkt unternehmerische Eigeninitiative und Kreativität. Mittelständische Unternehmen und selbständig Tätige erhalten damit zusätzliche Chancen. Die Bundesregierung ermutigt die mittelständische Wirtschaft, mit Blick auf den gemeinsamen Binnenmarkt und die Öffnung der Grenzen im Osten eine verstärkte Zusammenarbeit auf allen Gebieten in Europa zu suchen. Gerade die kleinen und mittleren Unternehmen sind durch ihre spezifische, hohe Flexibilität und Dynamik besonders befähigt, neue Herausforderungen anzunehmen und strukturelle Anpassungsprozesse zu bewältigen.

42. Die jüngsten Entwicklungen in der DDR und den Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas sind gerade aus mittelstandspolitischer Sicht von besonderer Bedeutung. Eine stärkere Hinwendung dieser Staaten zu marktwirtschaftlichen Strukturen ist nicht ohne den Aufbau eines breiten Mittelstandes denkbar. Hier können die vielfältigen Formen der Mittelstandsförderung, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland seit langem besteht, Vorbild sein. Der notwendige Transfer von organisatorischem und technologischem Know-how in diese Länder wird am besten durch grenzüberschreitende Kooperationen mittelständischer Unternehmen und ihrer Verbände selbst geleistet. Hierzu bedarf es jedoch in den Partnerstaaten kooperationsfreundlicher Rahmenbedingungen.

Für Europa fit machen

43. Vieles deutet darauf hin, daß sich die kleinen und mittleren Unternehmen in allen Bereichen der Wirtschaft intensiv auf den EG-Binnenmarkt vorbereiten. Die Bundesregierung wird dazu beitragen, daß das Binnenmarktprogramm für die mittelständische Wirtschaft sowie die Freien Berufe transparenter wird, damit sie am europäischen Binnenmarkt voll teilhaben können. Der Vorbereitung hierauf dienten die Nationale Europakonferenz des Bundeskanzlers und die Europäische Mittelstandskonferenz. Im Rahmen ihres EURO-FITNESS-Programms wird die Bundesregierung durch zusätzliche Informationsangebote, Transparenz- und Aufklärungshilfen, Beratungsförderung und Schulungsmaßnahmen sowie Messe- und Ausstellungsbeteiligung Hilfestellung leisten. Das im vergangenen Jahr im Bundesministerium für Wirtschaft eingerichtete EURO-Telefon soll einen zusätzlichen Wegweiser durch die Vielfalt an EG-relevanten Informationen bieten.

Die Maßnahmen der Bundesregierung werden durch Initiativen der Europäischen Gemeinschaft ergänzt. Diese hat das Netz der EG-Beratungsstellen erweitert. Träger dieser EURO-INFO-CENTREN sind in erster Linie die bewährten Selbsthilfeeinrichtungen der Wirtschaft. Darüber hinaus kann das Beratungsnetz für Unternehmenskooperationen der Europäischen Gemeinschaft, an dessen Erprobungsphase in der Bundesrepublik Deutschland etwa 45 Einrichtungen und Unternehmensberater beteiligt sind, den mittelständischen Unternehmen die Suche nach geeigneten Kooperationspartnern in anderen Mitgliedstaaten erleichtern. Einen besonderen Schwerpunkt bildet die Kooperation bei den grenzüberschreitenden Zulieferungen.

Existenzgründungen fördern

44. Unverändert hohe Bedeutung mißt die Bundesregierung der Förderung von Existenzgründungen bei. Mit ihrem Förderinstrumentarium nimmt die Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich eine Vorreiterrolle ein. In der novellierten Richtlinie zur Beratungsförderung werden mit der Umwelt-, Energie- und Binnenmarktberatung neue Schwerpunkte gesetzt.

Marktöffnung und Deregulierung im nationalen Bereich sowie die Liberalisierung des Niederlassungs- und Dienstleistungsrechts im Binnenmarkt, wie z. B. die gegenseitige Anerkennung der Hochschuldiplome, eröffnen für die Freien Berufe neue Märkte und Chancen. Wegen der Bedeutung partnerschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Angehörigen Freier Berufe wird die Bundesregierung neue gesellschaftsrechtliche Formen prüfen. Sie bereitet gegenwärtig einen neuen Bericht über die Lage und Entwicklung der Freien Berufe vor, in dem im einzelnen

auch die Wirkungen erörtert werden, die sich durch die Öffnung der Grenzen für die Freien Berufe ergeben. Die Bundesregierung wird hierzu ferner in ihrer Antwort auf die Große Anfrage zur „Lage der Freien Berufe im Zuge der Schaffung des europäischen Binnenmarktes" (BT-Drucksache 11/5640) ausführlich Stellung nehmen.

Den Zugang zu Innovationspotentialen erleichtern

45. Die moderne Technik mit ihren schnellen Innovationszyklen erfordert unternehmerische Initiative und Risikobereitschaft, damit die Wettbewerbsfähigkeit erhalten bleibt und neue Markt- und Gewinnchancen rechtzeitig wahrgenommen werden (vgl. Ziffer 60). Die Bundesregierung hat vor kurzem ein neues forschungs- und technologiepolitisches Gesamtkonzept für kleine und mittlere Unternehmen vorgelegt, das stärker auf deren spezielle Probleme zugeschnitten ist und eine Akzentverschiebung in Richtung auf unternehmensübergreifende und transferorientierte Ansätze aufweist. Dieses Konzept bildet die Leitlinie für die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen in den kommenden Jahren.

46. Die Bundesregierung wird ihre Aktivitäten zur Verbesserung des Wissens- und Technologietransfers verstärkt fortführen. Die industrielle Gemeinschaftsforschung wird intensiviert und deutlich verstärkt, wobei ein besonderer Akzent auf Umweltschutz und Qualitätssicherung gelegt wird. Die Fördermaßnahmen „Forschungskooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft" und „Auftragsforschung und -entwicklung" werden fortgeführt. Neue Ansätze sind Zentren für Innovation und Beratung auf neuen Technologiefeldern. In begleitenden Analysen wird derzeit geprüft, wie die Zusammenarbeit zwischen mittelständischer Wirtschaft und Wissenschaft weiter verbessert werden kann.

Mit dem Modellversuch „Beteiligungskapital für junge Technologieunternehmen" soll mehr privates Risikokapital für technologieorientierte Unternehmensgründungen mobilisiert werden. Das im Zukunftskonzept Informationstechnik angekündigte Programm Mikrosystemtechnik zielt wie andere indirekt-spezifische Förderprogramme primär auf kleine und mittlere Unternehmen. Es strebt über die Entwicklung der Technik hinaus auch eine Verbesserung des Innovationsmanagements und des Technologietransfers an.

VI. Für wirksamen Umweltschutz auf marktwirtschaftlicher Grundlage sorgen

47. Der wirksame Schutz der natürlichen Umwelt ist eine unerläßliche Voraussetzung für eine gesicherte Zukunft. Die Soziale Marktwirtschaft ist besser als andere Wirtschaftsordnungen geeignet, diesen Schutz mit hohem wirtschaftlichen Wohlstand zu verbinden. Allerdings stellt sich auch in der Marktwirtschaft Umweltschutz nicht automatisch ein. Ein ökologisch angemessenes Wachstum setzt vielmehr umwelt- und wirtschaftspolitisch anspruchsvolle Rahmenbedingungen voraus.

Umweltschutz steht nicht im Gegensatz zu einem dynamischen Wirtschaftswachstum. Die für eine Anpassung an neue umweltpolitische Rahmenbedingungen erforderlichen Umstrukturierungen der Wirtschaft und Verhaltensänderungen der Verbraucher lassen sich in einer wachsenden Wirtschaft, die sich dem Strukturwandel stellt, ihren Produktionsapparat mit hohen Investitionen beständig modernisiert und neue umweltschonende Produkte hervorbringt, am ehesten erreichen. In einer expandierenden Wirtschaft können überdies die gesamtwirtschaftlichen Kosten, die sich aus der notwendigen Verteuerung knapper Umweltgüter ergeben, von Unternehmen und Bürgern leichter getragen werden. „Wo dagegen der strukturelle Wandel blockiert wird und alte Strukturen erstarren, kommt der Umweltschutz nur mühsam voran; er ist mehr Belastung als stimulierender Impuls. Deshalb bietet eine Wachstumspolitik, die Hemmnisse abbaut und so den strukturellen Wandel leichtgängiger macht, die besten Chancen für den Erhalt der Umwelt" (Ziffer 280 JG).

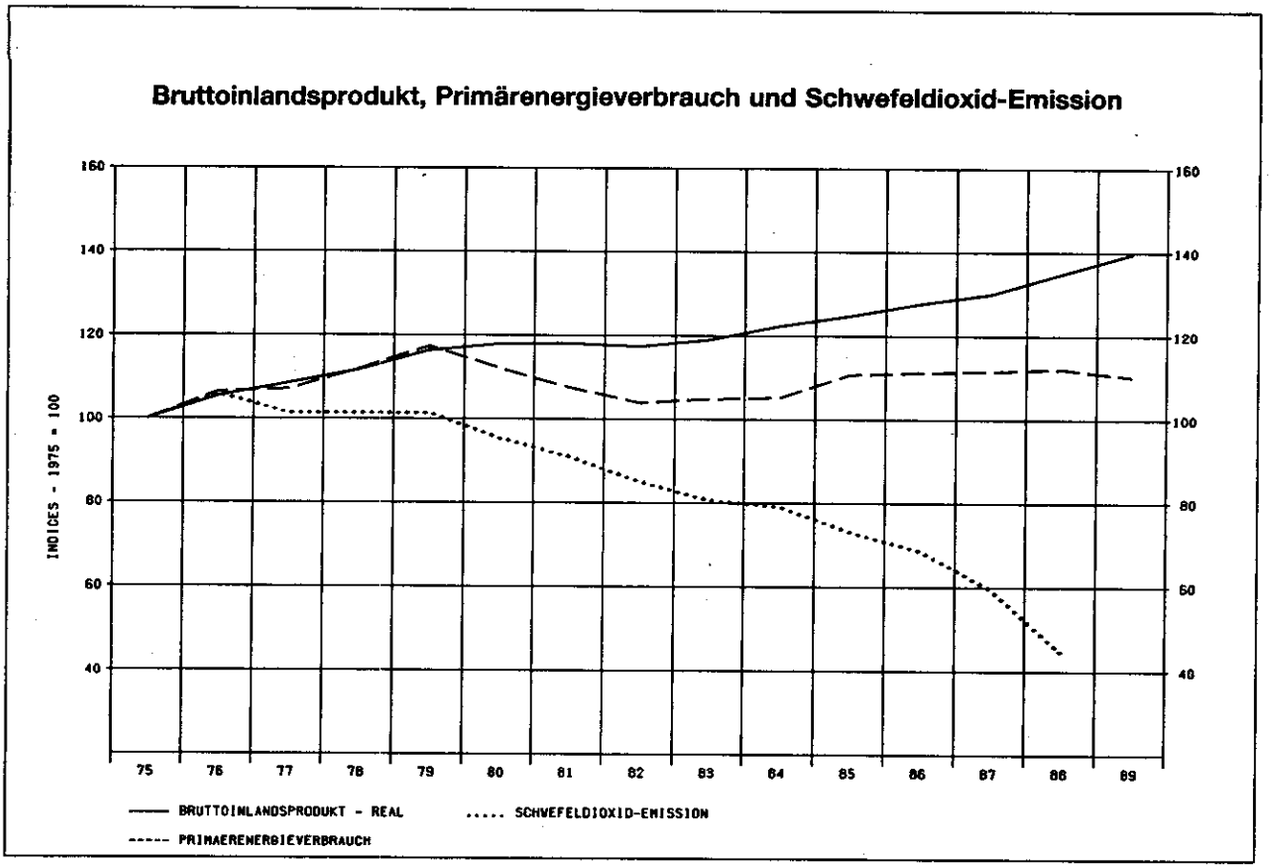
Umweltpolitik konsequent fortführen

48. Die bisherigen umweltpolitischen Weichenstellungen der Bundesregierung haben zu deutlichen Verbesserungen auf wichtigen Feldern des Umweltschutzes beigetragen (vgl. Ziffer 8). Die Aufwendungen zum Schutze der Umwelt wurden in den vergangenen Jahren beständig erhöht. Die Umweltbelastung ist in den letzten Jahren in wichtigen Bereichen bei nachhaltigem Wirtschaftswachstum zurückgegangen (vgl. Schaubild 8). Erhebliche Verbesserungen sind vor allem in der Luftreinhaltung und im Gewässerschutz zu verzeichnen. Die Bundesregierung stimmt aber der Feststellung des Rates zu, daß die umweltpolitischen Rahmenbedingungen noch lückenhaft und nicht rundum geeignet sind, die Knappheit der natürlichen Umweltgüter zur Geltung zu bringen (Ziffern 279 ff. JG). Umweltpolitische Probleme, die sich über viele Jahre addiert haben, lassen sich nur schrittweise beseitigen. Zunehmend deutlich geworden sind Risiken vor allem für das Grundwasser, die Meere, den Boden und das Klima. Der „Umweltbericht 1990", den der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit im Frühjahr vorlegt, wird umfassend über bedeutsame umweltpolitische Maßnahmen, Ziele und Vorhaben informieren.

Mit dem Programm „Umweltforschung und Umwelttechnologie 1989 bis 1994" setzt die Bundesregierung Schwerpunkte in der Erforschung ökologischer Systeme und Strukturen sowie bei der Entwicklung umweltfreundlicher Techniken. Die Umweltforschung dient der wissenschaftlichen Vorbereitung und Absicherung einer verantwortungsvollen Umweltpolitik.

49. Zur Verwirklichung ihrer umweltpolitischen Ziele und zur Lösung dringender Aufgaben hat die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode ein umfangreiches Rechtsetzungsprogramm in Angriff genommen. Zu den Maßnahmen, die noch in dieser Legislaturperiode von der Bundesregierung und vom

Schaubild 8



Parlament verabschiedet werden sollen, gehören insbesondere:

- Novelle zum Bundes-Immissionsschutzgesetz, mit der dieses Gesetz zu einem umfassenden Anlagensicherheitsgesetz ausgebaut werden wird;
- Novelle zum Chemiekaliengesetz als wesentlicher Baustein des Gesamtkonzeptes zum Schutz vor Gefahrstoffen;
- Novelle zum Abwasserabgabengesetz, mit der die Anreize für Investitionen in moderne umweltentlastende Techniken deutlich erhöht und der Kreis der abgabepflichtigen Stoffe wesentlich erweitert werden;
- Neuformulierung und Verschärfung der Anforderungen an die Einleitung von Abwässern;
- Novelle zum Bundes-Naturschutzgesetz, die zu einer stärkeren Berücksichtigung der ökologischen Zusammenhänge und der Belastungsgrenzen von Natur und Landschaft führen soll;
- Bundeseinheitliche Festlegung von Mindeststandards für die Entsorgung von Abfällen (TA-Abfall); für Sonderabfälle liegt ein solches Regelwerk bereits vor;
- Fortentwicklung des Konzepts der Abfallvermeidung und -verwertung zur Senkung von Schadstoffgehalten und -mengen bestimmter Abfälle und seine Umsetzung;
- Verkehrslärmschutzverordnung als Lärmvorsorge beim Bau neuer Verkehrswege;
- Neugestaltung des Umwelthaftungsrechtes, die durch Verschärfung der Haftung die wirtschaftlichen Anreize erhöhen wird, durch Vorsorgemaßnahmen die finanziellen Risiken von Ersatzansprüchen möglichst zu verringern;
- Novelle zum Umweltstrafrecht;
- Stammgesetz zu den Fragen der Gentechnik.

Umweltpolitische Vorsorge durch neue marktwirtschaftliche Instrumente wirksamer gestalten

50. Die Umweltpolitik hat sich bislang vor allem auf die Verminderung oder Beseitigung vorhandener oder die Abwehr neuer Schäden und Gefahren für Mensch und Umwelt konzentriert. Ge- und Verbote als die klassischen Instrumente des Ordnungsrechts sind dabei unverzichtbar. Soweit die Aufgaben nicht in der akuten Gefahrenabwehr, sondern in der Gewährleistung eines hohen Vorsorgeniveaus liegen, sind vielfältige Ansätze denkbar, das traditionelle Ordnungsrecht durch marktwirtschaftliche Instrumente zu ergänzen. Sie lassen erfolgreichen Umweltschutz zu einem auch wirtschaftlich lohnenden Unternehmensziel werden. Knappe Umweltgüter werden mit Preissignalen effizienter eingesetzt. Die Anpassungen an neue umweltrechtliche Rahmenbedingungen können flexibler erfolgen als im Rahmen schema-

tischer ordnungsrechtlicher Detailregelungen. Vor allem entstehen Anreize für intelligentere technische Lösungen, mit denen sich Umweltbelastungen von vornherein besser vermeiden lassen.

Eine effiziente marktwirtschaftliche Umweltpolitik erleichtert es der Bundesrepublik Deutschland, ihr hohes umweltpolitisches Anspruchsniveau ohne Gefährdung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit fortzuentwickeln, auch wenn mit einem ökologischen Gleichschritt weltweit und selbst in Europa heute noch nicht gerechnet werden kann (vgl. Ziffer 282 JG).

Mit der Kompensationslösung der TA-Luft, der Abwasserabgabe, der Spreizung der Mineralölsteuer, der Förderung des schadstoffarmen PkW, der beabsichtigten Umstellung der Kfz-Steuer auf Emissionen und der eingeleiteten Reform des Umwelthaftungsrechtes sind bereits Maßnahmen zur Ergänzung des Ordnungsrechtes ergriffen worden. Die Bundesregierung ist wie der Rat der Ansicht, daß sich die Umweltpolitik stärker als bisher marktwirtschaftlicher Steuerungselemente bedienen sollte (Ziffern 287 ff. JG). Sie prüft deshalb umfassend, wie und in welchen Bereichen bestehende marktwirtschaftliche Lösungen verbessert (z.B. im Bereich der TA-Luft und im Abwasserbereich) oder neu eingeführt werden können. Sie hat in diesem Zusammenhang einen konkreten Modellversuch — im Gewässerschutz — initiiert und verschiedene Forschungsvorhaben in Auftrag gegeben.

51. Die Bundesregierung bezieht in diesen Prüfungsprozeß auch die Frage ein, ob Abgaben (das sind Steuern und Sonderabgaben) geeignet sind, ökologische Ziele effizienter zu erreichen. Eine Verengung der Diskussion über ökonomische Instrumente auf Abgaben allein hält sie jedoch weder aus wirtschafts- noch aus umweltpolitischen Gründen für sachgerecht. Das Steuersystem dient in erster Linie der Erzielung der für die Erfüllung der Staatsaufgaben notwendigen Finanzmittel. Es hat sich dabei vorrangig an den Steuergrundsätzen, wie z. B. der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit und der Steuergerechtigkeit, zu orientieren. Ein „ökologischer Umbau" des Steuersystems würde diesen unverzichtbaren Grundsätzen nicht gerecht. Gleichwohl könnten Abgaben bei Konzentration auf wenige zentrale Bereiche mit gravierenden Umweltproblemen, wie z.B. auf den Klimaschutz und die Vermeidung und Entsorgung von Abfällen, wichtige ökologische Lenkungsfunktionen übernehmen. Zweck derartiger Abgaben muß die wirksame umweltpolitische Vorsorge sein, nicht die Erhöhung der öffentlichen Einnahmen. Unberührt davon bleibt es das Ziel der Bundesregierung, die Steuerlastquote insgesamt weiter zu senken.

52. Die Bundesregierung hat beschlossen, den Erlös aus der Privatisierung der Salzgitter AG in eine zu errichtende Stiftung einzubringen, die unter besonderer Berücksichtigung der mittelständischen Wirtschaft insbesondere die Forschung und Entwicklung von umwelt- und gesundheitsfreundlichen Produkten und Produktionsverfahren förden soll. Die Stiftung wird über jährliche Zinserträge aus einem Vermögen von rd. 2,5 Mrd. DM verfügen.

Umweltinformationen verbessern

53. Die Bundesregierung trägt mit zahlreichen Forschungsvorhaben und der Vorbereitung einer Novelle zum Umweltstatistikgesetz dem zunehmenden umweltpolitischen Informationsbedarf Rechnung. Das Statistische Bundesamt ist bemüht, eine ökologische Gesamtrechnung als ein eigenes Rechenwerk neben der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung aufzubauen. Die Bundesregierung erwartet hiervon eine weitere wesentliche Verbesserung der Informationsgrundlagen für die Umweltpolitik.

Wie der Sachverständigenrat (Ziffer 284 JG) hält die Bundesregierung gegenwärtig die zuverlässige Berechnung eines ökologischen Gesamtergebnisses, das mit dem herkömmlichen Sozialprodukt in eine enge Beziehung gesetzt werden kann, vor allem aus methodischen Gründen für nicht möglich. Die Darstellung der kurz- und mittelfristigen Wirtschaftsentwicklung durch Berechnung des Sozialprodukts und seiner Aggregate entspricht internationaler Konvention und ist unverzichtbar. Gleichzeitig ist eine hohe Transparenz des ökologischen Geschehens unabdingbar. Dies spricht für ein Nebeneinander von Sozialproduktsberechnung und umweltpolitischen Gesamtdaten, wobei eine Beurteilung der Umweltsituation im Lichte der wirtschaftlichen Entwicklung ermöglicht werden sollte.

Im Umweltschutz internationale Zusammenarbeit ausbauen

54. Aus ökologischen wie aus ökonomischen Gründen ist eine intensive internationale Zusammenarbeit im Umweltschutz unverzichtbar. Die möglichen Klimaveränderungen durch sogenannte Treibhausgase, die Zerstörung der Ozonschicht, die fortschreitende Vernichtung von Teilen des tropischen Regenwaldes und die Verschmutzung der Weltmeere sind Gefahren, denen nur im Zusammenwirken der Staatengemeinschaft dieser Erde und durch Einbeziehung von Umweltschutzgesichtspunkten in die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt begegnet werden kann. Die Bundesregierung hat deshalb die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit dem Ziel der Bewahrung des weltweiten ökologischen Gleichgewichts in den letzten Jahren zu einem Schwerpunkt der Wirtschaftsgipfel der sieben wichtigsten westlichen Industrieländer gemacht und sich dafür eingesetzt, daß umweltpolitische Verantwortung weltweit wahrgenommen wird.

Von großer Bedeutung sind hierbei die Arbeiten des zwischenstaatlichen Gremiums für Klimaveränderungen (IPCC), das Verhandlungen über den Abschluß eines weltweiten Klimaabkommens vorbereitet. Die Bundesregierung hat in der Europäischen Gemeinschaft mit Erfolg eine Initiative zur Verschärfung des Montrealer Protokolls zur FCKW-Minderung von 1987 und zur Aufnahme bisher nicht erfaßter, die Ozonschicht schädigender Stoffe ergriffen. Sie unterstützt tatkräftig die vielfältigen Bemühungen innerhalb der Vereinten Nationen, die Erde vor irreparablen Schäden zu bewahren. Die Bundesregierung hat ihre finanziellen Hilfen zur Walderhaltung und Forstentwicklung in den Tropen erheblich auf mehr als

250 Mio. DM jährlich erhöht, um so die Erhaltung ursprünglicher Tropenwald-Ökosysteme und die Entwicklung umweltverträglicher Formen der Tropenwaldbewirtschaftung wirksam zu fördern.

55. Im Zuge der Vollendung des europäischen Binnenmarktes muß ein hohes Umweltschutzniveau in ganz Europa erreicht werden. Vordringliche Aufgaben liegen vor allem auf folgenden Gebieten:

- Reduzierung der Luftverunreinigung, insbesondere durch Einführung der US-Grenzwerte für alle Personenkraftwagen, die Verschärfung der Grenzwerte für LKW einschließlich Rußfilter sowie die Festlegung von Emissionsgrenzwerten für Industrieanlagen;
- Durchsetzung eines anspruchsvollen Systems der Abfallvermeidung, -verwertung und -beseitigung, insbesondere durch die Errichtung ausreichender ortsnaher Entsorgungskapazitäten in den Mitgliedstaaten sowie durch einheitliche Anforderungen auf hohem Schutzniveau;
- Verbesserung des Gewässerschutzes durch fortschreitende Reduzierung der Schadstoffableitungen und der Nährstoffbelastung der Gewässer durch die Landwirtschaft;
- Zügiger Ausbau der Kontrolle der Gefahrstoffe bis hin zum Verbot von gefährlichen Stoffen.

Die Bundesregierung setzt sich für eine Europäische Umweltagentur ein. Sie hat dafür Berlin als Sitz vorgeschlagen.

Die Veränderungen im Verhältnis zu den Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas bieten neue Chancen für eine verstärkte umweltpolitische Kooperation. Da in diesen Staaten der Umweltschutz weit hinter den gebotenen Standards zurückliegt, ist es dringlich, auf zusätzliche Maßnahmen hinzuwirken und diese zu unterstützen. Dies dient wegen der grenzüberschreitenden Wirkungen der Umweltverschmutzung auch dazu, die Umweltqualität in der Bundesrepublik Deutschland deutlich zu verbessern.

VII. Den Strukturwandel zügig voranbringen

56. Nach Auffassung der Bundesregierung muß die Chance, die die gute wirtschaftliche Gesamtsituation bietet, genutzt werden, um den Strukturwandel voranzubringen. Die Bundesregierung hat sich in ihrer Antwort auf die Große Anfrage zu „Bedeutung und Wirkungen des Strukturwandels in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation" (BT-Drucksache 11/5213) ausführlich mit dem Strukturwandel auseinandergesetzt. Deshalb bleiben die Ausführungen in diesem Bericht auf einige Schwerpunkte beschränkt.

57. Struktureller Wandel ist Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung und Dynamik. Entscheidend für den Erfolg und die Zukunft jeder Volkswirtschaft sind die Fähigkeit und die Bereitschaft, aus sich selbst heraus neue Wege für die Deckung des Bedarfs und die Erfüllung der Wünsche der Menschen sowie die Lösung anstehender Probleme der Gesellschaft zu suchen, sich an neue Bedingungen anzupassen und auf diese Weise die Strukturen der Wirtschaft neu zu gestalten. Strukturwandel stellt jeden einzelnen wie die Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft vor immer neue Herausforderungen. Sie werden heute wieder wesentlich bereitwilliger angenommen als zu Beginn des letzten Jahrzehnts.

Den dynamischen Wettbewerb stärken

58. Stärkung des Wettbewerbs schafft die besten Voraussetzungen für eine schnelle Anpassung der Produktionsstrukturen an die sich ändernden Präferenzen der Nachfrager und kommt in besonderem Maße den Verbrauchern zugute. Diesem Ziel dienen auch die zu Beginn des Jahres in Kraft getretene 5. Novelle zum Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen und die im Herbst 1990 in Kraft tretende EG-Fusionskontrollverordnung. Stärkung des Wettbewerbs geht aber weit über das Wettbewerbsrecht im engeren Sinne hinaus und heißt vor allem, Marktschranken national, europäisch und weltweit abzubauen. Die Vollendung des EG-Binnenmarktes und der Abschluß der GATT-Runde müssen dafür voll genutzt werden (vgl. Ziffern 70 f. und 81).

59. Wie die Bundesregierung in der vorgenannten Antwort auf die Große Anfrage zum Strukturwandel ferner unterstrichen hat, ist es im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung Aufgabe der an den Märkten tätigen Unternehmer, eigenverantwortlich die Entscheidung über den Einsatz und die Kombination der Produktionsfaktoren im Hinblick auf aktuelle und künftige Marktentwicklungen zu treffen. Die Strukturpolitik der Bundesregierung will deshalb die Unternehmer nicht aus ihrer Verantwortung entlassen, Strukturveränderungen rechtzeitig zu erkennen und sich durch rasche Produkt- und Verfahrensinnovationen oder organisatorisch auf sie einzustellen. Es kann nicht Aufgabe des Staates sein, die Struktur der Wirtschaft in von ihm gewünschte Bahnen zu lenken. Aufgabe des Staates ist es vielmehr, die für eine moderne Volkswirtschaft unerläßlichen infrastrukturellen Voraussetzungen zu schaffen, durch günstige und verläßliche Rahmenbedingungen und den Abbau von Anpassungs-, Innovations- und Leistungshemmnissen ein investitionsfreundliches Klima zu erzeugen, die Entfaltung unternehmerischer Aktivitäten zu fördern und den Strukturwandel zu erleichtern.

Forschungs- und Technologiepolitik fortentwickeln

60. Der zunehmende internationale Wettbewerb drängt auf Strukturerneuerungen, ohne die die Bundesrepublik Deutschland ihre Position im EG-Binnenmarkt und auf den hart umkämpften Weltmärkten auf Dauer nicht würde halten können. Wettbewerbsfähigkeit erfordert Innovationen. Forschung und Entwicklung (FuE) legen hierfür wesentliche Grundlagen. Wo Forschungsanstrengungen lohnen und in welchem Ausmaß sie unternommen und zu marktfähigen Produkten führen sollen, können die Unternehmen selbst am besten entscheiden. Die wettbewerbsrechtlichen Rahmenbedingungen ermöglichen FuE-Kooperatio-

nen in weitem Umfang. Die staatliche FuE-Förderung von Unternehmen versteht sich somit als Hilfe zur Selbsthilfe. Hierbei bleibt das besondere Augenmerk der Bundesregierung auf die kleinen und mittleren Unternehmen gerichtet (vgl. Ziffern 45 f.).

Das Innovationsklima in der Wirtschaft weiter freundlich zu gestalten, ist Ziel der Bundesregierung. So ist das von ihr beschlossene Zukunftskonzept Informationstechnik darauf gerichtet, die Bedingungen für die frühzeitige und möglichst umfassende Nutzung der Innovations- und Anwendungspotentiale der Informationstechnik zu verbessern. Die Bundesregierung wird ihre Maßnahmen zur Forschungs- und Technologiepolitik im einzelnen im Faktenbericht 1990 zum Bundesbericht Forschung ausführlich darstellen.

61. Die Forschungs- und Technologiepolitik hat zunehmend eine grenzüberschreitende Dimension. Mit der Verabschiedung des neuen Rahmenprogramms für Forschung und technologische Entwicklung (1990 — 1994) erhält die EG die Mittel, die erforderlich sind, um die nationalen Forschungsanstrengungen mit Vorhaben zu flankieren, deren Durchführung auf gemeinschaftlicher Ebene sinnvoll erscheint. Dabei sollen die Verfahren so gestaltet werden, daß sich kleine und mittlere Unternehmen stärker daran beteiligen können.

Die Sicherung einer technologischen Basis im Bereich der Mikroelektronik als Schlüsseltechnologie hat besonderes Gewicht. Ihre Fortentwicklung wird auch im Rahmen der europäischen Forschungsinitiative EUREKA unterstützt. Das für den Zeitraum 1990 bis 1996 konzipierte EUREKA-Programm JESSI (Joint European Submicron Silicon) zur Förderung der Mikroelektronik tritt nach umfassenden technischen und administrativen Vorbereitungen in die entscheidende Startphase. Mit einem Aufwand von 7,8 Mrd. DM, deren größter Teil von der europäischen Wirtschaft selbst zu tragen sein wird, sollen die Voraussetzungen dafür verbessert werden, daß die europäische Industrie den Anschluß an die neuesten Technologien der Mikroelektronik behält.

Energiemarktstrukturen behutsam anpassen

62. Die gewachsenen Strukturen der Energiemärkte kommen zunehmend unter Anpassungsdruck. Die Verwirklichung des EG-Binnenmarktes wird für den Energiesektor zu einer stärkeren Integration der nationalen Märkte führen. Auch in der Internationalen Energieagentur und im GATT wird die Bundesregierung zunehmend aufgefordert, die Energiemärkte stärker zu öffnen.

Die EG-Kommission hat im Juli 1989 Vorschläge für den Binnenmarkt von Strom und Gas vorgelegt. Die Bundesregierung erwartet, daß die Vorschläge zur Preistransparenz und zum Transit von Strom in diesem Jahr verabschiedet werden können. Hingegen wendet sie sich gegen die Vorschläge der EG-Kommission zum Transit von Gas und zur Koordinierung großer Investitionsvorhaben bei Strom, Gas und Öl, da diese keine Verbesserung der Energiemarktstruktur erkennen lassen und mit der Idee eines wettbewerblich ausgerichteten Binnenmarktes nicht vereinbar sind.

In dem sich wandelnden Umfeld bleibt die Energiepolitik der Bundesregierung auf eine sichere, wirtschaftliche und umweltschonende Energieversorgung ausgerichtet. Dazu gehört sowohl die Nutzung aller zur Verfügung stehenden Energieträger als auch der sparsame und rationelle Umgang mit Energie. Stärkere Anreize zum sparsamen und rationellen Elektrizitätsverbrauch erwartet die Bundesregierung von der zu Beginn des Jahres in Kraft getretenen Novelle zur Bundestarifordnung für Elektrizität. Dem darin festgeschriebenen neuen Leistungspreissystem sind die Elektrizitätstarife innerhalb von zweieinhalb Jahren anzupassen.

Die Bundesregierung beabsichtigt, ein neues Programm zu Energieforschung und -technologien vorzulegen. Ein besonderer Schwerpunkt wird die Erforschung und Entwicklung erneuerbarer Energiequellen sein.

63. Die Bundesregierung teilt die Auffassung des Rates, daß die Hilfen für die deutsche Steinkohle eine kritische Grenze erreicht haben (Ziffer 326 JG). Zur Lösung der schwierigen Probleme des Steinkohlebergbaus wird die Bundesregierung ihre Politik der begrenzten Absatzsicherung und schrittweisen sozial- und regionalverträglichen Anpassung fortsetzen. Im Rahmen der Verstromungsregelung wird die vereinbarte Kohlemenge ab 1991 nicht mehr weiter steigen. Durch die Novelle zum Dritten Verstromungsgesetz wird der Verstromungsfonds als Finanzierungsinstrument für den Jahrhundertvertrag auf eine stabilere finanzielle Basis gestellt. Für die Stromverbraucher werden die Belastungen durch den Kohlepfennig schrittweise abnehmen. Dies wird neben den höheren Ölpreisen durch eine Entlastung des Verstromungsfonds von den Ausgaben für Revierausgleich und niederflüchtige Kohle möglich.

Zur Vorbereitung einer umfassenden Konzeption für die künftige Kohlepolitik hat die Bundesregierung im Benehmen mit den Ländern Nordrhein-Westfalen und Saarland eine unabhängige Expertenkommission eingesetzt. Ziel ist insbesondere, eine konsensfähige Anschlußregelung für die Verstromung deutscher Kohle nach 1995 vorzubereiten. Die Kommission soll ihren Bericht im März dieses Jahres vorlegen.

Neue Akzente werden in der Energiepolitik durch die drohenden Klimaveränderungen gesetzt. Bei der Wahl von Maßnahmen zur Begrenzung des Treibhauseffektes aufgrund von CO_2-Emissionen räumt die Bundesregierung in Übereinstimmung mit dem Rat marktwirtschaftlichen Instrumenten den Vorrang ein (vgl. Ziffern 50 f.). In diesem Zusammenhang kommt der Arbeit der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre" Bedeutung zu, die im kommenden Herbst ihren Bericht vorlegen wird.

Engpässe auf den Wohnungsmärkten beseitigen

64. Steigende Realeinkommen breiter Bevölkerungsschichten mit der Folge erhöhter Wohnansprüche, die zunehmenden Haushaltsgründungen der geburtenstarken Jahrgänge, der Anstieg der Ein-Personen-Haushalte und der unerwartet starke Zustrom von Menschen in das Bundesgebiet, vor allem der Übersiedler aus der DDR sowie der Aussiedler aus den mittel-, ost- und südosteuropäischen Ländern, haben zu erheblich höherer Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt geführt. Wohnungssuchende haben vielfach Schwierigkeiten, eine geeignete Wohnung zu finden, weil der Wohnungsbau nicht mit dieser Entwicklung mitgehalten hat. Der Rat weist nachdrücklich auf die Besonderheiten des Wohnungsmarktes hin, die immer wieder zu empfindlichen Ausschlägen führen; er betrachtet aber mit Recht die Forderung nach einer vorausschauenden antizyklischen Wohnungspolitik als illusorisch (Ziffer 374 JG). Im übrigen ändert die aktuelle Anspannung auf dem Wohnungsmarkt nichts an der Tatsache, daß der Wohnungsbestand in der Bundesrepublik Deutschland heute zu den besten in der Welt zählt (vgl. Ziffer 373 JG).

65. Wie der Rat hält es die Bundesregierung für die vordringliche Aufgabe der Wohnungspolitik, durch die Setzung geeigneter Rahmenbedingungen die Grundlage für ein größeres Wohnungsangebot zu schaffen und die aus Engpässen resultierenden sozialen Härten zu mildern. Neben gezielten Hilfen für sozial schwächere Bevölkerungsgruppen kommt es darauf an, daß durch eine erheblich verstärkte Wohnungsbautätigkeit im Jahre 1990 und in den Folgejahren das Angebot ausgeweitet und so die Wohnungsversorgung allgemein verbessert wird.

Der Rat weist zu Recht auf die Grenzen hin, die von der Kapazitätsseite her einer sofortigen Ausdehnung der Bautätigkeit gesetzt sind. Er erkennt aber an, daß der gegenwärtige Nachfrageschub außergewöhnliche Maßnahmen der Wohnungspolitik erfordert (Ziffer 388 JG). Die Bundesregierung hat aus der besonderen wohnungspolitischen Verantwortung heraus ein umfangreiches Maßnahmenpaket beschlossen, mit dem alle vertretbaren Ansätze zur Stärkung des Wohnungsbaus genutzt werden:

- Die steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten für den Mietwohnungsbau wurden verbessert und haben dem Neubau bereits sichtbare Impulse gegeben.
- Das Fördervolumen des Bundes für den sozialen Wohnungsbau wurde für 1990 auf 2 Mrd. DM aufgestockt und wird bis 1993 auf diesem Niveau konstant fortgeführt. Alternativ dazu gibt es befristet auch die Möglichkeit, für die Schaffung von Sozialmietwohnungen verbesserte steuerliche Abschreibungen in Anspruch zu nehmen.
- 1990 werden 20 000 Studentenwohneinheiten mit Bundesmitteln gefördert.
- Durch ein Bausparzwischenfinanzierungsprogramm werden die Bedingungen für die Wohneigentumsbildung verbessert.
- Die Schaffung von zusätzlichen Mietwohnungen in bestehenden Gebäuden wird durch ein zinsgünstiges Programm der Kreditanstalt für Wiederaufbau und alternativ über besonders günstige Abschreibungen gefördert.

Zur Flankierung dieses Wohnungsbauprogramms werden im Planungs- und Baurecht sowie im Mietrecht Erleichterungen geschaffen. Die Bundesregierung geht davon aus, daß die gesetzlichen Vorschriften dafür im Frühjahr 1990 in Kraft treten. Die Mietrechtsänderungen sollen vor allem die Unterbringung in Ferienhausgebieten und die Vermietung an Studenten erleichtern sowie mietrechtliche Hemmnisse für Maßnahmen des Um- und Ausbaus aus dem Weg räumen. Der Mieterschutz im derzeitigen Wohnungsbestand wird dadurch nicht beeinträchtigt.

Die Bundesregierung teilt die Auffassung des Rates (Ziffer 382 ff. JG), daß schärfere Vorschriften über die Miethöhe die gegenwärtigen Engpässe nicht beseitigen, sondern auf Dauer verschärfen würden. Wo Mieterhöhungen zu sozial nicht vertretbaren Belastungen führen, hilft das Wohngeld.

66. Die Bundesregierung hat mit diesen vielfältigen Maßnahmen günstige Voraussetzungen geschaffen, um die Möglichkeiten zur Wohnungsversorgung möglichst rasch und umfassend zu verbessern. Sie weist wie der Rat (Ziffer 391 f. JG) auf die originäre Verantwortung der Länder und Gemeinden für den sozialen Wohnungsbau hin. Diese müssen alles tun, um die Programme schnell umzusetzen und auch die ihnen zur Verfügung stehenden wohnungspolitischen Instrumente und Mittel effizient einzusetzen. Dazu gehören — entsprechend der Aufstockung der vom Bund für die Förderung des sozialen Wohnungsbaus gewährten Finanzhilfen — auch erhöhte eigene finanzielle Anstrengungen sowie insbesondere die Nutzung des dritten Förderweges bei der Vergabe der Mittel, die verstärkte Baulandausweisung und unbürokratische Genehmigungsverfahren zur schnellen Schaffung von Wohnraum durch Neubau, Umbau und Ausbau.

Das Bundesprogramm zur Stadtsanierung und Dorferneuerung wird auf dem Niveau von 660 Mio. DM über 1990 hinaus fortgesetzt.

Regional wirtschaftliches Gefälle vermindern

67. Struktureller Wandel hat von jeher eine regionale Dimension. Die Feststellung des Rates, daß die Beschäftigungsdynamik in regionaler Hinsicht ausgeglichener geworden ist (Ziffer 102 JG), belegt den Erfolg der Anstrengungen, strukturschwachen Regionen den Anschluß an die allgemeine Wirtschaftsentwicklung durch Hilfen zur Selbsthilfe zu ermöglichen. Diesem Erfordernis trägt die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" mit ihrem Förderkonzept Rechnung. Die Fördermittel für die Gemeinschaftsaufgabe werden ab 1991 im Zusammenhang mit dem Wegfall der regionalen Investitionszulage um jährlich 500 Mio. DM erhöht. Die Möglichkeiten der Länder und Gemeinden zur Bewältigung struktureller Anpassungsprobleme insbesondere durch Infrastrukturmaßnahmen wird vom Bund auch durch das Strukturhilfege-

setz nach Art. 104 a Abs. 4 GG gestärkt, das jährliche Leistungen des Bundes von 2,45 Mrd. DM vorsieht.

Es ist beabsichtigt, auf der Grundlage der Ergebnisse der Volkszählung eine Neuabgrenzung des Fördergebiets der Gemeinschaftsaufgabe im Jahr 1991 vorzunehmen.

Neue Hoffnungen und Chancen haben sich durch die Entwicklung in der DDR für das Zonenrandgebiet ergeben. Allerdings hat sich die wirtschaftliche Benachteiligung dieser Region bisher nicht entscheidend verändert. Die Zonenrandförderung wird deshalb fortgeführt. Notwendig ist ein möglichst rasches Zusammenwachsen der Wirtschaftsräume beiderseits der Grenze. Die Bundesregierung prüft daher, Bundesländern und DDR zur Unterstützung der Kooperationsbemühungen der Wirtschaft eine Förderung von wirtschaftsnaher Infrastruktur nach dem Vorbild der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" auch im Grenzgebiet der DDR vorzuschlagen. Dabei soll eine enge Abstimmung mit den Maßnahmen der Gemeinschaftsaufgabe im Zonenrandgebiet der Bundesrepublik Deutschland erfolgen.

Deutschlandpolitische Stellung von Berlin stärken

68. Die jüngsten Entwicklungen in der DDR und in Mittel-, Ost- und Südosteuropa eröffnen neue Perspektiven für Berlin. Wirtschaftspolitisches Ziel der Bundesregierung ist es, dazu beizutragen, daß die Stadt ihre Standortvorteile, die sich jetzt abzeichnen, verstärkt zur Geltung bringen kann. Sie wird deshalb besonders darauf achten, daß die Berliner Wirtschaft und in der Stadt angesiedelte wirtschaftsrelevante Institutionen in eine künftige umfassende wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der DDR und den mittel-, ost- und südosteuropäischen Staaten voll einbezogen werden. Dabei wird auch zu prüfen sein, inwieweit Aufgaben, die sich künftig im Zuge dieser Zusammenarbeit stellen, verstärkt von Berlin aus wahrgenommen werden können. Die Bundesregierung wird in der Europäischen Gemeinschaft dafür eintreten, neue europäische Institutionen, insbesondere wenn sie auf eine Zusammenarbeit mit Mittel-, Ost- und Südosteuropa angelegt sind, in Berlin anzusiedeln.

Auch in der gegenwärtigen Lage bestehen für Berlin erhebliche wirtschaftliche Standortnachteile. Die Bundesregierung hält deshalb an der deutschlandpolitisch begründeten Berlinförderung fest.

VIII. Europäisches und weltwirtschaftliches Umfeld im Wandel

69. Die Dynamik des europäischen Einigungsprozesses wirkt weit über die Grenzen der Gemeinschaft hinaus. Sie beeinflußt erheblich die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Reformprozesse in den Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas. Es liegt im gemeinsamen europäischen Interesse, daß diese Reformbestrebungen zügig und erfolgreich vorankommen. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft haben deshalb beim Europäischen Rat in Straßburg ihre Entschlossenheit betont, die erforderlichen Wirtschaftsreformen zu unterstützen und — in Zusammenarbeit mit ihren westlichen Partnern — zur Schaffung gesunder und prosperierender Volkswirtschaften beizutragen.

Für die Bundesregierung ist die Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in die Wertegemeinschaft der freiheitlichen Demokratien unverzichtbarer Bestandteil ihrer Politik. Grundlage der gesamteuropäischen Entwicklung ist ein auf marktwirtschaftlichen Grundsätzen beruhender Integrationsprozeß der Europäischen Gemeinschaft, den die Bundesregierung aktiv vorantreiben will. International wird sie vor allem für weltweite Öffnung der Märkte und enge Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik zwischen den wichtigen Industrieländern eintreten.

Europäischen Binnenmarkt vollenden

70. Vorrang hat die Vollendung des Europäischen Binnenmarktes mit seinen Impulsen für Beschäftigung, Wachstum und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Leitbild ist ein „Europa des Wettbewerbes". Die Beseitigung der Binnengrenzen für Waren, Dienstleistungen und Kapital und die Offenheit der Märkte nach außen müssen Hand in Hand gehen. Die Bundesregierung unterstützt die von den EG- und den EFTA-Staaten parallel zur Vollendung des Binnenmarktes angestrebte Schaffung eines großen europäischen Wirtschaftsraumes bis Ende 1992 auch als politischen Ausdruck dieser Offenheit. Sie wird sich weiterhin Bestrebungen widersetzen, europäische Unternehmen mit protektionistischen Maßnahmen, wie z. B. Einfuhrbeschränkungen oder „local content"-Auflagen für die Automobilindustrie, vor dem weltweiten Wettbewerb zu schützen.

71. Besondere Bedeutung für die Stärkung und Wahrung des Wettbewerbs im Binnenmarkt mißt die Bundesregierung dem Schutz vor wirtschaftlicher Machtkonzentration durch eine klar wettbewerbsorientierte, präventive EG-Fusionskontrolle für große Unternehmenszusammenschlüsse bei, die im Herbst 1990 in Kraft treten wird.

Die Bundesregierung wird die EG-Kommission bei ihren Bemühungen um Beihilfetransparenz und -begrenzung unterstützen. Der Wettbewerb der Unternehmen und Branchen darf auch nicht durch eine auf einzelne Industriezweige zugeschnittene Politik auf EG-Ebene beeinträchtigt werden. Mit den Beschlüssen zur Öffnung und Harmonisierung der Märkte für Telekommunikationsdienste ist ein wichtiger Durchbruch zu mehr Wettbewerb in einem bedeutsamen Bereich gelungen.

72. Bei der Umsetzung des Binnenmarktprogramms wurde über mehr als die Hälfte der für einen freien Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital erforderlichen Maßnahmen bereits Einigung erzielt. Das Prinzip, auf eine vollständige Harmonisierung aller Details durch bürokratische Regelung zu verzichten, hat sich bewährt. Die gegenseitige Anerkennung unterschiedlicher Regelungen sollte auch künftig so weit wie möglich Anwendung finden.

Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, daß die schwierigen noch offenen Fragen rechtzeitig gelöst werden können. So sind beim Abbau der Grenzkontrollen für den Personenverkehr noch erhebliche politische Anstrengungen für eine Verwirklichung bis

Ende 1992 notwendig. In diesem Zusammenhang begrüßt die Bundesregierung die breite Übereinstimmung im Rat der Wirtschafts- und Finanzminister, auf die mengen- und wertmäßigen Beschränkungen bei Käufen im Reiseverkehr zu verzichten.

73. Die Bundesregierung strebt mit ihren Partnern Fortschritte bei der vollen Beseitigung der Steuergrenzen im Warenverkehr in Europa an. Hinsichtlich der Mehrwertsteuersätze beabsichtigen die Mitgliedstaaten, bis zum 31. Dezember 1991 Übereinstimmung darüber zu erzielen, welche Bandbreite oder welcher Mindestsatz innerhalb der von der Kommission vorgeschlagenen Grenzen von 14 bis 20 % ab 1. Januar 1993 gelten soll. Der gegenwärtige Normalsatz bei der Umsatzsteuer in der Bundesrepublik Deutschland wird deshalb beibehalten. Die Bundesregierung bleibt mit dem Sachverständigenrat der Auffassung, daß es im Hinblick auf die Integration der Märkte besonders wichtig ist, die administrativen Belastungen für die beteiligten Unternehmen soweit wie möglich zu verringern (Ziffer 426 JG). Bei den Sonderverbrauchsteuern hält sie aus Wettbewerbs- und Umweltschutzgründen eine Harmonisierung der Mineralölsteuer für vordringlich.

74. Die Liberalisierung der geltenden Regulierungen für den grenzüberschreitenden Straßengüterverkehr, den Luftverkehr und den Seeverkehr zeigt wesentliche Fortschritte. Mit der spürbaren Aufstockung der Genehmigungskontingente, der Aufhebung der Preisbindung für den grenzüberschreitenden Transport ab 1. Januar 1990 und insbesondere mit dem im Dezember 1989 beschlossenen Einstieg in die Kabotage, d.h. die Zulassung von Transporten innerhalb eines anderen Mitgliedstaates ab 1. Juli 1990, ist Europa dem Ziel einer Verkehrsmarktordnung für den Straßengüterverkehr ohne mengenmäßige Beschränkungen und Preisbindungen deutlich näher gekommen. Daraus entsteht ein zunehmender Druck auf Deregulierung auch der nationalen Verkehrsmärkte.

Die Harmonisierung verkehrsspezifischer Steuern und Abgaben bleibt dringend. Da hierfür eine europäische Lösung noch nicht erreicht ist, sollen mit der Einführung einer zeitlich befristeten Straßenbenutzungsgebühr — bei gleichzeitiger Absenkung der Kfz-Steuer auf ein mittleres europäisches Niveau — ausländische Lastkraftwagen ebenso wie die deutschen an den Wegekosten beteiligt werden.

Soziale Dimension des EG-Binnenmarktes ausfüllen

75. Die Bundesregierung wird sich weiterhin nachdrücklich dafür einsetzen, daß die soziale Dimension bei der Verwirklichung des Europäischen Binnenmarktes voll zum Tragen kommt. Sie ist mit dem Sachverständigenrat (Ziffern 454 ff. JG) der Auffassung, daß dabei eine schnelle und weitreichende Harmonisierung der Arbeits- und Sozialbedingungen weder im Interesse der aufholenden Länder liegt, noch für die leistungsfähigeren Länder akzeptabel ist. Die Annäherung der Arbeitsbedingungen darf den wirtschaftlichen Aufholprozeß der weniger leistungsfähigen Länder Europas nicht behindern und muß es gleichzeitig ermöglichen, höhere Sozialstandards in den anderen Länder beizubehalten. Die reale Verdoppelung der Mittel für die Strukturfonds ist ein deutlicher Ausdruck der Solidarität der wirtschaftlich stärkeren mit den wirtschaftlich schwächeren Mitgliedstaaten.

76. Mit der Verabschiedung einer Charta sozialer Grundrechte für Arbeitnehmer wurden die Weichen für die gemeinschaftsweite Verankerung grundlegender sozialer Mindeststandards gestellt, wie sie von der Bundesregierung und den Sozialpartnern einmütig gefordert werden. Im weitgefaßten Bereich Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz sieht die Bundesregierung angesichts der unmittelbaren Auswirkungen auf die Arbeitnehmer besonderen Handlungsbedarf.

Außerdem strebt die Bundesregierung EG-weite Regelungen für die Rechte von Arbeitnehmervertretungen grenzüberschreitender Großunternehmen, für eine angemessene soziale Absicherung bei grenzüberschreitender Arbeitnehmerüberlassung sowie für Unternehmen an, die mit eigenen Arbeitskräften direkt Leistungen in einem anderen Mitgliedstaat erbringen. Der Sachverständigenrat empfiehlt, daß jeweils die Bestimmungen am Produktionsort gelten sollen, um die Probleme gespaltener Arbeitsmärkte zu vermeiden (Ziffern 464 ff. JG). Die Bundesregierung teilt diese Auffassung, sieht allerdings bei grenzüberschreitender Leistungserbringung, z. B. beim kurzfristigen Aufenthalt zur Montage von Industrieanlagen, durchaus Raum dafür, die Bestimmungen des Landes anzuwenden, in dem das Unternehmen hauptsächlich tätig ist und seinen Sitz hat.

77. Die Politik der sozialen Sicherung muß in ihren Kernbereichen entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip in der Verantwortung der Mitgliedstaaten bleiben. Insbesondere müssen Sozialleistungen auf die jeweilige Solidargemeinschaft, d.h. in der Regel auf die Bewohner des jeweiligen Mitgliedstaates, begrenzt bleiben. Die Bundesregierung wird daher Versuchen entgegentreten, die Stabilität der sozialen Sicherungssysteme durch Aushöhlung des Territorialitätsprinzips zu gefährden. Zu Recht warnt der Sachverständigenrat eindringlich vor solchen Versuchen (Ziffern 469 f. JG).

Voraussetzungen für Wirtschafts- und Währungsunion schaffen

78. Die Entscheidungen des Europäischen Rates über die stufenweise Verwirklichung einer Wirtschafts- und Währungsunion leitet im Europäischen Einigungsprozeß, in den die Bundesrepublik Deutschland unumkehrbar eingebunden ist, eine neue, wichtige Etappe auf dem Weg zu einer Europäischen Union ein. Die Bundesregierung betrachtet dabei ebenso wie der Europäische Rat den Delors-Bericht als eine gute Grundlage.

Eine Wirtschafts- und Währungsunion läßt sich dauerhaft nur verwirklichen, wenn sich die Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten in ihrer tatsächlichen Politik von gleichen Grundvorstellungen und Zielen leiten lassen. Dazu gehört nach Auffassung der Bundesregierung vor allem der Grundkonsens über die marktwirtschaftliche Ausgestaltung des wirtschaftlichen Ordnungsrahmens. In diesem Rahmen sind für die Bundesrepublik Deutschland die folgenden politisch-institutionell abzusichernden Ziele unverzichtbar:

- Flexible und offene Märkte nach innen und außen;
- Dauerhafte Sicherung der Geldwertstabilität als Basis für anhaltendes Wirtschaftswachstum und soziale Stabilität;
- Sicherung der Haushaltsdisziplin in allen Mitgliedstaaten;
- Subsidiarität und Föderalismus zur Bewahrung der Vielfalt der Gemeinschaft;
- Parallelität von wirtschafts- und währungspolitischen Integrationsfortschritten;
- Unterstützung des Aufholprozesses der ärmeren Regionen in erster Linie durch marktwirtschaftliche Anpassungsmechanismen; öffentliche Finanztransfers können dazu allenfalls einen flankierenden Beitrag leisten.

79. Angesichts der derzeit teilweise noch sehr unterschiedlichen ökonomischen Ausgangsbedingungen in den Mitgliedstaaten sowie der nicht in allen Bereichen übereinstimmenden Zielvorstellungen ist nach Auffassung der Bundesregierung die Wirtschafts- und Währungsunion nur in einem längerfristigen Prozeß zu verwirklichen, wenn sie auf eine dauerhaft tragfähige Basis gestellt werden soll. Dafür bedarf es noch einer größeren Annäherung in den verschiedenen Bereichen der Wirtschaftspolitik und in der Wirtschaftsentwicklung, als bisher erreicht wurde.

Der Europäische Rat in Straßburg hat im Dezember 1989 beschlossen, daß vor Ende 1990 eine Regierungskonferenz zur Ausarbeitung der notwendigen Änderung der Römischen Verträge im Hinblick auf die Endphasen der Wirtschafts- und Währungsunion zusammentreten soll. Er hat zugleich bestätigt, daß mit der vollständigen Liberalisierung des Kapitalverkehrs in den meisten Mitgliedstaaten am 1. Juli 1990 die erste Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion beginnen wird.

In dieser Stufe geht es darum, die Zusammenarbeit auf der Basis der bestehenden Verträge und Institutionen zu verstärken. Nach Auffassung der Bundesregierung müssen vor allem klar erkennbare, dauerhafte Konvergenzfortschritte, insbesondere in den entscheidenden Bereichen Preisstabilität und Haushaltskonsolidierung erreicht werden. Gleichfalls muß der EG-Binnenmarkt auf der Basis einer marktwirtschaftlichen, wettbewerbsorientierten Ordnung voll verwirklicht werden. Dabei muß sich zeigen, wie ernsthaft Wille und Fähigkeit der Mitgliedstaaten sind, den wirtschaftspolitischen Anforderungen gerecht zu werden, von deren Umsetzung der Übergang in eine nächste Stufe abhängen wird. Ein wesentlicher Beitrag zur Glaubwürdigkeit einer an Stabilität orientierten Wirtschafts- und Währungsunion wäre es, wenn in dieser ersten Stufe diejenigen Mitgliedstaaten, in denen das noch nicht der Fall ist, ihren Notenbanken den Status der Unabhängigkeit einräumten sowie die monetäre Finanzierung von Haushaltsdefiziten durch die Zentralbank allgemein einstellten. Dieser Auffassung ist auch der Sachverständigenrat (Ziffer 409 JG).

Wirtschaftspolitische Kooperation und internationale Arbeitsteilung vertiefen

80. Die Bundesregierung wird ihre bewährte Politik zur Stärkung der internationalen Zusammenarbeit mit Energie und Konsequenz fortsetzen. Angesichts der stark wachsenden internationalen Verflechtung der Güter- und Finanzmärkte und der daraus resultierenden zunehmenden wechselseitigen Abhängigkeit der Volkswirtschaften bleibt eine enge wirtschaftspolitische Kooperation der Industrieländer unverzichtbar. Weltwirtschaftliche Risiken, die von Inflation, von zunehmenden Divergenzen bei den Haushaltsdefiziten und von außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten ausgehen, können so am besten in Grenzen gehalten werden.

Für die Bundesregierung sind hohe außenwirtschaftliche Überschüsse kein Ziel, sie strebt vielmehr auf Dauer eine ausgewogene Zahlungsbilanzstruktur an. Die Bundesrepublik Deutschland hat wesentlich dazu beigetragen, daß das hohe Leistungsbilanzdefizit der USA verringert werden konnte. Der bilaterale Saldo im Warenverkehr mit den USA ist 1989 auf weniger als ein Drittel des Betrages zurückgefallen, der drei Jahre zuvor verzeichnet wurde. Gegenüber den anderen außereuropäischen Ländern insgesamt wie auch allein gegenüber den nicht Öl exportierenden Entwicklungsländern besteht ein Defizit. Andererseits kam es zu einer deutlichen Ausweitung der Überschüsse gegenüber europäischen Partnerstaaten. Dies hing zum Teil mit der starken Nachfrage nach deutschen Investitionsgütern, aber auch mit der Veränderung der realen Wechselkurse zusammen. Die deutschen Ausfuhren haben dazu beigetragen, daß konjunkturelle Spannungen in diesen Ländern gemildert und wirtschaftliche Aufholprozesse in einigen Mitgliedstaaten gefördert wurden.

Wichtig ist, daß die Defizitländer durch eine solide Finanz- und Geldpolitik auf den Abbau der Ungleichgewichte hinwirken. Dann wird auch die weitere Stärkung der Binnennachfrage in der Bundesrepublik Deutschland in den Leistungsbilanzdaten sichtbar werden. Realistische Wechselkurse sind eine wesentliche Voraussetzung für ein besseres internationales Zahlungsbilanzgleichgewicht. Die eingetretene Höherbewertung der D-Mark gegenüber dem US-Dollar und einer Reihe anderer Währungen ist wichtig für die Erhaltung der Preisstabilität in der Bundesrepublik Deutschland und trägt zum Abbau der Ungleichgewichte bei. Auch künftig wird es darauf ankommen, daß der Wechselkurs der D-Mark den Stabilitätsvorsprung unserer Währung gegenüber anderen voll zum Ausdruck bringen kann; damit wird die notwendige teilweise Umschichtung in der Beanspruchung der Ressourcen zugunsten der DDR und Osteuropas über die Märkte unterstützt.

81. Die Bundesregierung wird sich auch in Zukunft für die Bewahrung und Stärkung des freien und multilateralen Welthandelssystems einsetzen. Zentrale Bedeutung kommt 1990 dem erfolgreichen Abschluß der GATT-Verhandlungsrunde (Uruguay-Runde) zu. Die Bundesregierung verweist in diesem Zusammenhang auf ihre Antwort auf die Große Anfrage zum „Stand der multilateralen Handelsverhandlungen (Uruguay-Runde)", in der die Ziele und bisherigen Ergebnisse der Verhandlungen ausführlich dargestellt sind (BT-Drucksache 11/5626). In dieser Ver-

handlungsrunde soll die Rolle des GATT als maßgebliches Regelsystem für den internationalen Handel erneuert, gestärkt und weiterentwickelt werden. Nach Ansicht der Bundesregierung soll das GATT im Gesamtkontext internationaler Aufgaben eine größere Rolle spielen. Ein erfolgreicher Abschluß der Verhandlungen setzt voraus, daß sämtliche Vertragsparteien zu deutlichen Liberalisierungsschritten und den dazu notwendigen Strukturanpassungen in allen Verhandlungsbereichen bereit sind.

82. Die Bundesregierung setzt sich nachdrücklich für die außen- und sicherheitspolitisch notwendigen Ergänzungen des Außenwirtschaftsrechtes ein und hat deshalb dem Parlament Entwürfe zur Ergänzung des Kriegswaffenkontrollgesetzes und des Außenwirtschaftsgesetzes vorgelegt. Insbesondere sollen die Tätigkeit Deutscher im Ausland bei der Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen verstärkt unter Strafe gestellt und die allgemeine Strafbestimmung gegen Außenwirtschaftsdelikte verschärft werden.

Im Hinblick auf die zunehmende Bedeutung des Ost-West-Handels hält es die Bundesregierung für dringend erforderlich, die COCOM-Listen an den aktuellen Stand des technischen Fortschritts anzupassen und auf strategisch bedeutsame Waren und Technologien zu konzentrieren.

83. Die Bundesregierung wird auch angesichts engerer wirtschaftlicher Beziehungen zu den mittel-, ost- und südosteuropäischen Staaten ihre Politik der Unterstützung der Entwicklungsländer Afrikas, Asiens und Lateinamerikas fortsetzen, um ihren Beitrag zum Aufbrechen des Teufelskreises von Armut, Bevölkerungsexplosion und Umweltzerstörung zu leisten. Sie wird diesen Ländern verstärkt wirtschaftspolitische und außenwirtschaftliche Beratung anbieten.

Die Bundesregierung wird sich im internationalen Rahmen weiterhin aktiv an der Suche nach Möglichkeiten für die Lösung der Verschuldungsprobleme beteiligen und die am Einzelfall orientierten Maßnahmen von Weltbank und Internationalem Währungsfonds zur Schuldenerleichterung und Umsetzung struktureller Anpassungsprogramme insbesondere in hochverschuldeten Ländern unterstützen. Von den Geschäftsbanken erwartet die Bundesregierung, daß sie ihrer Mitverantwortung für einen Erfolg der von US-Finanzminister Brady initiierten Schuldenstrategie gerecht werden.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Ost und West fördern

84. Die tiefgreifenden Veränderungen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa geben der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen West und Ost eine neue Dimension. Sie erhalten wesentliche Anstöße von der politischen Neuorientierung in der Sowjetunion. Die weitere Entwicklung in diesen Ländern wird entscheidend von der notwendigen strukturellen Erneuerung ihrer Volkswirtschaften abhängen. Diese kann nur gelingen, wenn privatwirtschaftlicher Initiative breiter Raum gegeben und mehr Wettbewerb erreicht wird. Moderne Produktionsanlagen, technisches Können und Managementwissen als notwendige Grundlagen wirtschaftlicher Erneuerung lassen sich am besten im Rahmen von Direktinvestitionen privater Unternehmen in diese Länder transferieren. Zur Unterstützung der privatwirtschaftlichen Zusammenarbeit sieht die Bundesregierung den Aufbau von Delegiertenbüros bzw. Auslandshandelskammern, wie sie zunächst in Polen und Ungarn vorgesehen sind, als nützlichen Schritt an.

Die von der Bundesregierung angeregte Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa, die im März und April 1990 in Bonn stattfinden wird, soll gerade den Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ost und West in weiten Bereichen der Wirtschaft neue Impulse verleihen.

85. Angesichts der desolaten wirtschaftlichen Situation und der schlechten Versorgungslage in den Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas wird die Bundesrepublik Deutschland deren politische und wirtschaftliche Reformen mit umfangreichen Hilfsmaßnahmen unterstützen. Dazu gehören für Polen, das inzwischen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) ein Stabilisierungsprogramm vereinbart hat, der teilweise Erlaß von Zahlungsverpflichtungen aus dem sogenannten „Jumbo-Kredit" von 1975 (760 Mio. DM) und die Einbringung der Restschuld in einen Zloty-Fonds (570 Mio. DM) zur Finanzierung von Projekten gemeinsamen Interesses, die Eröffnung eines Hermes-Garantierahmens über 2,5 Mrd. DM sowie die substantielle Beteiligung in Höhe des Gegenwertes von 250 Mio. US-Dollar an einer internationalen Stabilisierungshilfe. Den bereits im Oktober 1987 gewährten Garantierahmen für einen ungebundenen Finanzkredit für Ungarn in Höhe von 1 Mrd. DM hat die Bundesregierung vor kurzem um weitere 500 Mio. DM erhöht.

Die Bundesregierung beteiligt sich aktiv am Unterstützungsprogramm der 24 westlichen Industrieländer für Polen und Ungarn, das auf dem Pariser Wirtschaftsgipfel 1989 eingeleitet wurde. Vom Aktionsprogramm der Europäischen Gemeinschaft werden nicht zuletzt durch die Beseitigung von mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen und die Erweiterung der allgemeinen Zollpräferenzen deutliche Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung in Polen und Ungarn ausgehen. Die Bundesregierung wird sich dafür einsetzen, daß entsprechende Erleichterungen auch für andere reformwillige Länder eingeräumt werden.

Mit dem Grundsatzbeschluß zur Schaffung einer Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung hat der Europäische Rat in Straßburg eine wirkungsvolle Möglichkeit eröffnet, Anlageinvestitionen und Investitionen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit in Mittel-, Ost- und Südosteuropa zu fördern, den Übergang zu marktwirtschaftlich orientierten Volkswirtschaften zu unterstützen und die erforderlichen strukturellen Anpassungen zu beschleunigen. Die Bundesregierung begrüßt, daß die dazu notwendigen Vorbereitungen umgehend in Angriff genommen wurden. Damit bestehen gute Aussichten, daß die Bank möglichst bald ihre Tätigkeit aufnehmen kann.

C. Günstige gesamtwirtschaftliche Perspektiven

Aufschwung im achten Jahr

86. Zu Beginn der neunziger Jahre verzeichnet die Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland beachtliche Dynamik. Realeinkommen, Nachfrage und Beschäftigung steigen kräftig. Die Auftragsbücher sind insgesamt gut gefüllt. Die Kapazitäten waren seit 20 Jahren nicht mehr so hoch ausgelastet. Alle großen Bereiche werden von der Aufwärtsentwicklung erfaßt. Die Expansion beruht damit auf solidem Fundament. Von der zu Beginn dieses Jahres in Kraft getretenen dritten und zugleich größten Stufe der Steuerreform sowie den Maßnahmen zur Beseitigung neuer Engpässe auf dem Wohnungsmarkt gehen zusätzliche Impulse auf Investitionen und Privaten Verbrauch aus. Die wirtschaftlichen Aktivitäten werden damit 1990 erneut fühlbar ausgedehnt werden. Der Aufschwung geht in sein achtes Jahr.

87. Obwohl die wirtschaftlichen Auftriebskräfte in einigen wichtigen Partnerländern nicht mehr so stark veranschlagt werden können wie in der jüngeren Vergangenheit, so bleibt doch das weltwirtschaftliche Umfeld, insbesondere in Europa, weiterhin günstig. Da — auch unter Berücksichtigung der inzwischen eingetretenen Veränderungen der Wechselkursrelationen zum Dollar und einigen anderen wichtigen Währungen — unterstellt werden kann, daß die D-Mark 1990 insgesamt fester notieren wird als im Durchschnitt des Jahres 1989, dürften die deutschen Exporteure keine Marktanteilsgewinne mehr erzielen. Die Ausfuhren werden daher voraussichtlich im Gleichschritt mit der Ausweitung des Welthandels zunehmen. Dies entspräche einer Zunahme der Exporte von Waren und Dienstleistungen in einer Größenordnung von real 5 bis 6 %.

88. Die Binnennachfrage wird 1990 wieder stärker zum Wirtschaftswachstum beitragen. So dürften die Unternehmensinvestitionen 1990 real um mindestens 6 % zunehmen, wobei die Aufwendungen für Ausrüstungen (+ 8 %) deutlich rascher steigen werden als für gewerbliche Bauten. Wichtiger als die kurzfristigen Nachfrageeffekte eines anhaltend starken Anstiegs der Investitionen sind die verbesserten Wachstumsmöglichkeiten für die Zukunft. Angesichts des erreichten hohen Auslastungsgrads streben die Unternehmen jetzt zunehmend eine Ausweitung der Kapazitäten an; dies entspricht den mittelfristigen Wachstumserfordernissen, insbesondere der Notwendigkeit, zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen.

Um eine weiterhin kräftige Ausweitung produktiver Investitionen zu sichern, bedarf es eines einsichtsvollen Verhaltens aller am Wirtschaftsprozeß beteiligten großen Gruppen. Die Bundesregierung geht in dieser Situation davon aus, daß sowohl die Unternehmen in ihrem preispolitischen Verhalten als auch die Tarifvertragsparteien bei ihren Lohnabschlüssen den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen Rechnung tragen. Dazu gehört einmal, daß die aus der hohen Kapazitätsauslastung resultierenden Preiserhöhungsspielräume nicht voll ausgeschöpft werden und zum anderen der Wunsch der Arbeitnehmer nach Verbesserung ihrer Einkommenssituation mit der Notwendigkeit nach mehr arbeitsschaffenden Investitionen in Einklang gebracht wird. Damit würde ein entscheidender Beitrag zur Eingliederung der Aus- und Übersiedler in den Arbeitsprozeß sowie zum Abbau der Arbeitslosigkeit geleistet werden.

Zu einer kräftigeren Ausweitung des Produktionspotentials mit Hilfe einer verstärkten Investitionstätigkeit kann auch eine produktivere Nutzung des Kapitalstocks, namentlich im Rahmen flexibler Arbeitszeiten, beitragen. Eine Modernisierung der Betriebsanlagen ist gleichzeitig ein Weg, bestehende Umweltbelastungen zu vermindern.

Kräftige Impulse werden 1990 wieder vom Wohungsbau ausgehen. Bedarf und Nachfrage nach Wohnungen haben in jüngerer Zeit sprunghaft zugenommen. Die umfangreichen Fördermaßnahmen der Bundesregierung werden in diesem Jahr und darüber hinaus zu deutlich steigenden Wohnungsbauaktivitäten beitragen. Das Ergebnis dieses Jahres hängt freilich teilweise von der Winterwitterung ab, die zu Beginn der beiden letzten Jahre ungewöhnlich milde war und daher eine besonders intensive Nutzung der Baukapazitäten möglich machte. Insgesamt könnten die Wohnungsbauinvestitionen real um 4 bis 5 % steigen.

Durch die dritte Stufe der Steuersenkung und die Verringerung der Krankenkassenbeiträge wird es zu einer kräftigen Verstärkung der Kaufkraft bei den privaten Haushalten kommen. Insgesamt könnte ihr verfügbares Einkommen preisbereinigt um fast 60 Mrd. DM zunehmen. Erfahrungsgemäß werden sie zwar ihre Ersparnisse höher dotieren, dennoch ist der Kaufkraftzuwachs so groß, daß es zu einer erheblichen Aufstockung ihrer Verbrauchsausgaben kommt (real rd. 3½ %). Trotzdem wird es nicht zu einer Überforderung der wachsenden Produktionsmöglichkeiten kommen, da andererseits die Ausweitung der öffentlichen Ausgaben in engen Grenzen gehalten und die Staatsquote weiter gesenkt wird.

89. Insgesamt kann für das Bruttosozialprodukt aus heutiger Sicht im Jahresdurchschnitt 1990 mit einem realen Anstieg um 3 % oder mehr gerechnet werden (vgl. Übersicht 3). Hierbei ist unterstellt, daß die Witterung die Außenarbeiten im ersten Quartal stärker beeinträchtigt als 1989 und daß es zu keinen Arbeitskämpfen kommt. Anders als im Vorjahr dürfte die Inlandsnachfrage eher etwas kräftiger als die gesamtwirtschaftliche Produktion zunehmen.

Übersicht 3

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den Jahren 1986 bis 1989 und Eckwerte der Jahresprojektion 1990

	1986	1987 [4]	1988 [4]	1989 [5]	1990 [6]
	— Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % —				
Entstehung des Sozialprodukts					
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980 (BIP)	+ 2,3	+ 1,8	+ 3,7	+ 3,4	+ rd. 3
Erwerbstätige	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,6	+ 1,3	+ rd. 1
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	− 0,7	− 1,0	− 0,2	− 0,8	− ½ bis − 1
BIP je Erwerbstätigen	+ 1,3	+ 1,0	+ 3,0	+ 2,1	+ 1½ bis + 2
BIP je Erwerbstätigenstunde	+ 2,0	+ 2,0	+ 3,2	+ 2,9	+ rd. 2½
nachrichtlich:					
Arbeitslosenquote in % A [1]	*(9,0)*	*(8,9)*	*(8,7)*	*(7,9)*	*(rd. 8)*
B [2]	*(7,9)*	*(7,9)*	*(7,7)*	*(7,1)*	*(rd. 7)*
Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen					
Privater Verbrauch	+ 2,9	+ 4,1	+ 4,0	+ 4,8	+ 5½ bis + 6½
Staatsverbrauch	+ 4,7	+ 3,7	+ 3,7	+ 1,6	+ 2½ bis + 3½
Bruttoanlageinvestitionen	+ 4,6	+ 3,3	+ 7,5	+ 9,9	+ 8 bis + 9
Vorratsveränderung (Mrd. DM)	(+ 1,5)	(+ 5,5)	(+13,7)	(+15,7)	(+ 14 bis + 18)
Inlandsnachfrage	+ 3,7	+ 4,1	+ 5,0	+ 5,3	+ 5½ bis + 6½
Außenbeitrag (Mrd. DM)	(+115,0)	(+112,6)	(+120,6)	(+148,4)	(+148 bis +154)
(in % des BSP)	*(+ 5,9)*	*(+ 5,6)*	*(+ 5,7)*	*(+ 6,6)*	*(+ rd. 6½)*
Bruttosozialprodukt	+ 5,5	+ 3,7	+ 5,2	+ 6,3	+5½ bis +6
In Preisen von 1980					
Privater Verbrauch	+ 3,4	+ 3,5	+ 2,7	+ 1,6	+ 3 bis + 4
Staatsverbrauch	+ 2,6	+ 1,5	+ 2,2	− 0,8	+ ½ bis + 1
Bruttoanlageinvestitionen	+ 3,3	+ 2,2	+ 5,9	+ 6,9	+ 4½ bis + 5½
Ausrüstungen	+ 4,1	+ 5,6	+ 7,5	+ 9,1	+ 7 bis + 8
Bauten	+ 2,7	− 0,3	+ 4,7	+ 5,2	+ 2½ bis + 3½
Inlandsnachfrage	+ 3,5	+ 2,9	+ 3,7	+ 2,3	+ 3 bis + 3½
Ausfuhren	+ 0,0	+ 0,8	+ 5,8	+10,8	+ 5 bis + 6
Einfuhren	+ 3,5	+ 4,8	+ 6,3	+ 6,4	+ 6 bis + 7
Außenbeitrag (in % des BSP)	*(+ 4,2)*	*(+ 3,1)*	*(+ 3,0)*	*(+ 4,5)*	*(+ 4 bis + 4½)*
Bruttosozialprodukt	+ 2,3	+ 1,7	+ 3,6	+ 4,0	+ rd. 3
Preisentwicklung					
Privater Verbrauch	− 0,5	+ 0,6	+ 1,2	+ 3,1	+ rd. 2½
Inlandsnachfrage	+ 0,2	+ 1,1	+ 1,3	+ 2,9	+ rd. 2½
Bruttosozialprodukt	+ 3,1	+ 2,0	+ 1,5	+ 2,2	+ rd. 2½
Verteilung des Volkseinkommens					
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	+ 5,1	+ 4,1	+ 3,9	+ 4,5	+ 4½ bis + 5½
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 9,1	+ 3,2	+ 8,7	+ 8,3	+ 7 bis + 8
Volkseinkommen	+ 6,3	+ 3,8	+ 5,4	+ 5,7	+ 5½ bis + 6
nachrichtlich:					
Bruttolöhne und -gehälter je beschäftigten Arbeitnehmer	+ 3,8	+ 3,0	+ 3,1	+ 3,1	+ 3½ bis + 4
Beschäftigte Arbeitnehmer	+ 1,2	+ 0,9	+ 0,7	+ 1,5	+ 1 bis + 1½
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte [3]	+ 3,9	+ 4,2	+ 4,3	+ 4,4	+ 6½ bis + 7
Sparquote in %	*(12,2)*	*(12,3)*	*(12,6)*	*(12,3)*	*(12½ bis 13)*

[1] Bezogen auf die unselbständigen Erwerbspersonen
[2] Bezogen auf alle Erwerbspersonen
[3] Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit
[4] Vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes
[5] Erstes vorläufiges Ergebnis des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 1990
[6] Jahresprojektion

Anhaltend kräftiger Beschäftigungsanstieg

90. Das Wirtschaftswachstum ist zuletzt erheblich beschäftigungswirksamer geworden. Weitgehend voller Einsatz der in den Betrieben vorhandenen Arbeitskräftereserven, für die das niedrige Niveau der Kurzarbeit ein Anzeichen ist, und die relative Verbilligung des Faktors Arbeit dürften hierfür die Hauptrolle spielen. Trotz der erwarteten leichten Wachstumsabschwächung wird sich daher der Beschäftigungsanstieg auch 1990 zügig fortsetzen. Er kann im Jahresdurchschnitt auf mehr als 1 % oder rd. 300 000 Erwerbstätige veranschlagt werden. Neben einer fortgesetzten Ausweitung des Arbeitsplatzangebots in den Dienstleistungsberufen dürfte es vor allem im Verarbeitenden Gewerbe und aufgrund der starken Nachfrage auch im Baubereich zu einer steigenden Beschäftigung kommen.

Angesichts der dramatischen Veränderungen in den letzten Monaten in der DDR sowie in Mittel-, Ost- und Südosteuropa kann heute dagegen niemand die Frage beantworten, ob die Zunahme des Erwerbspersonenangebots wie im Vorjahr die Arbeitskräftenachfrage unterschreitet und damit zu einer abnehmenden Arbeitslosenzahl führt oder nicht.

Aufgrund der überdurchschnittlich hohen Mobilität der Aus- und Übersiedler und ihrer in der Regel ausgeprägten Leistungsbereitschaft dürften sie den in Teilbereichen immer deutlicher werdenden Mangel an Fach- und Hilfskräften lindern helfen. Sie treffen auf ein Arbeitsplatzangebot, das bisher aus dem Bestand registrierter Arbeitsloser aus räumlichen, fachlichen und anderen Gründen nicht befriedigt werden konnte. Insoweit werden die Wachstumsmöglichkeiten und mittelfristig damit auch die Aussichten für den Arbeitsmarkt verbessert.

Das Angebot an heimischen Kräften nimmt dagegen inzwischen ab. Einer weiter steigenden Erwerbsneigung der Frauen steht die ungünstiger werdende Altersstruktur der hier ansässigen Bevölkerung gegenüber. Ohne die Zuwanderung von Ausländern und von Deutschen aus der DDR sowie aus Mittel-, Ost- und Südosteuropa würde daher das Angebot an Erwerbspersonen sinken.

Unter der Voraussetzung, daß die Zuwanderung geringer als im Vorjahr ausfällt, könnte insgesamt die Arbeitslosigkeit bei weiter kräftig steigender Arbeitskräftenachfrage 1990 in etwa unverändert bleiben.

Niedrigerer Verbraucherpreisanstieg

91. Mit dem wieder höheren Preisanstieg im letzten Jahr hat die Sorge zugenommen, die Phase relativ großer Stabilität könne zu Ende sein. Begründet wird diese Sorge mit den weitgehend ausgelasteten Kapazitäten, die bei hoher Nachfrage zusätzliche Preiserhöhungsspielräume eröffnen und der Möglichkeit eines zunehmenden internen Kostendrucks, der sich von verstärkt steigenden Lohnstückkosten her ergeben könnte. Vielfach wird jedoch dabei übersehen, daß sich die Preisentwicklung — insbesondere auf den vorgelagerten Stufen — in jüngster Zeit wieder deutlich beruhigt hat, nachdem es zu Beginn letzten Jahres durch die Verbrauchsteuererhöhungen und vorübergehend stark anziehende Einfuhrpreise zu einer deutlichen Beschleunigung gekommen war. Beides wird dazu führen, daß der Verbraucherpreisanstieg zu Beginn dieses Jahres zunächst einmal geringer ausfallen wird. Eine wieder festere Bewertung der D-Mark könnte diesen Prozeß unterstützen.

Es bleibt aber die Sorge, daß die Tariflohnvereinbarungen — in den letzten Jahren wesentliche Grundlage für einen niedrigen internen Preisanstieg — den Pfad moderater Abschlüsse verlassen und so zu einer Beschleunigung des internen Kostendrucks beitragen. In der derzeitigen konjunkturellen Situation besteht die Gefahr, daß Unternehmen höhere Kosten sehr rasch in den Preisen weitergeben werden. Dabei dürfen die Signalwirkungen, die von Preiserhöhungen in einzelnen Branchen auf die Gesamtwirtschaft ausgehen, nicht übersehen werden. Dies könnte wiederum die Bereitschaft der Arbeitnehmer dämpfen, stabilitätsgerechte Lohnabschlüsse zu akzeptieren, weil sie sich um die Früchte dieser Politik gebracht sehen.

Unternehmen und Tarifvertragsparteien kommt daher für die weitere Preisentwicklung ein hohes Maß an wirtschaftspolitischer Verantwortung zu. Zur Sicherung der Wachstums- und Beschäftigungsmöglichkeiten sollten sie nicht jeden konjunkturbedingt möglichen Preis- und Lohnerhöhungsspielraum ausnutzen. In vielen Bereichen sind inzwischen die Ertragspolster so hoch, daß eine weitere Ausweitung der Gewinnmargen über Preisanhebungen mehr Risiken für die längerfristige Entwicklung mit sich bringen kann als Vorteile. Bei verantwortungsvollem Verhalten aller Beteiligten besteht dagegen eine große Chance, den Anstieg der Verbraucherpreise 1990 auf etwa 2½ % zu begrenzen.

Außenwirtschaftliche Überschüsse

92. Nachdem sich 1986 bis 1988 als Folge des überproportionalen Wachstums der Inlandsnachfrage der Anteil des Außenbeitrags am Bruttosozialprodukt real fast halbiert hatte, ist es im vergangenen Jahr wieder zu einem kräftigen Anstieg gekommen. Die Ausfuhr hat also erheblich stärker als die Einfuhr expandiert. Trotz eines überdurchschnittlichen Einfuhrpreisanstiegs entstand daher eine erhebliche Ausweitung des Handelsbilanzüberschusses. Steigende Kapitalerträge aus dem Ausland taten ein übriges. Die Leistungsbilanz aktivierte sich dabei deutlich, wobei dies eindeutig auf die innereuropäische Entwicklung zurückzuführen ist (vgl. Ziffer 80).

Der starke Exportanstieg zeugt einmal von einer hohen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Er ist aber zunehmend auch Ausdruck der konjunkturellen Überhitzung in mehreren europäischen Partnerländern, die sich in einem starken Importsog nach Investitionsgütern bemerkbar gemacht hat.

Die Konstellation in einem Teil dieser Länder — mit zum Teil hohen Haushalts- und Leistungsbilanzdefiziten sowie überdurchschnittlich steigenden Preisen — führt bei weitgehend konstanten Wechselkursen zu einer Verschärfung der Ungleichgewichtssituation in

Europa. Solange Leistungsbilanzdivergenzen zu investiv genutzten Kapitalströmen führen, besteht kein wirtschaftspolitisches Problem. Tatsächlich haben aber nicht so sehr Unterschiede in der Rentabilität der Investitionen, sondern ein Zinsgefälle zu diesen Kapitalbewegungen geführt; bei festen Wechselkurserwartungen genügen bereits geringe Zinsunterschiede für die Richtung der Kapitalströme.

Mit nachlassenden konjunkturellen Überhitzungserscheinungen in den Partnerländern und Einebnung der Zinsdifferenzen wird sich ein Teil der Ungleichgewichte von selbst zurückbilden. Zu berücksichtigen ist dabei die wieder verstärkte Inlandsnachfrage in der Bundesrepublik Deutschland, die einen höheren Importbedarf auslöst. Von daher wird die Überschußbildung im Warenhandel nachlassen; im Verlauf dieses Jahres kann sie sogar zurückgehen. Allerdings üben steigende Kapitalerträge aufgrund der hohen und noch wachsenden deutschen Auslandsvermögensposition zunehmend Einfluß auf die Leistungsbilanz aus.

Insgesamt könnte sich für den Jahresdurchschnitt 1990 noch eine moderate Zunahme des Leistungsbilanzüberschusses ergeben; dieser dürfte jedoch die Größenordnung von rd. 4½ % des Bruttosozialprodukts nicht überschreiten.

Anlage

A. Rückblick auf die Jahresprojektion 1989[1]) sowie die tatsächlich eingetretene Entwicklung

1. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ist 1989 — wie schon im Jahr zuvor — erheblich günstiger verlaufen, als vor Jahresfrist allgemein erwartet worden war. Das Prognosespektrum für das reale Wachstum des Bruttosozialprodukts reichte damals von 1½ bis 2½ %; die Jahresprojektion der Bundesregierung gehörte mit 2½ % seinerzeit zu den optimistischen Setzungen.

Tatsächlich nahm das *Bruttosozialprodukt* 1989 gegenüber 1988 nach den ersten vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes real um 4,0 % zu. Die gesamtwirtschaftliche Produktion im Inland, die im *Bruttoinlandsprodukt* zum Ausdruck kommt, nahm real um 3,4 % zu. Ursächlich für die Differenz war ein ungewöhnlich kräftiger Anstieg der Nettoerwerbs- und Vermögenseinkommen aus dem Ausland.

Während die reale Zunahme der *Inlandsnachfrage* mit 2,3 % insgesamt in etwa zutreffend vorausgeschätzt worden war (Jahresprojektion: rd. 2½ %), sind die Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen und damit auch der Außenbeitrag erheblich stärker gestiegen als vor Jahresfrist erwartet.

Innerhalb der Inlandsnachfrage kam es zu größeren Verschiebungen in der Verwendungsstruktur gegenüber den Projektionsansätzen. Einerseits stieg der Verbrauch weniger; die Investitionstätigkeit fiel dagegen erheblich dynamischer aus.

Während die reale Zunahme des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte mit knapp 1½ % richtig vorausgeschätzt worden war, ging die Sparquote weniger stark zurück als vor einem Jahr unterstellt wurde. Die reale Zunahme des *Privaten Verbrauchs* betrug daher nur 1,6 % (Jahresprojektion: + 2 bis + 2½ %). Der *Staatsverbrauch* verringerte sich real um 0,8 %, in der Jahresprojektion war von einem Anstieg um 1 % ausgegangen worden. Ursache dafür waren vor allem die Maßnahmen im Rahmen der Gesundheitsstrukturreform, die bereits im ersten Jahr ihrer Wirksamkeit zu größeren Einsparungen führten, als vor Jahresfrist angenommen wurde.

Die *Anlageinvestitionen* nahmen dagegen mit real 6,9 % erheblich kräftiger zu (Jahresprojektion: + 3 bis + 4 %). Die *Ausrüstungsinvestitionen,* die real um 9,1 % höher als 1988 lagen (Jahresprojektion: + 5½ bis + 6½ %), wurden von den fortgesetzt guten Investitionsbedingungen, einer hohen Kapazitätsauslastung und der dynamischen Gesamtnachfrage begünstigt. Auch die *Bauinvestitionen* erhöhten sich mit 5,2 % deutlich stärker als erwartet (Jahresprojektion: + 1½ bis + 2½ %); zu dieser Expansion trug nicht unerheblich die extrem milde Witterung zu Jahresbeginn bei, die nicht absehbar war.

[1]) Jahreswirtschaftsbericht 1989 der Bundesregierung (Drucksache 11/3917)

Die Investitionstätigkeit ist in allen Bereichen erheblich dynamischer ausgefallen als angenommen. Am kräftigsten war der Anstieg im Unternehmenssektor mit 8,2 % (Jahresprojektion: + 4 bis + 6 %). Auch die Wohnungsbauinvestitionen haben mit real 5,3 % (Jahresprojektion: + 1½ bis + 2½ %) erheblich mehr zugelegt. Die Zunahme der öffentlichen Investitionen war mit real + 4,0 % (Jahresprojektion: + rd. 1 %) wesentlich ausgeprägter als erwartet.

Aufgrund der hohen Endnachfrage war die *Vorratsbildung* 1989 nach den ersten Schätzungen nur geringfügig höher als im Jahr zuvor, so daß diesmal der Wachstumsimpuls von der Aufstockung der Lager — wie es auch erwartet worden war — gering blieb. Für den weiteren Wirtschaftsablauf ist es dabei wichtig, daß es im allgemeinen zu keiner unfreiwilligen Aufstockung von Vorräten kam.

Mit 10,8 % übertraf die reale Zunahme der *Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen* die Annahmen der Projektion (+ 4 bis + 5 %) sehr deutlich. Dies hat mannigfaltige Gründe. So ging der Anstieg des Welthandels über die ursprünglichen Vorstellungen hinaus; insbesondere die deutschen Exportmärkte in Europa expandierten kräftiger. Hinzu kommt, daß sich die Wettbewerbsposition der deutschen Exporteure bei geringem internen Kostenanstieg auch durch die reale Abwertung der D-Mark verbessert hat. Dies führte zu Marktanteilsgewinnen im Außenhandel. Außerdem haben die Dienstleistungseinnahmen noch kräftiger als die Warenausfuhr expandiert. So ergab sich der eingangs erwähnte Anstieg der Nettoerwerbs- und Vermögenseinkommen aus dem Ausland um rd. ½ %-Punkt des Bruttosozialprodukts in erster Linie aufgrund sprunghaft beschleunigter Einnahmen aus Kapitalerträgen. Ursächlich hierfür waren die sich als Folge der Leistungsbilanzüberschüsse seit 1982 rasch und in jüngster Zeit beschleunigt aktivierende Vermögensposition gegenüber dem Ausland sowie offensichtlich steigende Zins- und Dividendensätze auf diese höheren Nettoforderungen.

Insbesondere die stärker gestiegene Gesamtnachfrage schlug sich in einer mit real 6,4 % höheren Steigerungsrate bei den *Einfuhren von Waren und Dienstleistungen* nieder (Jahresprojektion: + 4½ bis + 5½ %). Aufgrund des ungleich kräftigeren Anstiegs der Ausfuhren als der Einfuhren ergab sich wieder ein fühlbarer realer Anstieg des Außenbeitrags, sein Wachstumsbeitrag belief sich auf real 1,7 % des Bruttosozialprodukts. In der Jahresprojektion war von einem unveränderten Saldo des realen Waren- und Dienstleistungsaustausches mit dem Ausland ausgegangen worden. Nachdem der Außenbeitrag real zwischen 1985 und 1988 von 5,4 % auf 3,0 % des Bruttosozialprodukts gefallen war, stieg sein Anteil im vergangenen Jahr wieder auf 4,5 %.

2. Das höhere Wirtschaftswachstum schlug sich in einer kräftigeren Ausweitung der Beschäftigung nieder. Die *Produktivitätszunahme* (hier: Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen) entsprach mit 2,1 % den Erwartungen der Jahresprojektion (+ rd. 2 %). Die *Zunahme der Erwerbstätigenzahl* belief sich dagegen auf 1,3 % statt der projektierten + rd. ½ %. Im Jahres-

durchschnitt waren damit 343 000 Erwerbstätige mehr als 1988 beschäftigt. Im Verlauf war der Anstieg noch kräftiger; das Statistische Bundesamt rechnet für das Jahresende mit einem um rd. 360 000 höheren Beschäftigungsstand als vor einem Jahr. Die stärksten Beschäftigungszuwächse wurden im Verarbeitenden Gewerbe und in den Dienstleistungsbereichen registriert. Die im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zugrundegelegten Erwerbstätigenzahlen konnten dabei noch nicht vollständig an die Ergebnisse der Volkszählung angepaßt werden; dies wird erst im Frühjahr dieses Jahres der Fall sein.

Trotz eines insbesondere in der zweiten Jahreshälfte 1989 verstärkten Zustroms von Übersiedlern aus der DDR sowie von Aussiedlern aus Mittel-, Ost- und Südosteuropa hat das gesamte registrierte Erwerbspersonenangebot mit rd. 140 000 erheblich schwächer zugenommen als die Arbeitskräftenachfrage und kaum stärker als in der Jahresprojektion unterstellt. Die demographische Entwicklung, über Jahre hinweg Ursache des steigenden Erwerbspersonenangebots, hat sich offensichtlich umgekehrt. Infolgedessen ist die *Arbeitslosenzahl* im Jahresdurchschnitt um gut 200 000 niedriger ausgefallen als 1988. In der Jahresprojektion war wegen des niedriger veranschlagten Beschäftigungsanstiegs auch mit einem geringeren Rückgang der Arbeitslosenzahlen gerechnet worden. Gegen Jahresende machte sich allerdings eine starke Belastung des Arbeitsmarktes insbesondere durch den sprunghaften Anstieg von Zuwanderern bemerkbar.

3. Die Preisentwicklung ging 1989 etwas über die Vorstellungen in der Projektion hinaus. Dies lag jedoch nicht an einer stärkeren inländischen Kostenentwicklung. Die Lohnkosten je Produkteinheit nahmen jedenfalls wie erwartet abermals um weniger als 1 % zu. Auf die Inlandspreisentwicklung wirkte vielmehr ein besonders in der ersten Jahreshälfte deutlich stärkerer Einfuhrpreisanstieg (+ 5,0 %, Jahresprojektion: 2½ %) ein. Zudem wurden mögliche Preiserhöhungsspielräume in Bereichen mit hoher Kapazitätsauslastung und günstiger Nachfragesituation zunehmend genutzt; so haben zum Beispiel die Baupreise deutlicher angezogen. Die *Verbraucherpreise* in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung stiegen um 3,1 %, der jetzt von den Verbrauchsverhältnissen des Jahres 1985 ausgehende Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte nahm um 2,8 % zu. In der Jahresprojektion war ein Anstieg von 2 bis 2½ % unterstellt worden.

Der *Preisindex des Bruttosozialprodukts*, auf den die Einfuhrpreise unmittelbar keinen Einfluß haben — er mißt die Verteuerung der inländischen Wertschöpfung —, nahm mit 2,2 % im Rahmen der Projektionserwartung (+ rd. 2 %) zu.

4. Dieser kaum höhere gesamtwirtschaftliche Preisanstieg führte zusammen mit dem deutlich kräftigeren realen Wachstum zu einem *nominalen Anstieg des Bruttosozialprodukts*, der mit 6,3 % die Vorstellungen der Jahresprojektion (+ rd. 4½ %) erheblich übertraf.

Während sich in dem — verglichen mit den Projektionsansätzen — kräftigeren Anstieg der nominalen Inlandsnachfrage um 5,3 % (Jahresprojektion: + rd. 4½ %) ausschließlich der höhere inländische Preisanstieg niedergeschlagen hat, kam es aufgrund der geschilderten boomartigen realen Exportentwicklung, einschl. der Kapitalerträge aus dem Ausland, zu einer deutlichen *Ausweitung des nominalen Außenbeitrags*. Dies ist umso bemerkenswerter, als sich gleichzeitig die terms of trade stärker als erwartet verschlechterten. Der nominale Außenbeitrag stieg um 28 Mrd. DM auf 148,4 Mrd. DM oder 6,6 % des Bruttosozialprodukts. In der Jahresprojektion war nur von einem geringfügigen Anstieg und einem konstanten Anteil am Bruttosozialprodukt von 5½ % ausgegangen worden. Der *Leistungsbilanzüberschuß* betrug rd. 4½ % des Sozialprodukts.

5. Aufgrund der erheblich kräftigeren Erhöhung des nominalen Bruttosozialprodukts war auch die Zunahme des *Volkseinkommens* mit 5,7 % deutlich höher als erwartet (+ rd. 4 %). Dies schlug sich einmal in einer mit 3,1 % höheren Steigerung der *Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer* (Jahresprojektion: + rd. 2½ %), zum anderen in der erwähnten deutlicheren Ausweitung der Beschäftigung nieder. Zusammengenommen haben die *Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit* daher mit 4,5 % deutlich schneller als unterstellt (+ 3 bis + 3½ %) zugenommen. Der Anstieg der *Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen* ging mit 8,3 % freilich erheblich darüber hinaus.

6. Die Ausweitung der Ausgaben von Gebietskörperschaften und Sozialversicherung blieb mit 2,2 % noch unterhalb der vor einem Jahr erwarteten Marge (+ 2½ bis + 3½ %). Auch der Staatsverbrauch unterschritt mit 1,6 % noch die untere Marke der Projektionsspanne (+ 2 bis + 2½ %), wobei hier die Kosteneinsparungen im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung ausschlaggebend waren. Die Zunahme der *Einkommens- und Vermögensübertragungen* blieb wegen gesunkener Subventionen mit 2,3 % ebenfalls hinter den Projektionsannahmen (+ 3 bis + 4 %) zurück. Dagegen war der Anstieg der *öffentlichen Investitionen* mit 7,0 % deutlich stärker als erwartet (+ 2½ bis + 3½ %).

Die dynamischere Wirtschaftstätigkeit führte zu einer erheblich günstigeren Entwicklung der *Steuereinnahmen* (+ 9,1 %; Jahresprojektion: + 6½ bis + 7½ %) sowie der *Sozialbeiträge* (+ 4,7 %; Jahresprojektion: + 2½ bis + 3½ %). Die *sonstigen Einnahmen* blieben mit +13,6 % etwas unter den Erwartungen (+ 16 bis + 18 %). Insgesamt belief sich damit die Zunahme der *staatlichen Einnahmen* auf 7,7 % (Jahresprojektion: + 5½ bis + 6½ %).

Aufgrund der sehr viel günstigeren Einnahmesituation hat sich die *Finanzierungsposition* des Gesamtstaats noch erheblich stärker als erwartet verbessert. Statt einer Rückführung des öffentlichen Defizits um rd. 30 Mrd. DM auf rd. ½ % des Bruttosozialprodukts ergab sich in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ein positiver Swing beim öffentlichen Finanzierungssaldo von über 50 Mrd.DM. Erstmals wieder nach 1973 wurde damit ein *Überschuß der Einnahmen über die Ausgaben* festgestellt, und zwar von 5,6 Mrd.DM. Während sich dabei das Defizit bei den Gebietskörperschaften um rd. 36 Mrd. DM abbaute, weitete sich der Überschuß im Sozialver-

sicherungsbereich um rd. 15 Mrd. DM aus. Dies ist im wesentlichen eine Folge der Gesundheitsstrukturreform; aber auch eine höhere Rücklagenbildung in der Rentenversicherung trug dazu bei.

7. Neben diesem geringen *Finanzierungsüberschuß* des Staates war trotz leicht gesunkener Sparquote ein etwas höheres Mittelaufkommen der privaten Haushalte zu verzeichnen. Dieses wurde zum einen vermehrt von den Unternehmen und der Wohnungswirtschaft genutzt, deren Finanzierungsbedarf aufgrund der erheblich verstärkten Investitionstätigkeit bei weiterhin günstigen Selbstfinanzierungsbedingungen zunahm. Insgesamt kam es dennoch zu einem kräftigen Überschuß der inländischen Geldvermögensbildung über die Investitionen und damit zu einem entsprechenden Forderungsaufbau gegenüber der übrigen Welt.

Internationaler Vergleich ausgewählter Wirtschaftsdaten

	1985	1986	1987	1988	1989[4]	1985	1986	1987	1988	1989[4]
	Wirtschaftswachstum[1] Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					Verbraucherpreise[2] Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Bundesrepublik Deutschland	+ 1,9	+ 2,3	+ 1,7	+ 3,6	+ 4,0	+ 2,0	− 0,1	+ 0,2	+ 1,3	+ 2,8
USA	+ 3,4	+ 2,7	+ 3,7	+ 4,4	+ 3,0	+ 3,5	+ 1,9	+ 3,7	+ 4,1	+ 4,5
Japan	+ 4,9	+ 2,5	+ 4,5	+ 5,7	+ 4,8	+ 2,0	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,7	+ 1,7
Frankreich	+ 1,9	+ 2,3	+ 1,9	+ 3,4	+ 3,4	+ 5,8	+ 2,7	+ 3,1	+ 2,7	+ 3,4
Großbritannien	+ 3,7	+ 3,4	+ 4,7	+ 4,2	+ 2,3	+ 6,1	+ 3,4	+ 4,2	+ 4,9	+ 5,7
Italien	+ 2,6	+ 2,5	+ 3,0	+ 3,9	+ 3,3	+ 9,2	+ 5,9	+ 4,7	+ 5,0	+ 6,1
Kanada	+ 4,8	+ 3,1	+ 4,5	+ 5,0	+ 2,9	+ 4,0	+ 4,2	+ 4,4	+ 4,0	+ 4,8
Spanien	+ 2,3	+ 3,3	+ 5,5	+ 5,0	+ 4,9	+ 8,8	+ 8,8	+ 5,2	+ 4,8	+ 6,7
Niederlande	+ 2,6	+ 2,0	+ 1,1	+ 2,9	+ 4,2	+ 2,2	+ 0,1	− 0,7	+ 0,7	+ 1,5
Schweden	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,1	+ 7,4	+ 4,3	+ 4,2	+ 5,8	+ 6,6
Schweiz	+ 4,1	+ 2,8	+ 2,3	+ 3,0	+ 3,0	+ 3,4	+ 0,7	+ 1,5	+ 1,8	+ 3,3
Belgien	+ 0,9	+ 1,8	+ 2,0	+ 4,3	+ 4,5	+ 4,9	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,2	+ 3,3
Österreich	+ 2,5	+ 1,1	+ 1,9	+ 4,2	+ 4,2	+ 3,2	+ 1,7	+ 1,4	+ 2,0	+ 2,8
Dänemark	+ 4,3	+ 3,1	− 0,7	− 0,4	+ 1,4	+ 4,7	+ 3,6	+ 4,0	+ 4,6	+ 4,8
Finnland	+ 3,3	+ 2,8	+ 3,3	+ 5,2	+ 4,6	+ 5,9	+ 2,9	+ 4,1	+ 5,1	+ 6,2
Norwegen	+ 5,3	+ 4,2	+ 3,4	+ 2,3	+ 5,8	+ 5,7	+ 7,2	+ 8,7	+ 6,7	+ 4,7
OECD-Länder insgesamt	+ 3,4	+ 2,6	+ 3,5	+ 4,4	+ 3,6	+ 4,5	+ 2,7	+ 3,3	+ 3,7	+ 4,4
	Arbeitslose[3] in % aller Erwerbspersonen					Leistungsbilanz in % des BSP bzw. BIP				
Bundesrepublik Deutschland	8,2	7,9	7,9	7,7	7,1	2,6	4,4	4,0	4,0	rd. 4½
USA	7,2	7,0	6,2	5,5	5,2	− 2,8	− 3,1	− 3,2	− 2,6	− 2,3
Japan	2,6	2,8	2,8	2,5	2,3	3,7	4,4	3,6	2,8	2,2
Frankreich	10,2	10,4	10,5	10,0	9,5	− 0,1	0,3	− 0,5	− 0,4	− 0,4
Großbritannien	11,6	11,8	10,4	8,2	6,5	0,9	0	− 0,7	− 3,1	− 3,9
Italien	10,2	11,2	12,1	12,2	12,0	− 0,9	0,4	− 0,2	− 0,7	− 1,4
Kanada	10,5	9,5	8,8	7,8	7,5	− 0,4	− 2,1	− 1,7	− 1,7	− 2,5
Spanien	21,5	21,0	20,5	19,5	17,3	1,7	1,7	0	− 1,1	− 3,0
Niederlande	14,2	13,2	8,7	8,3	7,6	4,1	2,6	1,3	2,2	2,3
Schweden	2,4	2,2	1,9	1,6	1,3	− 1,7	0,1	− 0,7	− 1,4	− 2,0
Schweiz	0,8	0,7	0,7	0,7	0,6	5,4	5,1	4,3	4,6	3,9
Belgien	12,0	11,3	11,1	10,0	9,1	0,8	2,7	2,0	2,3	2,3
Österreich	3,6	3,1	3,8	3,6	3,4	− 0,2	0,3	− 0,2	− 0,2	− 0,2
Dänemark	9,0	7,8	7,8	8,6	9,4	− 4,6	− 5,5	− 3,0	− 1,7	− 1,5
Finnland	5,1	5,4	5,1	4,6	3,5	− 1,3	− 1,1	− 2,0	− 2,9	− 3,6
Norwegen	2,6	2,0	2,1	3,2	5,1	5,3	− 6,4	− 4,9	− 4,0	1,9
OECD-Länder insgesamt	8,1	8,0	7,6	7,0	6,6	− 0,6	− 0,1	− 0,3	− 0,4	− 0,6

[1] Bruttosozialprodukt bzw. Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen
[2] Für 1989 Deflator des Privaten Verbrauchs, für die Bundesrepublik Preisindex für die Lebenshaltung aller Privaten Haushalte
[3] Nationale Definition der Arbeitslosen
[4] Schätzungen der OECD, für Bundesrepublik Deutschland amtliche Angaben bzw. eigene Berechnungen
Quellen: OECD, für Bundesrepublik Deutschland nationale Quellen

Gegenüberstellung der tatsächlichen Entwicklung im Jahre 1989 mit der Jahresprojektion der Bundesregierung

	Jahresprojektion	tatsächliche Entwicklung [5]
	— Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % —	
Entstehung des Sozialprodukts		
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980 (BIP)	+ rd. 2½	+ 3,4
Erwerbstätige	+ rd. ½	+ 1,3
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	− ½ bis − 1	− 0,8
BIP je Erwerbstätigen	+ rd. 2	+ 2,1
BIP je Erwerbstätigenstunde	+ rd. 2½	+ 2,9
nachrichtlich:		
Arbeitslosenquote in % A [1]	*(rd. 8½)*	*(7,9)*
B [2]	*(rd. 7½)*	*(7,1)*
Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen		
Privater Verbrauch	+ 4 bis + 5	+ 4,8
Staatsverbrauch	+ 2 bis + 2½	+ 1,6
Bruttoanlageinvestitionen	+ 5 bis + 7	+ 9,9
Vorratsveränderung (Mrd. DM)	(+13 bis + 17) [4]	(+ 15,7)
Inlandsnachfrage	+ rd. 4½	+ 5,3
Außenbeitrag (Mrd. DM)	(+124 bis + 128)	(+148,4)
(in % des BSP)	*(+ rd. 5½)*	*(+ 6,6)*
Bruttosozialprodukt	+ rd. 4½	+ 6,3
In Preisen von 1980		
Privater Verbrauch	+ 2 bis + 2½	+ 1,6
Staatsverbrauch	+ rd. 1	− 0,8
Bruttoanlageinvestitionen	+ 3 bis + 4	+ 6,9
Ausrüstungen	+ 5½ bis + 6½	+ 9,1
Bauten	+ 1½ bis + 2½	+ 5,2
Inlandsnachfrage	+ rd. 2½	+ 2,3
Ausfuhren	+ 4 bis + 5	+ 10,8
Einfuhren	+ 4½ bis + 5½	+ 6,4
Außenbeitrag (in % des BSP)	*(+ rd. 3)* [4]	*(+ 4,5)*
Bruttosozialprodukt	+ rd. 2½	+ 4,0
Preisentwicklung		
Privater Verbrauch	+ 2 bis 2½	+ 3,1
Inlandsnachfrage	+ rd. 2	+ 2,9
Bruttosozialprodukt	+ rd. 2	+ 2,2
Verteilung des Volkseinkommens		
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	+ 3 bis + 3½	+ 4,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 5 bis + 6	+ 8,3
Volkseinkommen	+ rd. 4	+ 5,7
nachrichtlich:		
Bruttolöhne- und -gehälter je beschäftigten Arbeitnehmer	+ rd. 2½	+ 3,1
Beschäftigte Arbeitnehmer	+ ½ bis + 1	+ 1,5
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte [3]	+ 3 bis + 4	+ 4,4
Sparquote in %	*(11¾)* [4]	*(12,3)*

[1] Bezogen auf die unselbständigen Erwerbspersonen
[2] Bezogen auf alle Erwerbspersonen
[3] Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit
[4] Angepaßt an die inzwischen revidierten Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes für 1988
[5] Erstes vorläufiges Ergebnis des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 1990

Einnahmen und Ausgaben des Staatssektors im Jahre 1989

(in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung)

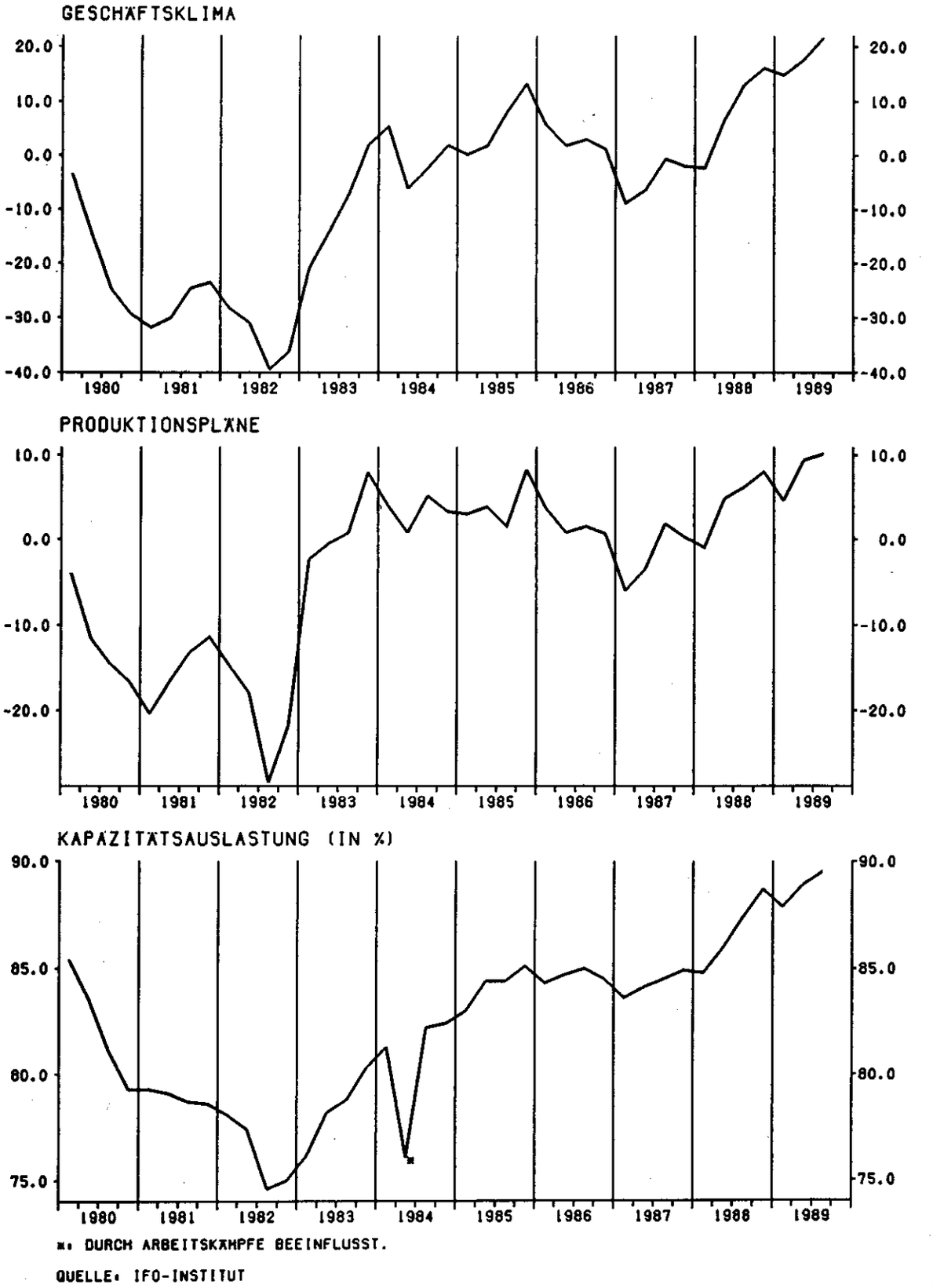
	Jahresprojektion der Bundesregierung	Tatsächliche Entwicklung[4]
	— Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % —	
Einnahmen		
Steuern	+ 6½ bis + 7½	+ 9,1
Sozialbeiträge[1]	+ 2½ bis + 3½	+ 4,7
Sonstige Einnahmen	+16 bis +18	+13,6
Einnahmen insgesamt	+ 5½ bis + 6½	+ 7,7
Ausgaben		
Staatsverbrauch	+ 2 bis + 2½	+ 1,6
Einkommens- und Vermögensübertragungen[2]	+ 3 bis + 4	+ 2,3
Investitionen	+ 2½ bis + 3½	+ 7,0
Ausgaben insgesamt	+ 2½ bis + 3½	+ 2,2
Finanzierungssaldo Mrd. DM	−14 bis −18[3]	+ 5,6
(in % des BSP)	*(−rd. ½)*	*(+ 0,2)*

[1]) Einschließlich Beiträge an einen unterstellten Pensionsfonds
[2]) Einschließlich Zinsen
[3]) Angepaßt an die inzwischen revidierten Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes für 1988
[4]) Erstes vorläufiges Ergebnis des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 1990

Schaubild 9

Verarbeitendes Gewerbe

(ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe) saisonbereinigt



B. Jahresprojektion 1990

8. Die Bundesregierung ist mit dem Sachverständigenrat und den meisten anderen Beobachtern darin einig, daß es mit der deutschen Wirtschaft 1990 weiter klar bergauf geht (Ziffer 202 JG). Die Auftriebskräfte werden sich dabei von der Auslandsnachfrage auf die Inlandsnachfrage verlagern. Aufgrund der dritten Stufe der Steuerreform werden insbesondere die Investitionen der Unternehmen und der Private Verbrauch zu einer kräftigeren Binnennachfrage beitragen. Bei nur noch geringen Produktivitätsreserven dürfte die Ausweitung des Beschäftigungsstandes zügig voranschreiten und so den insbesondere durch Aus- und Übersiedler bewirkten starken Zuwachs des Erwerbspersonenangebots weitgehend absorbieren. Trotz zunehmender Spannungen und Risiken sind die Chancen nicht schlecht, daß der Preisanstieg auf der Verbraucherstufe niedriger ausfällt als im Vorjahr. Bei allenfalls noch leicht steigenden außenwirtschaftlichen Überschüssen eröffnen sich im Verlauf des Jahres Perspektiven für eine Tendenzumkehr in Richtung einer ausgewogeneren Zahlungsbilanz.

In der Einschätzung der Aussichten für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in diesem Jahr gibt es zwischen den vom Herbst 1989 bis Anfang dieses Jahres veröffentlichten Prognosen nur relativ geringe Unterschiede. Für das reale Wachstum des Bruttosozialprodukts reicht die Spanne von 3 bis 3½%. Damit stimmen alle überein, daß die Expansion ungebrochen fortdauern wird. Die relativ geringfügigen Differenzen in den Einschätzungen sind im wesentlichen auf unterschiedliche Ansätze für die Exporte und die Bautätigkeit zurückzuführen, die wiederum durch die Wechselkursannahmen bzw. die unterstellte Witterung beeinflußt sind. In der Jahresprojektion wurde davon ausgegangen, daß die Witterung im ersten Quartal nicht so mild wie im vergangenen Jahr ausfällt.

Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen müssen die ihnen zugrundeliegenden Annahmen und Bedingungen als feste Größen einbauen, auch wenn der Bedingungsrahmen zum Zeitpunkt der Aufstellung der Prognosen alles andere als sicher ist. So haben sich mit dem starken Zustrom von Zuwanderern, vielleicht mehr noch durch die sich abzeichnenden politischen und wirtschaftlichen Umwälzungen in der DDR sowie in Mittel-, Ost- und Südosteuropa, für dieses Jahr und darüber hinaus die Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland erheblich verändert. Zur Zeit kann niemand sagen, wie stark der Bevölkerungszustrom in diesem Jahr tatsächlich ausfallen wird oder wie hoch die Impulse zu beziffern sein könnten, die sich durch eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Ost und West ergeben werden.

Allein der Bevölkerungszuwachs schlägt sich bereits erheblich in den gesamtwirtschaftlichen Aggregaten nieder, denn Nachfrage- und Produktionsdaten hängen auch vom Bevölkerungsstand bzw. seiner -entwicklung ab. In der Jahresprojektion wurde von einem deutlich verringerten Zustrom von Aus- und Übersiedlern im Vergleich zum Vorjahr ausgegangen, als rd. 720 000 Deutsche aus der DDR sowie aus Mittel-, Ost- und Südosteuropa zuzogen. Eine wesentlich höhere oder niedrigere Zahl würde für das gesamtwirtschaftliche Produktionswachstum und den Arbeitsmarkt zu anderen Größenordnungen führen, als sie hier zugrundegelegt worden sind.

Im übrigen geht die Jahresprojektion, ähnlich wie der Sachverständigenrat, von folgenden Annahmen aus:

- Der Wachstumspfad in den Industrieländern und die Zunahme des Welthandels flachen sich etwas ab
- Die Finanzpolitik wirkt in den meisten Staaten konjunkturdämpfend, in der Bundesrepublik Deutschland gehen dagegen von der Steuersenkung expansive Impulse aus
- Die Geldpolitik behält fast überall ihren auf Begrenzung der Preiserhöhungsspielräume ausgerichteten Kurs bei, das Geldmengenziel der Bundesbank wird eingehalten
- Devisenmarktturbulenzen bleiben aus; nach der lange Zeit schwachen Bewertung notiert die D-Mark real gegenüber dem Durchschnitt der Währungen der Handelspartner etwas höher
- Rohstoff- und Ölpreise orientieren sich bei leicht nachlassender Nachfrage an ausgeglichenen Marktverhältnissen
- Neu auszuhandelnde Lohntarifverträge führen zu etwas stärkeren Lohnanhebungen als in den letzten Jahren, halten aber Kontakt zum Verteilungsspielraum; Arbeitskämpfe wurden nicht unterstellt.

9. Die außenwirtschaftliche Dynamik, die im vergangenen Jahr die kräftige Aufwärtsentwicklung der deutschen Wirtschaft in erheblichem Maße mitgetragen hat, dürfte 1990 etwas an Kraft verlieren. In Folge monetärer Stabilisierungsbemühungen und des erreichten hohen Kapazitätsauslastungsgrads wird allgemein eine Verlangsamung des weltwirtschaftlichen Expansionstempos erwartet. Der Anstieg der Importnachfrage der Industrieländer dürfte aufgrunddessen im Vergleich zu den beiden vorangegangenen Jahren geringer ausfallen. Für das *Wachstum des Welthandels* liegen die Schätzungen internationaler Organisationen (IWF, OECD, EG) und nationaler Institutionen für 1990 in einer Bandbreite von real + 4½ bis + 6½% nach + 9 % und + 7½ % in den beiden Vorjahren. Von daher ergibt sich, daß die Ausfuhren sich im Projektionszeitraum deutlich weniger rasch entwickeln dürften als im vergangenen Jahr.

In der Jahresprojektion wird die vom Sachverständigenrat beschriebene Einschätzung geteilt, wonach die weltwirtschaftliche Entwicklung 1990 regional uneinheitlich verlaufen wird (Ziffer 195 JG). Während in den USA, Kanada, Großbritannien und den skandinavischen Ländern aufgrund einer restriktiven Geldpolitik die konjunkturellen Auftriebskräfte schon 1989 nachgelassen haben und 1990 mit einem relativ langsamen Anstieg der wirtschaftlichen Aktivitäten zu rechnen ist, wird für die meisten europäischen Industrieländer eine vergleichsweise geringe Abflachung der konjunkturellen Dynamik erwartet. Aufgrund nachhaltig guter Absatz- und Ertragserwartungen so-

wie der Vorbereitungen auf die Vollendung des EG-Binnenmarktes ist das Klima für Investitionen hier gut, wenngleich geldpolitische Restriktionen mit der Folge von Zinserhöhungen die Bereitschaft zu Investitionen in Sachkapital, namentlich im Wohnungsbau, beeinträchtigen könnten (Ziffer 196 JG). Für die Länder der Europäischen Gemeinschaft gilt aber auch, daß bei verbesserten Erträgen die Kapazitätsauslastung ein hohes Niveau erreicht hat, was zusätzliche Investitionsanreize schafft.

In Japan dürfte sich nur eine leichte Dämpfung des außerordentlich dynamischen Wirtschaftsaufschwungs ergeben, zumal von der Wechselkursentwicklung des Yen gegenüber den großen Industrieländern eher wieder positive Wirkungen auf die Exporte ausgehen könnten. Die wirtschaftlichen Perspektiven in den Entwicklungsländern hängen — auch nach Meinung des Sachverständigenrats (Ziffer 195 JG) — entscheidend davon ab, ob es gelingt, die Belastungen aus dem Schuldendienst zu begrenzen.

Insgesamt dürfte es weltweit zu einer nur geringen Abschwächung der wirtschaftlichen Aktivitäten kommen.

Die weitere Entwicklung der Exportwirtschaft hängt maßgeblich davon ab, wie die D-Mark künftig gegenüber den Währungen der europäischen Handelspartner sowie gegenüber dem US-Dollar bewertet wird. Bis zum Herbst des vergangenen Jahres kam es aufgrund des Zinsgefälles gegenüber Ländern mit höheren Preissteigerungen trotz wachsender außenwirtschaftlicher Überschüsse zu einer realen Abwertung der D-Mark im Verhältnis zu den Währungen der wichtigsten westlichen Industrieländer. Davon profitierte die Exportwirtschaft, da sie aufgrund der damit verbundenen Verbesserung ihrer preislichen Wettbewerbsfähigkeit starke Marktanteilsgewinne verbuchen konnte. Mit dem Abbau der Zinsdifferentiale hat sich die Position der D-Mark sowohl gegenüber dem US-Dollar als auch im Europäischen Währungssystem stark verbessert. Es ist daher auch nach Ansicht des Sachverständigenrats (Ziffer 191 JG) damit zu rechnen, daß die D-Mark im Projektionszeitraum in realer Rechnung an Wert gewinnen dürfte. Weitere Marktanteilsgewinne deutscher Exporteure sind daher unwahrscheinlich.

Unter Zugrundelegung dieser Rahmenbedingungen und eines aufwertungsbedingt deutlich nachgebenden Exportpreisanstiegs geht die Jahresprojektion bei nur noch unterproportional steigenden Dienstleistungsausfuhren von einer

> *nominalen Zunahme der Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen um 6½ bis 7 %*

aus (1989: + 13,7 %). Real würde dies einem Anstieg um 5 bis 6 % entsprechen (1980: + 10,8 %). Der merklich niedrigere Anstieg der Exporte in nominaler und realer Rechnung gegenüber 1989 darf nicht als konjunkturelle Abschwächung interpretiert werden. Er ist Reflex der außerordentlich starken Ausfuhrentwicklung im Vorjahr und bedeutet — auch nach Einschätzung des Sachverständigenrats (Ziffer 212 JG) — das Einschwenken auf einen normaleren Entwicklungspfad.

10. Die wirtschaftlichen Auftriebskräfte werden 1990 somit weniger von der Auslandsnachfrage bestimmt sein, sondern wesentliche Impulse von der *Inlandsnachfrage* erhalten. Wie schon 1988 und 1989 wird auch 1990 wieder ein überproportionaler Beitrag zum Wachstum des Bruttosozialprodukts von den Bruttoanlageinvestitionen ausgehen. Dabei sind von den *Unternehmensinvestitionen* abermals die stärksten Impulse zu erwarten. Für eine weiterhin kräftige Ausweitung der Unternehmensinvestitionen spricht nicht nur die anhaltend günstige Gewinnsituation. Die derzeit starke Nachfrage des europäischen Auslands nach Investitionsgütern spricht für einen mit der bevorstehenden Verwirklichung des EG-Binnenmarktes verbundenen hohen Anpassungsdruck für die deutschen Unternehmen, sich rechtzeitig durch Modernisierung und Ausweitung der Kapazitäten auf den sich verschärfenden Wettbewerb einzustellen. Hinzu kommt, daß der Kapazitätsauslastungsgrad nach den Berechnungen des Ifo-Instituts schon jetzt mit fast 90 % den höchsten Stand seit Anfang der 70er Jahre erreicht hat. Die damit einhergehenden längeren Lieferfristen erfordern eine Ausdehnung der Produktionsmöglichkeiten. Damit gewinnt im Vergleich zu den Vorjahren das Erweiterungsmotiv für die Investoren noch stärker an Gewicht. Aber auch zusätzliche Investitionsanstrengungen zur Abwendung und Milderung des sich in Teilbereichen immer klarer zeigenden Fachkräftemangels erhalten zunehmend eigenständige Bedeutung.

Entscheidend für das Ausmaß der Erhöhung des Kapitalstocks und des Produktionspotentials der Wirtschaft ist die Entwicklung der Nettoanlageinvestitionen. Hier zeigt sich die Umkehr der Verhältnisse seit 1982 noch deutlicher als bei den jährlichen Bruttozugängen zum Sachanlagebestand. Die Nettoanlageinvestitionen der Unternehmen, die in den Jahren 1981 und 1982 real um 11,7 % p.a. gesunken waren, dürften bis einschließlich 1990 gegenüber dem Tiefpunkt mit rd. 7 % p.a. kräftig gestiegen sein. Zuletzt nahmen sie mit zweistelligen realen Zuwachsraten zu. Infolgedessen hat sich das Wachstum des Sachkapitalbestandes der Unternehmen wieder auf rd. 3½ % beschleunigt, nachdem es sich zwischenzeitlich bis auf rd. 2½ % verlangsamt hatte. Da das Bruttoanlagevermögen der Unternehmen mit über 3½ Billionen DM — in konstanten Preisen von 1980 gerechnet — inzwischen ein sehr hohes Niveau erreicht hat und daher auch die Abgänge vom Kapitalbestand, vor allem altersbedingt, stark gestiegen sind, ist eine Wachstumsbeschleunigung des Kapitalbestandes und somit des Produktionspotentials nur bei weiterhin sehr dynamischer Investitionstätigkeit erreichbar. Um in den nächsten Jahren ein angemessenes Wirtschaftswachstum mit deutlicher Verbesserung der Beschäftigungschancen zu ermöglichen, ist darüber hinaus kurzfristig eine Erhöhung der Kapazitäten über längere Nutzungszeiten des Kapitalstocks mit Hilfe flexiblerer Arbeitszeiten erwünscht.

Jüngere Umfrageergebnisse vermitteln den Eindruck, daß sich das Tempo des Investitionsanstiegs im Unternehmensbereich allenfalls geringfügig verlangsamen dürfte. In der Jahresprojektion wird mit einem Anstieg ihrer Bruttoanlagen um real ca. 6 % gerechnet, netto würde dies einer Rate von fast 10 % entsprechen.

Dabei werden die Ausrüstungsinvestitionen abermals kräftiger als die Unternehmensbauten expandieren.

Kapazitätsbedingte Engpässe aufgrund des verbreiteten Facharbeitermangels und weniger aufgrund einer zu geringen Kapitalausstattung ergeben sich 1990 im *Wohnungsbau*. Eine steigende Zahl an Bauarbeitern scheidet aus Altersgründen aus, die Zahl der Auszubildenden nimmt ab und viele der in der Vergangenheit wegen mangelnder Nachfrage ausgeschiedenen Fachkräfte haben einen Arbeitsplatz in einer anderen Branche gefunden. Dieser Mangel an Fachkräften dürfte bei Annahme eines normalen Winterwetters dazu führen, daß trotz hoher Nachfrage nach Wohnbauten die Wohnungsbauinvestitionen 1990 mit ca. 4 bis 5 % etwas schwächer als im Vorjahr zunehmen könnten. Dabei haben sich inzwischen die Beschäftigungsmöglichkeiten im Baugewerbe grundlegend geändert. Während vor wenigen Jahren noch viele Investoren die Entwicklung der Wohnungsnachfrage skeptisch beurteilten, haben verbesserte Einkommensperspektiven und eine zunehmende Zahl von Ein-Personen-Haushalten dazu geführt, daß Wohnungen wieder knapp geworden sind. Hinzu kommt die unerwartet starke Zunahme der Zahl von Aus- und Übersiedlern. Der verbreitete Rückgang der Immobilienpreise, Leerstände sowie Mieten, die bis vor kurzem potentielle Investoren vor einer Immobilienanlage abschreckten, haben sich vielfach ins Gegenteil verkehrt. Insbesondere in Ballungsgebieten und bei Wohnungen für sozial Schwache sind gravierende Engpässe entstanden.

Die Bundesregierung hat umfangreiche Maßnahmen zur Beseitigung dieser Engpässe beschlossen. Hier sind vor allem die Erhöhung der Mittel für die Direktförderung im sozialen Wohnungsbau, die Verbesserung der steuerlichen Abschreibungsbedingungen, die Forderung des Aus- und Umbaus in bestehenden Gebäuden, die Finanzhilfen für den Studentenwohnungsbau und die Zinsverbilligung der Bausparzwischenfinanzierung zu nennen. Mit einer raschen Erhöhung des Angebotes und damit einer kurzfristigen Lösung der derzeitigen Probleme am Wohnungsmarkt kann aus planungsrechtlichen und produktionstechnischen Gründen sowie wegen der begrenzten Flexibilität des Arbeitsangebots dennoch nicht gerechnet werden. Dies gilt insbesondere dann, wenn der Winter diesmal erheblich mehr als 1988 und 1989 zu Produktionsbehinderungen führen sollte.

Auch für die Abschätzung der *öffentlichen Investitionen* sind mögliche witterungsbedingte Einflüsse bei den Bauinvestitionen zu berücksichtigen. Bei gleichzeitig aufgrund der Steuerreform verlangsamtem Anstieg der Einnahmen der Gemeinden wird deshalb real von in etwa gleich hohen öffentlichen Investitionen wie im Jahre 1989 ausgegangen. Hierbei wird auch unterstellt, daß die öffentlichen Investoren angesichts der angespannten Kapazitäten nicht zusätzlich durch gesteigerte Nachfrage nach Bauleistungen die Lage am Baumarkt verschärfen.

Bei der hohen Auslastung eröffnet die Ausweitung der Baunachfrage zunehmende Preiserhöhungsspielräume. Die Preise der Ausrüstungsinvestitionen dagegen dürften nur wenig stärker steigen als 1989. Unter Berücksichtigung dieses höheren Preisanstiegs ergibt sich nach den Annahmen der Jahresprojektion insgesamt ein

> *nominaler Anstieg der Anlageinvestitionen um 8 bis 9 %*

(nach 9,9 % im Vorjahr). Real würde dies einer Zunahme um 4½ bis 5½ % entsprechen (1989: 6,9 %). Für die *Ausrüstungsinvestitionen* wird die Zunahme auf 7 bis 8 % und für die *Bauinvestitionen* insgesamt auf ca. 3 % veranschlagt.

Bei anhaltend hoher Endnachfrage werden von der *Vorratsveränderung* keine Wachstumsimpulse erwartet.

11. Anders als 1989 werden 1990 erhebliche Impulse auf das Wachstum des Bruttosozialprodukts von der Zunahme des *Privaten Verbrauchs* ausgehen, da es in diesem Jahr zu einem beschleunigten Anstieg des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte kommt. Die Bruttolohn- und -gehaltssumme könnte bei einem Anstieg der Beschäftigung um 1 bis 1½ % und der Effektivlöhne je Beschäftigten um 3½ bis 4 % mit reichlich 5 % beschleunigt wachsen. Bei den Lohnabzügen geht die Jahresprojektion hinsichtlich der Sozialbeiträge wegen der sich abzeichnenden Beitragssatzsenkungen in der gesetzlichen Krankenversicherung als Folge der Gesundheitsstrukturreform von einem unterproportionalen Anstieg aus. Wesentlich stärker schlägt aber die Entlastung durch die Steuersenkung zu Buche, die sich allein bei der Lohnsteuer auf deutlich über 20 Mrd. DM beläuft. Für die Nettolohn- und -gehaltssumme dürfte sich damit ein Wachstum von rd. 8 % ergeben. Dies würde real, unter Berücksichtigung der Verteuerung der Lebenshaltung um ca. 2½ % (s. Ziffer 14 dieser Anlage), einen außergewöhnlich kräftigen Anstieg der Nettoreallöhne um ca. 5 % bedeuten.

Auch die vom Staat geleisteten Übertragungseinkommen an die privaten Haushalte werden, nicht zuletzt im Zusammenhang mit der zunehmenden Zahl an Aus- und Übersiedlern, mit ca. 4 bis 5 % stärker steigen als 1989. Die Rentenanpassung Mitte dieses Jahres wird netto etwas höher ausfallen als brutto, da der Beitragssatz zur Krankenversicherung der Rentner zu Jahresbeginn leicht gesunken ist. Die Nettoanpassung wird außerdem mit gut 3 % höher sein als 1989 (+ 2,4 %). Zu Buche schlagen wird u.a. auch die Erhöhung des Erziehungsgeldes und des Kindergeldes für das 2. Kind ab Mitte 1990. Ferner treten Leistungsverbesserungen bei der Studienförderung sowie beim Wohngeld in Kraft.

Die entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen dürften 1990 aufgrund der Steuersenkung, des höheren Zinsniveaus und der anhaltend günstigen Wirtschafts- und Ertragsentwicklung ebenfalls kräftig steigen.

Insgesamt ergibt sich nach diesen Annahmen für das *verfügbare Einkommen der privaten Haushalte* ein Anstieg von 6½ bis 7 %. Mit rd. 4 % wird auch die Kaufkraftzunahme, gemessen am realen verfügbaren Einkommen, diesmal sehr kräftig ausfallen. Bei einem

derart starken Anstieg der verfügbaren Einkommen ist allerdings erfahrungsgemäß mit einer höheren Sparneigung zu rechnen. Andererseits ist zu berücksichtigen, daß die Aus- und Übersiedler eine starke Konsumneigung haben. In der Jahresprojektion wird davon ausgegangen, daß die Sparquote insgesamt gegenüber 1989 um ca. ½%-Punkt steigt. Unter diesen Annahmen könnte

der nominale Private Verbrauch 1990 um 5½ bis 6½ %

zunehmen (nach 4,8 % im Vorjahr). Real würde dies einem Zuwachs um ca. 3 bis 4 % (nach 1,6 % im Vorjahr) entsprechen.

12. Nach den Planungen der Gebietskörperschaften und den getroffenen Tarifabschlüssen im öffentlichen Dienst werden der Anstieg der laufenden Sachausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden sowie die Ausweitung der Personalausgaben des Staates kaum anders verlaufen als im Vorjahr. Nachdem im vergangenen Jahr aufgrund des Gesundheitsstrukturreformgesetzes die Ausgaben für Sachleistungen im Krankenversicherungsbereich, namentlich für Arznei-, Heil-, Hilfsmittel und Zahnersatz, den Aufwand in diesem Bereich erheblich gedämpft haben, ist damit zu rechnen, daß sie 1990 wieder wachsen. Allerdings dürfte das Anstiegstempo niedriger ausfallen als in früheren Jahren. In der Jahresprojektion wird insgesamt für

den Staatsverbrauch eine nominale Zunahme von 2½ bis 3½ %

(nach 1,6 % im Vorjahr) unterstellt. Dies entspräche einem realen Zuwachs von ½ bis 1% (1989: − 0,8 %).

13. Unter den getroffenen Annahmen einer voraussichtlich beschleunigten Entwicklung der Inlandsnachfrage und einer gemäßigteren Expansion der Ausfuhren ergibt sich für die gesamtwirtschaftliche *Endnachfrage* ein nominaler Anstieg von 5½ bis 6½ % (1989: + 7,4 %). Dies würde einem realen Anstieg von 3½ bis 4½ % (1989: 4,5 %) entsprechen. Unter diesen Bedingungen dürften die *Importe von Gütern und Dienstleistungen* auch 1990 deutlich expandieren. Die in Folge der unterstellten realen D-Mark-Aufwertung sich verbessernde preisliche Wettbewerbsposition ausländischer Anbieter, die auch in einem im Vergleich zum Vorjahr erheblich geringeren Importpreisanstieg zum Ausdruck kommen wird, dürfte die Importneigung der deutschen Volkswirtschaft erhöhen und die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen ausländischer Herkunft stärken. Hinzu kommt die hohe Kapazitätsauslastung hierzulande. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß angesichts eines auch in vielen Partnerländern hohen Auslastungsgrads die Produktionsspielräume dort ebenfalls enger geworden sind. Unter der Annahme einer gegenüber dem Vorjahr erhöhten Importelastizität dürften die Einfuhren in realer Rechnung um 6 bis 7 % (1989: + 6,4 %) zunehmen. Bei einem aufgrund der unterstellten Wechselkurs- und Rohstoffpreisentwicklung erheblich abgeschwächten Importpreisanstieg bedeutet dies in jeweiligen Preisen eine Einfuhrzunahme von 7½ bis 8 %. Daraus errechnet sich ein

nominaler Außenbeitrag von 148 bis 154 Mrd. DM

(nach + 148,4 Mrd. DM im Vorjahr). Im Verlauf des Jahres könnte es zu einer Tendenzumkehr bei den außenwirtschaftlichen Überschüssen kommen. Im Projektionszeitraum dürfte die in früheren Jahren traditionell defizitäre Dienstleistungsbilanz wie 1989 mit einem Aktivsaldo abschließen, da auch in diesem Jahr eine nochmalige, allerdings im Vergleich zum Vorjahr gemäßigtere Ausweitung der Nettokapitalerträge zu erwarten ist. Dafür spricht jedenfalls die anhaltende Aufstockung der Nettoforderungen gegenüber dem Ausland. Andererseits schmälern die unterstellte D-Mark-Aufwertung sowie das im Vergleich zum Vorjahr höhere Zinsniveau in der Bundesrepublik Deutschland den Zuwachs der Nettokapitalerträge.

Insgesamt könnte der Anteil des Außenbeitrags am Bruttosozialprodukt mit nominal rd. 6½ % stabil bleiben. Bei nur wenig veränderten terms of trade würde in konstanten Preisen gerechnet der Außenbeitrag etwa dem Vorjahresniveau entsprechen. Sein Anteil am Bruttosozialprodukt könnte sich damit in Preisen von 1980 auf 4 bis 4½ % belaufen (1989: 4,5 %).

Aus diesen Annahmen bezüglich Inlandsnachfrage und Außenbeitrag errechnet sich für den Jahresdurchschnitt 1990 insgesamt ein

Anstieg des nominalen Sozialprodukts von 5½ bis 6 %

nach 6,3 % im Vorjahr.

14. Entgegen vielfacher Befürchtungen besteht durchaus die Chance, daß die Preisentwicklung 1990 im Vergleich zum Vorjahr insgesamt nicht ungünstiger verläuft. Im vergangenen Jahr haben weitgehend Sondereinflüsse den Preisanstieg bestimmt, und zwar die Anhebung mehrerer Verbrauchsteuern und Gebühren, die Schwäche der D-Mark sowie die vorübergehende Beschleunigung der Rohstoffpreise. Insoweit ist zunächst einmal mit einer Dämpfung der Preisauftriebstendenzen zu rechnen, da diese Effekte jetzt durchgelaufen sind.

Die Preisentwicklung in diesem Jahr dürfte in erster Linie von inländischen Einflüssen bestimmt werden. In der Jahresprojektion wird allerdings unterstellt, daß es nicht zu überzogenen Tariflohnabschlüssen kommen wird, die zu einer signifikanten Beschleunigung des Lohnstückkostenanstiegs führen würden. Hierfür wird mit einer Zunahme um rd. 2 % (1989: 0,8 %) gerechnet. Freilich braucht nicht jede Zunahme der Lohnkosten — so auch die Auffassung des Sachverständigenrats (Ziffer 220 JG) — zwangsläufig zu einem entsprechenden Preisanstieg zu führen. Die Unternehmen stehen derzeit nicht unter Kostendruck und konnten ihre Erträge in den letzten Jahren fühlbar steigern. Dennoch resultieren aus der guten Konjunkturlage durchaus Stabilitätsrisiken. Die anhaltend gute Auftragslage schafft bei hoher Auslastung der Sachanlagen für sich gesehen Bedingungen zur Durchsetzung höherer Preisforderungen, wie sie möglicherweise auch zu mehr Nachgiebigkeit gegenüber Lohnforderungen verleitet. Wichtig ist in diesem Zusammenhang die Wettbewerbsintensität. Hier ist Entlastung von der Entwicklung der Einfuhrpreise her zu

erwarten. Die sich abzeichnende reale Höherbewertung der D-Mark sowie eine im Vergleich zum Vorjahr geringere Verteuerung von Rohstoffeinfuhren werden nämlich den Importpreisanstieg erheblich verlangsamen. Nach wie vor sollte aus gesamtwirtschaftlicher Sicht die Produktivitätsentwicklung ein entscheidender Maßstab bei den Lohnverhandlungen bleiben. Letztlich hätte auf Dauer niemand etwas mit der Ingangsetzung einer Preis-Lohnspirale gewonnen, die früher oder später in eine Stabilisierungskrise einmünden müßte. Investitionen und Beschäftigung würden davon am stärksten betroffen.

Unter der Annahme der Jahresprojektion, daß es zu keinem signifikanten Lohnkostenschub in Folge überzogener Tarifabschlüsse kommt und mit der unterstellten Verlangsamung der Importpreiszunahme dürfte der

Anstieg der Verbraucherpreise auf rd. 2½ % begrenzt

werden können (nach 3,1 % im Vorjahr).

Auch für die gesamte Inlandsnachfrage wird der Preisanstieg auf rd. 2½ % veranschlagt. Dabei dürfte es aufgrund der unterschiedlichen Nachfrage- und Kostenbedingungen zu einem überproportionalen Anstieg der Baupreise und zu einer unterdurchschnittlichen Preisrate für den Staatsverbrauch sowie die Ausrüstungsinvestitionen kommen. Der Preisindex des Bruttosozialprodukts, d.h. die Teuerungsrate für die inländische Wertschöpfung, könnte ebenfalls rd. 2½ % betragen.

15. Diese Annahmen der Jahresprojektion für die nominale Entwicklung des Bruttosozialprodukts und seiner Preiskomponenten ergeben für den Jahresdurchschnitt 1990 ein

reales Wachstum des Bruttosozialprodukts von rd. 3 %.

Dieser im Vergleich zum Vorjahr geringere Anstieg darf keinesfalls als konjunkturelle Abschwächung interpretiert werden. Er ist vielmehr lediglich Ausdruck einer Normalisierung des Wachstumsprozesses gegenüber den Sondereinflüssen zu Beginn des letzten Jahres. Die unverändert deutliche Aufwärtsentwicklung, wie sie hinter der Projektion steht, kommt in der Verlaufsdarstellung besser als beim Vergleich der Jahresdurchschnitte zum Ausdruck (siehe hierzu Schaubild 1).

Für die *Inlandsnachfrage* kann mit einer höheren Zuwachsrate als für das Bruttosozialprodukt gerechnet werden (3 bis 3½ %).

Die Arbeitsproduktivität, d.h. das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, dürfte angesichts der derzeit hohen Auslastung des Produktionspotentials und bei Annahme eines normalen Winterwetters 1990 mit 1½ bis 2 % etwas schwächer zunehmen als 1989 (2,1 %). Das Wirtschaftswachstum ginge daher 1990 wiederum mit einem

Anstieg der Erwerbstätigenzahl um gut 1 %

im Jahresdurchschnitt einher (1989: + 1,3 %). Dies entspräche einer weiteren Ausdehnung der Beschäftigung um rd. 300 000 Personen. Der Sachverständigenrat unterstellt noch geringere Produktivitätsreserven und rechnet daher sogar mit einem um rd. 100 000 höheren Anstieg der Beschäftigung (Ziffern 216, 217 JG). Die Zunahme der Erwerbstätigenzahl spiegelt sich sowohl bei Selbständigen als auch bei Arbeitnehmern wider. Die Zahl beschäftigter Arbeitnehmer könnte 1990 um 1 bis 1½ % höher als 1989 liegen.

Trotz dieser günstigen Entwicklung der Nachfrage nach Arbeitskräften kann nicht als sicher angesehen werden, ob sich dies auch 1990 in einem nennenswerten Rückgang der *Arbeitslosigkeit* niederschlägt; denn stärker als die Nachfrage könnte 1990 das Angebot an Arbeitskräften zunehmen. Einigermaßen verläßlich quantifizieren läßt sich die Entwicklung des Erwerbspersonenangebots aus heutiger Sicht allerdings nicht. Zwar kann man feststellen, daß das Erwerbspersonenpotential der einheimischen deutschen Bevölkerung demographisch bedingt trotz steigender Erwerbsneigung von Frauen mittlerweile sinkt. Hier macht sich jetzt der ungünstige Altersaufbau zunehmend bemerkbar, aber auch die wieder steigende Zahl von Studierenden spielt hierbei eine Rolle. Größenordnungsmäßig abgreifen kann man auch, in welchem Ausmaß der derzeitige Bestand an Aus- und Übersiedlern in Sprach- und Qualifizierungskursen in den kommenden Monaten Zug um Zug Beschäftigungsmöglichkeiten suchen wird. Aber die Zahl der Personen, die im Jahresverlauf 1990 zusätzlich in das Bundesgebiet einreisen und auf den Arbeitsmarkt drängen wird, läßt sich nicht vorherbestimmen. Auf mittlere Frist würde eine höhere Zuwanderung zwar auch die Wachstums- und Beschäftigungsmöglichkeiten positiv beeinflussen. Kurzfristig kann eine hohe Zahl von Zuwanderern jedoch zu einem über die zusätzliche Arbeitskräftenachfrage hinausgehenden Erwerbspersonenangebot führen.

In der Jahresprojektion wird unterstellt, daß die Zunahme der auf dem Arbeitsmarkt in Erscheinung tretenden Erwerbspersonen von dem Anstieg der Beschäftigungsmöglichkeiten in etwa absorbiert wird. Im Jahresdurchschnitt 1990 könnte damit

die Arbeitslosenquote bei rd. 7 % aller Erwerbspersonen bzw. rd. 8 % der unselbständigen Erwerbspersonen

liegen.

16. Mit einer Zunahme von 5½ bis 6 % dürfte das *Volkseinkommen* nach den Annahmen der Jahresprojektion etwa in gleichem Ausmaß wie das nominale Bruttosozialprodukt wachsen. Bei der Abschätzung der Bruttolohn- und -gehaltssumme ist u.a. zu berücksichtigen, daß aufgrund des außergewöhnlich milden Winterwetters im 1. Quartal 1989 insbesondere im Baugewerbe überdurchschnittliche Einkommenszuwächse möglich waren. Allein durch die Annahme eines normalen Winters dürfte daher die effektive Zuwachsrate der Löhne und Gehälter 1990 niedriger ausfallen als sonst zu unterstellen gewesen wäre. Hinzu kommt, daß 1989 in einzelnen Bereichen Sonderzahlungen geleistet wurden, die zu einem stärkeren Anstieg der Effektivlöhne gegenüber den Tariflöhnen geführt haben. Unter Berücksichtigung dieser Basiseffekte, der bereits getroffenen längerfristigen Tarifvereinbarungen mit relativ niedrigen Einkom-

menserhöhungen und in der Erwartung, daß die noch ausstehenden Tarifabschlüsse angesichts der günstigen Konjunkturlage höher als bisher ausfallen, könnte 1990 der Anstieg der Bruttolohn- und -gehaltssumme je Beschäftigten 3½ bis 4 % betragen. Unter Einbeziehung des unterstellten Beschäftigungsanstiegs um 1 bis 1½ % und einer gegenüber der Bruttolohn- und -gehaltssumme unterproportionalen Entwicklung der Sozialbeiträge der Arbeitgeber aufgrund von Beitragssatzsenkungen im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung dürfte

das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit um 4½ bis 5½ %

zunehmen gegenüber 4,5 % im Vorjahr. Nach diesen Annahmen ergäbe sich für die

Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ein weiterhin überdurchschnittlicher Anstieg von etwa 7 bis 8 %

nach 8,3 % im Vorjahr. Dabei könnten die allen Bevölkerungsgruppen zufließenden Vermögenseinkommen aufgrund wachsender Geldvermögen und gestiegener Zinsen wieder stärker als zuletzt expandieren. Aber auch die Unternehmenserträge im engeren Sinn dürften kräftig zulegen, so daß damit eine wichtige Voraussetzung für die Fortsetzung der beschäftigungssteigernden Investitionstätigkeit erfüllt ist.

17. Die vorliegenden Haushaltsplanungen und -ansätze für die Gebietskörperschaften und den Sozialversicherungsbereich lassen weiterhin eine zum nominalen Bruttosozialprodukt deutlich unterproportionale *Zunahme der Ausgaben* um 3 bis 4 % erwarten. Der Anteil der Staatsausgaben am Bruttosozialprodukt dürfte 1990 infolgedessen weiter sinken und den seit 1973 niedrigsten Wert erreichen. Der im Vergleich zum Vorjahr höhere Anstieg der Ausgaben für den Staatsverbrauch stellt das Einschwenken auf einen normalen Entwicklungspfad dar, nachdem im vergangenen Jahr die Gesundheitsstrukturreform die Ausgabendynamik im Sozialversicherungsbereich und damit den Zuwachs des gesamten Staatsverbrauchs stark dämpfte. Auch die Einkommens- und Vermögensübertragungen (einschl. Zinsen) dürften etwas schneller zunehmen als im Vorjahr. Entscheidend hierfür sind eine Reihe von Leistungsverbesserungen im Sozialbereich (s. Ziffer 11 dieser Anlage) sowie höhere Ausgabenansätze aufgrund des starken Zustroms von Aus- und Übersiedlern. Bei den öffentlichen Investitionen wird mit einem im Vergleich zum vergangenen Jahr geringeren Zuwachs gerechnet.

Die *Gesamteinnahmen* werden mit 1½ bis 2½ % wesentlich geringer ansteigen als 1989. Ursache hierfür ist die 3. Stufe der Steuerreform mit Steuerausfällen von nahezu 5 % des gesamten Steueraufkommens. Die Sozialbeiträge dürften wegen der Beitragssenkungen in der gesetzlichen Krankenversicherung mit 4 bis 4½ % weniger als die Bemessungsgrundlage zunehmen. Die Abgabenquote könnte damit insgesamt auf den niedrigsten Stand seit 1973 zurückgehen.

Aus den Annahmen für die Ausgaben- und Einnahmenentwicklung errechnet sich ein *Finanzierungsdefizit für den Gesamtstaat (einschließlich Sozialversicherung)* in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung von insgesamt 10 bis 14 Mrd. DM oder rd. ½ % des Bruttosozialprodukts. Für die Gebietskörperschaften steigt das Finanzierungsdefizit steuerreformbedingt vorübergehend deutlich, während im Sozialversicherungsbereich die Rücklagenbildung abermals erhöht werden kann.

18. Diesem Finanzierungsbedarf des Staates steht — wie in Ziffer 11 dargelegt — voraussichtlich eine steigende Geldkapitalbildung der privaten Haushalte aufgrund des starken Anstiegs der verfügbaren Einkommen gegenüber. Der Fremdmittelbedarf der Unternehmen (einschließlich Wohnungswirtschaft) dürfte kaum zunehmen. Der Forderungsaufbau gegenüber der übrigen Welt, wie er sich im Leistungsbilanzüberschuß widerspiegelt, könnte wie im Vorjahr etwa 4½ % des Bruttosozialprodukts betragen.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den Jahren 1986 bis 1989 und Eckwerte der Jahresprojektion 1990

	1986	1987 [4]	1988 [4]	1989 [5]	1990 [6]
	— Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % —				
Entstehung des Sozialprodukts					
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980 (BIP)	+ 2,3	+ 1,8	+ 3,7	+ 3,4	+ rd. 3
Erwerbstätige	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,6	+ 1,3	+ rd. 1
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	− 0,7	− 1,0	− 0,2	− 0,8	− ½ bis − 1
BIP je Erwerbstätigen	+ 1,3	+ 1,0	+ 3,0	+ 2,1	+ 1½ bis + 2
BIP je Erwerbstätigenstunde	+ 2,0	+ 2,0	+ 3,2	+ 2,9	+ rd. 2½
nachrichtlich:					
Arbeitslosenquote in % A [1]	*(9,0)*	*(8,9)*	*(8,7)*	*(7,9)*	*(rd. 8)*
B [2]	*(7,9)*	*(7,9)*	*(7,7)*	*(7,1)*	*(rd. 7)*
Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen					
Privater Verbrauch	+ 2,9	+ 4,1	+ 4,0	+ 4,8	+ 5½ bis + 6½
Staatsverbrauch	+ 4,7	+ 3,7	+ 3,7	+ 1,6	+ 2½ bis + 3½
Bruttoanlageinvestitionen	+ 4,6	+ 3,3	+ 7,5	+ 9,9	+ 8 bis + 9
Vorratsveränderung (Mrd. DM)	(+ 1,5)	(+ 5,5)	(+13,7)	(+15,7)	(+ 14 bis + 18)
Inlandsnachfrage	+ 3,7	+ 4,1	+ 5,0	+ 5,3	+ 5½ bis + 6½
Außenbeitrag (Mrd. DM)	(+115,0)	(+112,6)	(+120,6)	(+148,4)	(+148 bis +154)
(in % des BSP)	*(+ 5,9)*	*(+ 5,6)*	*(+ 5,7)*	*(+ 6,6)*	*(+ rd. 6½)*
Bruttosozialprodukt	+ 5,5	+ 3,7	+ 5,2	+ 6,3	+5½ bis +6
In Preisen von 1980					
Privater Verbrauch	+ 3,4	+ 3,5	+ 2,7	+ 1,6	+ 3 bis + 4
Staatsverbrauch	+ 2,6	+ 1,5	+ 2,2	− 0,8	+ ½ bis + 1
Bruttoanlageinvestitionen	+ 3,3	+ 2,2	+ 5,9	+ 6,9	+ 4½ bis + 5½
Ausrüstungen	+ 4,1	+ 5,6	+ 7,5	+ 9,1	+ 7 bis + 8
Bauten	+ 2,7	− 0,3	+ 4,7	+ 5,2	+ 2½ bis + 3½
Inlandsnachfrage	+ 3,5	+ 2,9	+ 3,7	+ 2,3	+ 3 bis + 3½
Ausfuhren	+ 0,0	+ 0,8	+ 5,8	+10,8	+ 5 bis + 6
Einfuhren	+ 3,5	+ 4,8	+ 6,3	+ 6,4	+ 6 bis + 7
Außenbeitrag (in % des BSP)	*(+ 4,2)*	*(+ 3,1)*	*(+ 3,0)*	*(+ 4,5)*	*(+ 4 bis + 4½)*
Bruttosozialprodukt	+ 2,3	+ 1,7	+ 3,6	+ 4,0	+ rd. 3
Preisentwicklung					
Privater Verbrauch	− 0,5	+ 0,6	+ 1,2	+ 3,1	+ rd. 2½
Inlandsnachfrage	+ 0,2	+ 1,1	+ 1,3	+ 2,9	+ rd. 2½
Bruttosozialprodukt	+ 3,1	+ 2,0	+ 1,5	+ 2,2	+ rd. 2½
Verteilung des Volkseinkommens					
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	+ 5,1	+ 4,1	+ 3,9	+ 4,5	+ 4½ bis + 5½
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 9,1	+ 3,2	+ 8,7	+ 8,3	+ 7 bis + 8
Volkseinkommen	+ 6,3	+ 3,8	+ 5,4	+ 5,7	+ 5½ bis + 6
nachrichtlich:					
Bruttolöhne und -gehälter je beschäftigten Arbeitnehmer	+ 3,8	+ 3,0	+ 3,1	+ 3,1	+ 3½ bis + 4
Beschäftigte Arbeitnehmer	+ 1,2	+ 0,9	+ 0,7	+ 1,5	+ 1 bis + 1½
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte [3]	+ 3,9	+ 4,2	+ 4,3	+ 4,4	+ 6½ bis + 7
Sparquote in %	*(12,2)*	*(12,3)*	*(12,6)*	*(12,3)*	*(12½ bis 13)*

[1] Bezogen auf die unselbständigen Erwerbspersonen
[2] Bezogen auf alle Erwerbspersonen
[3] Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit
[4] Vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes
[5] Erstes vorläufiges Ergebnis des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 1990
[6] Jahresprojektion

Einnahmen und Ausgaben des Staatssektors

(in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung)

	1986	1987[1])	1988[1])	1989[2])	1990[3])
	— Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % —				
Einnahmen					
Steuern	+ 2,9	+ 3,8	+ 4,2	+ 9,1	rd. 0
Sozialbeiträge[4])	+ 5,4	+ 3,9	+ 4,5	+ 4,7	+ 4 bis + 4½
Sonstige Einnahmen	+ 2,3	− 8,3	− 4,4	+13,6	+ 4 bis + 6
Einnahmen insgesamt	+ 3,8	+ 2,8	+ 3,7	+ 7,7	+ 1½ bis + 2½
Ausgaben					
Staatsverbrauch	+ 4,7	+ 3,7	+ 3,7	+ 1,6	+ 2½ bis + 3½
Einkommens- und Vermögensübertragungen[5])	+ 3,3	+ 4,5	+ 5,0	+ 2,3	+ 3½ bis + 4½
Investitionen	+10,0	+ 2,1	+ 3,6	+ 7,0	+ 3½ bis + 4½
Ausgaben insgesamt	+ 4,2	+ 4,0	+ 4,4	+ 2,2	+ 3 bis 4
Finanzierungssaldo in Mrd. DM	−25,3	−37,1	−45,2	+ 5,6	−10 bis −14
(in % des BSP)	*(− 1,3)*	*(− 1,8)*	*(− 2,1)*	*(+ 0,2)*	*(rd. −½)*

[1]) Vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes
[2]) Erstes vorläufiges Ergebnis des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 1990
[3]) Jahresprojektion
[4]) Einschließlich Beiträge an einen unterstellten Pensionsfonds
[5]) Einschließlich Zinsen

Bundesrat Drucksache 54/90 (Beschluß)
(Grunddrs. 658/89 und 54/90)

06.04.90

Beschluß
des Bundesrates

zum

Jahresgutachten 1989/90 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

und

Jahreswirtschaftsbericht 1990 der Bundesregierung

Der Bundesrat hat in seiner 611. Sitzung am 6. April 1990 beschlossen, zu dem Jahresgutachten 1989/90 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und zum Jahreswirtschaftsbericht 1990 der Bundesregierung wie folgt Stellung zu nehmen:

1. Der Bundesrat nimmt das Jahresgutachten 1989/90 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und den Jahreswirtschaftsbericht 1990 der Bundesregierung zur Kenntnis.

2. Der Bundesrat teilt die Auffassung von Bundesregierung und Sachverständigenrat, daß der längste und stabilste Aufschwung seit der Wiederaufbauphase, der vor sieben Jahren begann und bis heute anhält, entscheidend auf die Neubesinnung der Ordnungspolitik auf die Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft zurückgeht. In dem Maße, in dem sich der Staat seit dem Herbst 1982 auf den Kern seiner Aufgaben beschränkte und der Privatinitiative wieder größere Freiräume gewährte, gewann die deutsche Wirtschaft an Dynamik. Die schwere Investitions- und Innovationsschwäche, die noch zu Beginn der 80er Jahre die wirtschaftliche Zukunft der

Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, 5300 Bonn 2
ISSN 0720-2946

Bundesrepublik Deutschland überschattete, gehört der Vergangenheit an. Die Realeinkommen sind deutlich gestiegen. Die Beschäftigung hat Rekordniveau erreicht. Trotz hoher Über- und Aussiedlerzahlen geht auch die Arbeitslosigkeit erfreulich zurück. Mit Befriedigung stellt der Bundesrat fest, daß 1989 das gesamtwirtschaftlich beste Jahr im abgelaufenen Jahrzehnt war.

3. Der Bundesrat erwartet in Übereinstimmung mit Bundesregierung und Sachverständigenrat auch in diesem Jahr ein Anhalten der guten Konjunktur. Er unterstreicht, daß die dritte Stufe der Steuerreform mit ihrem Entlastungsvolumen von 24 Mrd. DM nicht nur den privaten Verbrauch, sondern auch die Investitionsfähigkeit der Wirtschaft begünstigt und fördert. Er geht davon aus, daß ein voraussichtlich nicht mehr ganz so hohes Wachstum im Auslandsgeschäft aufgrund einer leicht nachlassenden Dynamik im Welthandel von einer lebhafteren Binnennachfrage kompensiert wird.

   Eine Schlüsselrolle für die künftige wirtschaftliche Entwicklung mißt der Bundesrat dem Ausgang der schwierigen Tarifverhandlungen in diesem Jahr zu. Er warnt davor, den Aufschwung mit schweren Tarifkonflikten zu belasten. Er appelliert an die Tarifparteien, ihren Kurs der gesamtwirtschaftlichen Vernunft, der vor allem die zweite Hälfte der 80er Jahre positiv mitgeprägt hat, auch in den 90er Jahren nicht zu verlassen.

   Der Bundesrat teilt die Auffassung von Bundesregierung und Sachverständigenrat, daß die Lohnpolitik enger mit der Vermögensbildung der Arbeitnehmer verknüpft werden sollte. Hierdurch könnte auch die Eigenkapitalbeschaffung der Unternehmen verbessert werden.

   In Übereinstimmung mit Bundesregierung und Sachverständigenrat spricht sich der Bundesrat darüber hinaus gegen weitere pauschale Arbeitszeitverkürzungen und für eine

stärkere Entkoppelung der individuellen Arbeitszeit von der Maschinenlaufzeit aus. Hierbei sollte nach Regelungen gesucht werden, die sowohl den Erfordernissen der Betriebe als auch den familiären Wünschen der Arbeitnehmer nach mehr "Zeitsouveränität" stärker Rechnung tragen. Insbesondere für Frauen bieten flexible Arbeitszeitformen Möglichkeiten, Familie und Beruf besser in Übereinstimmung zu bringen.

4. Auch nach Auffassung des Bundesrates sind weitere Verbesserungen in den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erforderlich, um die deutsche Wirtschaft und den Standort Bundesrepublik Deutschland im Europäischen Binnenmarkt und globalen Wettbewerb abzusichern.
Er begrüßt in diesem Zusammenhang u. a. den Wegfall der Kapitalverkehrsteuern zur Verbesserung der Attraktivität des Finanzplatzes Bundesrepublik Deutschland. Er fordert darüber hinaus die Bundesregierung auf, in der kommenden Legislaturperiode einen Gesetzentwurf so rechtzeitig einzubringen, daß zum 1. Januar 1993 auch Geldmarktfonds zugelassen werden können.

Der Bundesrat sieht sich mit Bundesregierung und Sachverständigenrat einig in dem grundsätzlichen Anliegen, die Subventionierung der deutschen Steinkohle, insbesondere die Verstromungshilfe, auf einen volkswirtschaftlich vertretbaren Umfang abzubauen.

Die EG-Verordnung über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen, der die Bundesregierung am 21.12.1989 zugestimmt hat, stellt nach Auffassung des Bundesrates ordnungspolitisch nicht völlig zufrieden. Vor allem mangelt es an einem zweistufig ausgestalteten Prüfungsablauf. Auch sind die Bedenken, daß wettbewerbsfremde Überlegungen Eingang in das Prüfungsverfahren finden könnten, nicht endgültig ausgeräumt. Deshalb hält es der Bundesrat für unabdingbar, daß die Bundesregierung die Kontrollpraxis der EG-Kommission, die mit absolutem Vorrang an wettbewerblichen

Kriterien orientiert sein muß, aufmerksam beobachtet und die deutsche Grundauffassung gegenüber der Kommission ggf. deutlich zum Ausdruck bringt.

In Übereinstimmung mit Bundesregierung und Sachverständigenrat spricht sich der Bundesrat dafür aus, die Umweltpolitik sachgerecht durch marktwirtschaftliche Instrumente zu ergänzen. Die Anwendung solcher Instrumente neben dem klassischen Instrumentarium des Ordnungsrechts ist geeignet, den technischen Fortschritt zugunsten des Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen verstärkt zu mobilisieren. Ihre ökonomische Effizienz kann auch der Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft flexibel Rechnung tragen.

Der Bundesrat hält Steuererhöhungen im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Erneuerung in der DDR für nicht erforderlich. Mit Nachdruck spricht er sich für die Verwirklichung der geplanten Unternehmensteuerreform und die notwendigen Verbesserungen im Familienlastenausgleich in der nächsten Wahlperiode aus. Ihre Notwendigkeit bleibt von den dramatischen Umbrüchen in der DDR unberührt. Im Gegenteil: Gerade auch das von der Wirtschaft erwartete große Engagement beim Wiederaufbau der DDR setzt weitere konsequente Verbesserungen ihrer Leistungs- und Investitionsfähigkeit voraus. Dies gilt besonders für den Mittelstand, dem bei der Schaffung flexibler marktwirtschaftlicher Strukturen in der DDR eine Schlüsselfunktion zukommt. Der Bundesrat begrüßt in diesem Zusammenhang die Entscheidung der Bundesregierung, aus dem ERP-Sondervermögen zinsgünstige Kredite für Investitionen mittelständischer Unternehmen in der DDR zu vergeben.